

46 Fragen zu #46 Joe Biden

Heute wird Joe Biden als 46. US-Präsident angelobt, Kamala Harris wird die erste Vizepräsidentin der Vereinigten Staaten. Aber wie funktioniert eigentlich dieses US-amerikanische Politische System? Dieser Frage habe ich mich anlässlich des Präsidenten Nummer 46 in 46 Fragen angenähert. Das Sortiment kommt aus den zahlreichen Fragen, die ich seit der US-Wahl am 3. November online und im echten Leben zur US-Politik gestellt bekommen habe. Die 46 Fragen sind unabhängig voneinander lesbar und weitgehend auch unabhängig voneinander verständlich: Man kann beim Lesen also springen oder nur lesen, was man noch nicht weiß oder was eine/n interessiert. Wer alle 46 Fragen liest, bekommt einen groben Überblick über Funktionsweise, Möglichkeiten und Schwächen der Demokratie in den Vereinigten Staaten. Die Antworten sind so untechnisch und so lesbar wie möglich formuliert. Auf 78 Seiten werden die politischen Aussichten des 78jährigen US-Präsidenten beschrieben. Ich wünsche eben so viel Freude mit der Lektüre, wie ich beim Schreiben hatte.

1) Wie kann man überhaupt Donald Trump wählen?	Seite 3
2) Wie konnte Donald Trump Präsidentschaftskandidat werden?	4
3) Wer sind die Leute, auf die Donald Trump hört?	5
4) Wer sind die Menschen in Donald Trumps größte republikanische WählerInnenkoalition, die es je gab?	6
5) Wieso wählt eine wachsende Zahl Minderheitenangehöriger Donald Trump?	7
6) Wen gibt es eigentlich außer Trump noch in der Republikanischen Partei?	9
7) Hat Donald Trump eigentlich die Mauer gebaut und hat Mexiko dafür gezahlt?	13
8) Kommt Donald Trump politisch zurück?	14
9) Was sind die wesentlichen Kennzeichen von Donald Trumps Politikstil?	16
10) Welchen Einfluss haben die religiösen Rechten auf Donald Trumps Politik?	17
11) Wieso gibt es in den USA nur zwei (große) Parteien?	19
12) Was hat das für Vor- und Nachteile, nur zwei große Parteien zu haben?	20
13) Wie kann man mit weniger Stimmen trotzdem gewinnen?	22
14) Wozu braucht es das Electoral College, eine Wahlleuteversammlung?	23
15) Wieso sind die Umfragen immer so falsch?	25
16) Und warum hat Trump die Umfragen so deutlich übertroffen?	26

17) Wieso ist die Wahlbeteiligung nicht höher?	28
18) Wer ist auf die Idee gekommen, alle zwei Jahre wählen zu lassen?	31
19) Warum muss man sich zur Wahl registrieren und sich einer Partei zuordnen?	33
20) Wie läuft ein Vorwahlkampf um die Kandidatur einer der großen Parteien ab?	34
21) Wie läuft die Finanzierung von Wahlkämpfen?	36
22) Welche Vorschläge für eine Reform der Politik gibt es? Wie aussichtsreich sind die?	38
23) Ist die Amerikanische Demokratie ein Vorbild? Oder ein abschreckendes Beispiel?	41
24) Was verdient so ein/e Abgeordnete/r eigentlich?	43
25) Wieso sitzen so viele alte weiße Männer in der US-Politik?	44
26) Gewinnt wirklich fast immer der/die mit der größeren Wahlkampfkassa?	46
27) Wann wird ein/e PräsidentIn eine „lahme Ente“ und was heißt das?	49
28) Werden BürgermeisterInnen und GouverneurInnen auch nach so komplizierten Regeln gewählt?	50
29) Wo liegt dieser Koffer, mit dem die Atombomben gezündet werden können?	51
30) Wer darf aller mit der Air Force One reisen? Und wer nicht?	52
31) Warum sind große Wahlen immer dienstags nach dem 1. Montag im November?	53
32) Was muss ein/e PräsidentIn machen, um abberufen zu werden?	54
33) Wie wird man eigentlich MitarbeiterIn im Weißen Haus?	55
34) Was macht eigentlich die First Lady/der First Gentleman den ganzen Tag?	56
35) Wenn Politikerfrauen Politikerinnen werden...	58
36) Unter welchen Sicherheitsvorkehrungen arbeiten US-SpitzenpolitikerInnen?	60
37) Was passiert, wenn ein/e US-Präsidentin oder jemand anderer direkt Gewählte/r stirbt?	61
38) Was machen Ex-Präsidenten nach ihrer Amtszeit?	63
39) Was kann US-Präsident Joe Biden mit seiner Mehrheit im Kongress machen?	65
40) Was passiert jetzt in der US-Politik für den Kampf gegen die Klimakrise?	66
41) Sind die Gesundheitsreformen der Obama-Ära jetzt gesichert?	68
42) Wie werden sich die internationalen Beziehungen mit Joe Biden ändern?	70
43) Was bedeutet eine neue US-Regierung für den Frieden im Nahen Osten?	71
44) Wird Vizepräsidentin Kamala Harris automatisch Joe Bidens Nachfolgerin?	72
45) Wo liegen die Hoffnungen für eine progressive Politik in den USA?	74
46) Worauf muss man in der US-Politik in den nächsten Jahren achten?	77

1) Wie kann man überhaupt Donald Trump wählen?

Umfragen in Deutschland haben ergeben, dass 90% der Deutschen Joe Biden und unter 10% Donald Trump wählen würden. In der Wahrnehmung des 45. US-Präsidenten klafft also eine Lücke, größer als der Atlantik. Aber das Wahlverhalten der US-AmerikanerInnen ist in den letzten 20 Jahren stabiler entlang der Parteigrenzen geworden. Früher wurde häufiger wechselgewählt, früher gab es zahlreiche demokratische SenatorInnen aus republikanischen Staaten. In den letzten 20 Jahren hat ein starkes Einfrieren der Parteibindungen stattgefunden, das Wahlverhalten des Großteils der WählerInnen ist verlässlich einer der beiden großen politischen Parteien – der DemokratInnen und der RepublikanerInnen – zugewandt. Die republikanische Partei hat seit dem Jahr 2000 immer zwischen 46% und 50% der Stimmen bei Präsidentschaftswahlen bekommen. Das gilt auch für Donald Trump bei beiden seinen Antritten in den Jahren 2016 und 2020. Weit auseinander geht die Wahrnehmung besonders bei seinem persönlichen Verhalten: Hier sagen auch viele republikanische WählerInnen, dass sie nicht einverstanden mit seinem Umgang mit politischen MitbewerberInnen und mit JournalistInnen auf Twitter sind. Aber sie unterstützen seine politische Agenda, die von republikanischen Kernanliegen wie niedrigere Steuern und eine stramm konservative Gesellschaftspolitik, geprägt ist.

Ohne Donald Trumps unpräzidentielles Verhalten wäre sein Erfolg aber nicht möglich: Denn gerade seine Rücksichtslosigkeit und seine Beleidigungen haben sein Image als „Outsider“ zu prägen geholfen. Wir kennen aus Österreich die absolute Zuspitzung dieses gepflegten politischen Outsideriums vom ehemaligen FPÖ-Chef Jörg Haider, der sich mit dem Spruch „Sie sind gegen ihn, weil er für euch ist“ plakatieren ließ. Pikierte, ablehnende und empörte Reaktionen von Menschen und Gruppen, die von vielen in den USA als politisches Establishment in Washington DC wahrgenommen werden, hat Donald Trump immer wieder provoziert – ob aus Kalkül oder aus reiner Authentizität, sei dahingestellt. Aber es gibt eine auch quantitativ nicht zu unterschätzende Fan-Basis Donald Trumps, die genau das eskalative und provokative an seinem Auftreten schätzt.

In Summe gilt die Faustregel: Ein Drittel der verlässlichen Trump-WählerInnen sind verlässliche Republicans, denen die politische Agenda der Partei so wichtig ist, dass sie trotz Ablehnung der Person Donald Trump ihr Kreuz bei ihm machen. Zwei Drittel der verlässlichen Fans sind stramme Rechte, von denen sich viele vor allem in seinem Tonfall, in seiner Aggression gegen Frauen und gegen ethnische Minderheiten und in seiner Anti-Establishment-Attitüde gut ihm vertreten fühlen. Und je nachdem, wie intensiv diese Gruppen mobilisieren und wer dann noch an

WechselwählerInnen dazukommt, der/die bestimmte akute Themen des Kandidaten unterstützt und je nachdem, wie stark die andere politische Seite mobilisiert ist, geht sich dann ein Wahlsieg knapp aus (wie 2016) oder nicht (wie 2020).

2) Wie konnte Donald Trump Präsidentschaftskandidat werden?

Donald Trump hatte schon jahrzehntelang immer wieder damit spekuliert, als Präsident zu kandidieren. Er hat sich gerne mit PolitikerInnen beider großen Parteien im Scheinwerferlicht gezeigt. Laut eigenen Auskünften traf er seine Entscheidung an einem Abend, als sich Präsident Barack Obama von einer Rednerbühne herab über Trump lustig machte. Zunächst galt Trump in den republikanischen Vorwahlen, bei denen über mehrere Monate hinweg einzelne Bundesstaaten ihre Delegierten zum Wahlparteitag wählen, als krasser Außenseiter. Aber die Strahlkraft und die Fähigkeit, sich in den Mittelpunkt einer Debatte zu stellen, wurden von seinen GegnerInnen und von der Öffentlichkeit unterschätzt. Seine Strategie, Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, war einmal mehr jene der Provokation. Bei TV-Debatten mit zehn und mehr KandidatInnen auf einer Bühne, teilte er beleidigende Spitznamen für seine MitbewerberInnen aus, legte sich mit der Moderatorin an und pflegte sein Image als Outsider. Das ging so weit, dass er als einziger Kandidat nicht ausschloss, im Fall eines Scheiterns bei der republikanischen Vorwahl als unabhängiger Kandidat in der Hauptwahl anzutreten.

In den ersten Vorwahlgängen kam er mit dieser Strategie auf 20-40% - das reicht aber in einem Feld mit über einem Dutzend BewerberInnen, meistens als Sieger aus einer Vorwahl in einem Bundesstaat hervorzukommen. Das gab ihm zu seinem Outsider-Image auch noch ein Sieger-Image und damit war eine reizvolle Kombination für die Mehrheit der republikanischen VorwählerInnen geschaffen. Dass die DemokratInnen und „Washington“ ob seiner Beleidigungen und seiner rassistischen und sexistischen Bemerkungen tobte, kam Trumps Kampagne um die republikanische Kandidatur gerade recht. Nachdem einer der aussichtsreichsten Trump-Gegner, der relativ junge Latino-Senator Marco Rubio aus Florida, bei der Vorwahl in seinem eigenen Heimatsstaat hinter Trump zurückblieb, blieben nur mehr Trump und der rechts-evangelikale texanische Senator Ted Cruz im Rennen. Aber da war eine Aussicht auf eine Mehrheit gegen Trump innerhalb der RepublikanerInnen schon verschwunden. So kam Trump, aus der Perspektive des Rückblicks, eigentlich relativ ungefährdet und sehr klar, zu seiner Nominierung als republikanischer Präsidentschaftskandidat 2016.

3) Wer sind die Leute, auf die Donald Trump hört?

Donald Trump wechselt seine BeraterInnen häufig und oft sehr spontan. Sein politisches Umfeld ähnelt eher einer Clan-Struktur – er hat formell drei externe hochrangige BeraterInnen im Weißen Haus angestellt: Seine Tochter Ivanka, seinen Schwiegersohn Jared Kushner und den als rechtsextrem geltenden Stephen Miller. Kushner hat sich im Wahlkampf 2016 als Chef der Digital- und Online-Kampagne verdient gemacht, die mit teilweise fragwürdigen Methoden vor allem mit negativen Botschaften über Hillary Clinton Stimmung für Donald Trump machte. Bekannt geworden sind dazu die so genannten „Dark Posts“, das sind entgegen der sonstigen Logik sozialer Netzwerke, nur für AbsenderIn und EmpfängerIn sichtbare Videos. Diese umstrittene Form der Werbung hat Facebook dazu veranlasst, politische Werbung ab 2017 nur mehr mit Kennzeichnung des Absenders, zuzulassen. Kushner steht auch im Mittelpunkt der Ermittlungen um unerlaubte Zusammenarbeit mit russischen Stellen im Wahlkampf 2016. Trumps Schwiegersohn soll unter anderem dem russischen Botschafter in den USA vorgeschlagen haben, nach dem Einzug seines Schwiegervaters ins Weiße Haus, einen den offiziellen Stellen nicht bekannten und zugänglichen direkten Draht vom Trump Tower in New York nach Russland einzurichten.

Ein Friedensplan für Israel, den Kushner als Sonderbeauftragter des Präsidenten für den Nahen Osten erarbeiten sollte, scheiterte an der Ablehnung des Plans durch die israelischen Siedlerorganisationen im Westjordanland und an der kompletten Ablehnung des Plans von palästinensischer Seite (siehe Frage 43). Stephen Miller gehörte gemeinsam mit Steve Bannon, der mittlerweile rechtsextreme Parteien in Europa zu vereinen versucht, zum engsten Wahlkampfteam vom Trump 2016. Miller war davor lange beim republikanischen Senator Jeff Sessions tätig, der einer der ersten hochrangigen Trump-Unterstützer im Vorwahlkampf war und der ebenfalls im Mittelpunkt der Untersuchungen zu einer möglichen illegalen Zusammenarbeit mit Russland während des Wahlkampfs 2016 stand. Wahlkampfleiterin war damals Kellyanne Conway, die zuvor ein eigenes Umfrageinstitut leitete. Sie hat das häufig gebrauchte Schlagwort „Alternative Facts“ als erste verwendet, mit dem die Trump-Administration Faktisches und ihr nicht Willkommenes immer wieder weg zu argumentieren versucht hat. Conway hat ihr Engagement im Weißen Haus 2020 beendet, ist aber nach wie vor im Umkreis des Präsidenten unterwegs. Als Grund für das Ende ihres Engagements nannte Conway familiäre Angelegenheiten. Kurz davor hatte sich ihre Tochter öffentlich darüber beschwert, dass sie für Trump und ihr Vater in mehreren Initiativen öffentlich gegen Trump arbeite.

Ebenfalls zu Trumps Langzeitberatern gehört der ehemalige New Yorker Bürgermeister Rudy Giuliani, der Trump in Rechtsfragen vertritt und sehr oft im Fernsehen zur Verteidigung Trumps

oder zu Angriffen auf Trumps politische GegnerInnen ausrückt. Der Wahlkampfleiter von Rudy Giulianis eigener vergeblicher Bewerbung um die republikanische Präsidentschaftskandidatur 2008, gehört seit 2016 zum innersten Kreis der Trump-Kampagne und Administration: Jason Miller ist ein langjähriger Berater in vielen republikanischen Senats- und Kongresswahlkämpfen, als Berater von Trumps Konkurrenten Ted Cruz hatte er den späteren Präsidenten als „schmuddeligen Donald“ bezeichnet. Das Kampagnen-Urgestein in Trumps engstem Kreis ist der umstrittene Aktivist Roger Stone, der bekannteste „Dirty Campaigner“ der USA. Stone streut seit Jahrzehnten Gerüchte über demokratische PolitikerInnen – er hat unter anderem verschwörungstheoretische Bücher über die Ermordung des US-Präsidenten John F. Kennedy im Auftrag seines Vizepräsidenten oder über Mafia- und Kinderschändernetzwerke um die Familie Clinton geschrieben. Der Slogan „Lock Her Up“, mit dem Hillary Clinton im Wahlkampf 2016 kriminalisiert wurde, kommt von Stone. In der Russland-Affäre des Trump-Wahlkampfs wurde Roger Stone wegen falscher Zeugenaussage und wegen der Behinderung von Ermittlungen zu 40 Monaten Haft verurteilt. Am Tag vor seinem Haftantritt begnadigte Donald Trump seinen Berater.

Als moderierende Kraft im Trumps innerstem Kreis gilt seine Tochter Ivanka Trump, zu der der US-Präsident offenbar uneingeschränktes Vertrauen genießt. Wären ihm aus Unvereinbarkeitsgründen sämtliche seiner Geschäfte verboten worden, hätte er alles seiner Tochter überschrieben. Sie sollte, wenn es nach ihm gegangen wäre, 2016 seine Vizepräsidentschaftskandidatin sein. Ivanka Trump selbst beschreibt sich, auch öffentlich, als moderate Kraft im Weißen Haus, die dagegehalte, wenn Vorschläge Trumps anderer Berater zu extrem wären.

- 4) Wer sind die Menschen in Donald Trumps größte republikanische WählerInnenkoalition, die es je gab?

Das Wahlergebnis von Donald Trump aus dem Jahr 2016 war mit etwas über 46% der Stimmen, angesichts seiner außergewöhnlichen und ausfälligen Persönlichkeit, für viele BeobachterInnen überraschend. Es war aber kein außergewöhnliches republikanisches Ergebnis – in Prozent hatten seine Vorgänger John McCain und Mitt Romney jeweils besser abgeschnitten. Aber die massive Unbeliebtheit seiner Gegenkandidatin Hillary Clinton und der daraus resultierende starke sogenannte Third-Party-Vote, also Stimmabgabe für aussichtslose Kleinparteien und das zu Hause bleiben vieler früherer Obama-WählerInnen, haben mit knapp über 46% den Einzug ins Weiße Haus ermöglicht (mehr dazu bei Frage 13). Vier Jahre später ist mit über einem Prozent mehr der Stimmen trotzdem Trumps Abwahl passiert. In absoluten Stimmen sieht das aber noch einmal anders aus.

Die Präsidentschaftswahl 2020 hat in Sachen Wahlbeteiligung alle Rekorde gebrochen. Noch nie sind so viele Menschen in den USA zu einer Präsidentschaftswahl gegangen. Trump hat sein eigenes Ergebnis von 2016 um über 10 Millionen Stimmen übertroffen, Joe Biden jenes von Hillary Clinton um über 12 Millionen Stimmen. Donald Trump hat also die größte republikanische WählerInnenkoalition geschmiedet, die es je gab.

Vor der Präsidentschaftswahl 2020 lag Joe Biden in den Umfragen sehr deutlich voran. Es war klar: nur unter einer einzigen Voraussetzung würde Donald Trump ein knappes Rennen erzwingen können. Nämlich, wenn Trump es schafft, am Wahltag Millionen zusätzlicher WählerInnen an die Wahlurnen zu bringen. Das ist dem Präsidenten tatsächlich gelungen: In den ländlichen Gegenden, in denen Trump schon 2016 sehr gut abgeschnitten hat, konnte er seinen Stimmanteil durch das Mobilisieren zusätzlicher WählerInnen noch einmal steigern. Eine zunehmende Kluft zwischen Land und Stadt prägt die inhaltliche Polarisierung zwischen demokratischen und republikanischen WählerInnen. Die Erzählung Trumps von einem großartigen Amerika, in dem der Wirtschaftsmotor brumme und man sich nicht vor lauter Rücksicht nehmen auf Minderheiten und benachteiligte Gruppen kaum mehr frei bewegen und in dem man sich als Mann noch „wie früher“ verhalten könne, ist von rassistischen und sexistischen Tönen begleitet, aber es wirkt. „Make America Great Again“, der Leitspruch der 2016er-Kampagne, weckt Sehnsüchte nach einer romantisierten Vergangenheit. Und es sind in erster Linie Menschen, die sich noch an diese Zeit erinnern können und junge großteils weiße NationalistInnen, die diesem Motto folgen. Aber nicht nur das: Bei der Präsidentschaftswahl im Jahr 2020 wuchs auch der Stimmanteil Donald Trumps bei Minderheiten.

5) Wieso wählt eine wachsende Zahl von Minderheitenangehörigen Donald Trump?

Vorneweg: Die starre Einteilung in verschiedene ethnische Gruppen mag bei der Beschreibung einer „Nation of Immigrants“, die sich natürlich auch vermischen, eigenartig wirken. Dem geht ein gänzlich anderer Umgang mit dem Thema „Rasse“ seit den 1960er-Jahren voraus. Mit der sukzessiven Auflösung der formalen Diskriminierung schwarzer Menschen in den USA und einer in diesen Fragen sehr fortschrittlichen demokratisch geführten Regierung unter dem Präsidenten Lyndon B. Johnson, beginnt auch die sogenannte „Affirmative Action.“ Diese in Programme gegossene Idee sorgt in bestimmten Segmenten des öffentlichen Diensts bewusst für eine Anpassung der Verwaltungsrealität an die Gesellschaft: Und zwar, in dem, bis es im öffentlichen Dienst gleich viele zB schwarze Menschen wie in der Gesellschaft gibt, positiv diskriminiert wird. Voraussetzung dafür ist eine Selbstzuordnung zu einer bestimmten ethnischen Gruppe. Wenn

Menschen bei Umfragen am Telefon nach ihrer „Rasse“ gefragt werden, dann geht es dabei um eine Selbstidentifikation. Die Unterscheidung dient in Forschung und Verwaltung also nicht der negativen, sondern der positiven Diskriminierung und dem sozialen Ausgleich.

Der Großteil der Angehörigen ethnischer Minderheiten in den USA wählt nicht Donald Trump. In den USA leben ungefähr 60 Millionen zugewanderte Menschen aus mehrheitlich spanischsprachigen Ländern und ihre Kinder und Kindeskinde, in der modernen Sprache als Latinx bezeichnet. Sie sind die größte ethnische Minderheit in den Vereinigten Staaten – und die am stärksten wachsende Bevölkerungsgruppe. In einigen Bundesstaaten gibt es bereits gleich viele oder annähernd gleich viele Latinx, wie weiße Menschen. Die über 40 Millionen schwarzen Menschen in den Vereinigten Staaten sind die zweitgrößte ethnische Minderheit. Das sind großteils NachfahrInnen aus Afrika zwangsverschleppter SklavInnen für die Arbeit in Baumwollplantagen und in anderen landwirtschaftlichen Tätigkeiten im Süden der USA. Zwei weitere in bestimmten Gegenden auch quantitativ, soziologisch und politikwissenschaftlich relevante Gruppen, sind asiatischstämmige AmerikanerInnen und native AmerikanerInnen. Historisch gesehen wählen Schwarze fast ausschließlich und Latinx mehrheitlich die Demokratische Partei, Weiße wählen mehrheitlich die Republikanische Partei. Die meisten Schwankungen gibt es dabei in den letzten Jahrzehnten bei Latinx: Ihr Stimmverhalten variiert in den letzten Jahren von 71% Zustimmung für Barack Obama im Jahr 2012 bis zu nur 58% Zustimmung zum demokratischen Präsidentschaftskandidaten von 2004, John Kerry. 2020 konnte Donald Trump in diesen beiden, den RepublikanerInnen eher abgeneigten Gruppen, Gewinne im Vergleich zu seinem eigenen Ergebnis aus dem Jahr 2016, verbuchen. Wir wissen das verlässlich aus den Wahlergebnissen einiger fast ausschließlich schwarzer bzw Latinx-Gemeinden und aus Wahlsprengeln in den Städten des industriellen Nordens und in den ehemaligen Südstaaten bzw in den südlichsten Sprengeln von Texas und Florida – auch Umfragen bestätigten diesen Trend von Latinx hin zur Republikanischen Partei. Es sind jeweils nur ein paar Prozent, die Trump 2020 im Vergleich zu 2016 aufgeholt hat, aber sie haben die Wahl spannend gemacht.

Zur Verdeutlichung: Wenn Latinx ein Fünftel aller WählerInnen ausmachen und bei denen machst du fünf Prozent mehr Stimmen als beim letzten Mal, ist das auf die Gesamtbevölkerung gerechnet immerhin ein Prozent der Stimmen. Ein Prozent mehr oder weniger hat schon öfter Wahlen entschieden. Und warum haben mehr Latinx und Schwarze im Jahr 2020 ihr Kreuz bei Donald Trump gemacht als 2016? Für Latinx liegt die Erklärung nahe: Der Wahlkampf 2016 fokussierte ganz stark auf das Zuwanderungsthema, Donald Trump beleidigte aggressiv mexikanische EinwandererInnen und der Slogan zum Bau einer Grenzmauer zu Mexiko, „Build the Wall“, wurde zum

meistgeschrienen Sprechchor auf Wahlveranstaltungen des damaligen Kandidaten Donald Trump. Das fanden die meisten in der spanischsprachigen ZuwandererInnen-Community abstoßend. 2020 fokussierte der Wahlkampf auf andere Themen wie auf die Bekämpfung der Covid-Pandemie, Zuwanderung war kaum mehr ein Thema. Ein zweiter Grund, der besonders in der Latinx-Bevölkerung in Florida zu dort sogar recht klaren Verschiebungen in Richtung Trump geführt hat, ist das aggressive „Negative Campaigning“ der Republicans, das demokratische PolitikerInnen mit sich sozialistisch nennenden Regimes Mittel- und Südamerikas, in Verbindung bringt. Die schon in den 1960er und 1970er-Jahren gegründete kubanischstämmige Exilcommunity um Miami in Florida war immer eine republikanische Hochburg. Neu dazugekommen sind aus Venezuela geflohene Menschen, die man ebenfalls mit aktiver Verknüpfung der DemokratInnen mit den Diktatoren ihrer Herkunftsländer, auf Trumps Seite bringen konnte. Latinx-WählerInnen sind kein monolithischer Block, sondern sie haben teilweise völlig unterschiedliche Interessenslagen. Wer aus Puerto Rico aufs US-Festland einreisen will, braucht nur ein Flugticket, wer aus Mexiko kommt, muss jahrelang warten oder illegal einzureisen versuchen und wer aus Kuba kam, musste von dort fliehen.

Das alleine skizziert die unterschiedlichen Ausgangs- und Interessenslagen verschiedener Latinx-Communities. Ein dritter Grund für das verbesserte Abschneiden Donald Trumps bei der Wahl 2020, ist der bei Latinx noch stärker als bei weißen WählerInnen ausgeprägte Gender Gap, also das unterschiedliche Wahlverhalten von Männern und Frauen, ein Hinweis darauf sein, dass Trumps offener Machismo bei einigen Latinx-Männern bleibenden positiven Eindruck hinterlassen haben dürfte. Das ist auch eine der nur zwei plausiblen Erklärungen für Trumps leichte Verbesserung bei schwarzen WählerInnen. Auch hier haben wir einen deutlichen Gender Gap und ein sehr aggressives Kampagnisieren gegen Joe Bidens führende Rolle an Justizreformen der 1990er-Jahren, die vehement und mit hohen Strafen gegen kleinkriminelle Drogendelikte vorging – eine Reform, die viele schwarze Männer für aus heutiger Sicht harmlose Delikte hinter Gitter brachte.

6) Wen gibt es eigentlich außer Trump noch in der Republikanischen Partei?

Die vier letzten Präsidentschaftskandidaten der republikanischen Partei zeigen sehr gut, welche enorme Breite verschiedener Personen vorhanden ist. Präsident George W. Bush war ein Berufspolitiker aus einer politischen Dynastie – Großvater war Senator, sein Vater war US-Präsident, sein Bruder wurde später Gouverneur von Florida (mehr dazu in Frage 25). Kandidat John McCain war ein höchst dekoriertes Kriegsveteran, der vor allem für seine Unabhängigkeit von Partezwängen bekannt war. McCain war es auch, mit dessen Stimme später im US-Senat Barack

Obamas Gesundheitsreform gerettet wurde. Mitt Romney ist ein schwerreicher Unternehmer aus einer Unternehmerfamilie, der seine religiösen Werte und seine Großfamilie in den Mittelpunkt seiner Wahlkämpfe gestellt hat. Als Romney selbst allerdings Gouverneur im liberalen Bundesstaat Massachusetts war, hat er einen der Obama-Gesundheitsreform sehr ähnlichen Umbau des Krankenversorgungs- und Versicherungswesens, umgesetzt. Und dann eben Donald Trump, der Immobilienerbe, der mit seinem exzessiven Lebensstil und mit Tabubrüchen am laufenden Band, Schlagzeilen macht und der vor seiner politischen Laufbahn für demokratische und republikanische Wahlkämpfe gespendet hatte.

Im Kern haben aber all diese Kandidaten ähnliche Programme umgesetzt bzw hätten das vorgehabt, wenn ihre Wahlen gewonnen worden wären: Niedrigere Steuern, weniger staatlicher Einfluss und eine konservative Gesellschaftspolitik, die sich in der Besetzung der in den USA enorm wichtigen RichterInnenposten am deutlichsten zeigt. Ganz in dieser Tradition stehen auch jene republikanischen PolitikerInnen, die sich jetzt um das politische Erbe Donald Trumps anstellen: zwei junge Südstaatensensatoren, zwei Latinx-Südstaatensensatoren, drei sehr unterschiedliche Frauen, zwei politische Veteranen und ein ehemaliger Präsidentschaftskandidat.

Die beiden jungen, vom Typ und vom politischen Zugang sehr ähnliche Sensatoren aus benachbarten Bundesstaaten im Südosten der USA, sind Josh Hawley und Tom Cotton. Beide gelten als vehemente Anhänger Donald Trumps, beide fühlen sich zu Spannenderem berufen, als zu Sensatoren in für die Republikaner auf absehbare Zeit nicht verlierbaren Bundesstaaten. Hawley ist der jüngste momentan gewählte der 100 US-SenatorInnen, er hat Abschlüsse der Elite-Unis Stanford und Yale und war schon früh in konservativen Rechtsanwaltskanzleien mit Fällen im Themenkomplex Religionsfreiheit und Diskriminierung beschäftigt. Cotton ist Afghanistankriegs-Veteran und hat akademische Würden der Elite-Universität Harvard und war in der engsten Auswahl für den im September durch den Tod von Ruth Bader Ginsburg frei gewordenen Sitz am US-Höchstgericht. In der Frage des Umgangs mit dem Wahlergebnis von 2020 haben sich die beiden sonst sehr ähnlich agierenden jungen Sensatoren erstmals deutlich unterschieden. Hawley gilt mit seiner vehementen Kampagne gegen die Zertifizierung des Wahlsiegs Joe Bidens als einer der ideellen Anstifter des Putschversuchs am Kapitol vom 6. Jänner. Cotton hat für die Zertifizierung der Ergebnisse gestimmt und war in den Wochen um den Kapitol-Sturm unauffällig.

Der erste der beiden Latinx-Anwärter auf Trumps Nachfolge, ist der texanische Senator Ted Cruz. Cruz hat sich schon 2016 als US-Präsidentschaftskandidat der Republikanischen Partei beworben und bekam nach Donald Trump am zweitmeisten Stimmen. Der Sohn kubanischer Einwanderer war einer der erster Latinx, der mit seinem Einzug in den US-Senat im Jahr 2013 ein hohes politisches

Amt der RepublikanerInnen innehatte. Allerdings steht Cruz sehr weit rechts. Und dass er seinen Senatssitz 2018 im nach wie vor republikanisch dominierten Texas beinahe an einen aufstrebenden Demokraten verloren hat, hat seinem Image innerhalb der RepublikanerInnen auch nicht geholfen. Ebenfalls aus einem Südstaat, kommt Anwärter Marco Rubio, auch er ist ein Sohn kubanischer ExilantInnen. Der Senator aus Florida ist mit Unterstützung des rechten Tea-Party-Flügels seiner Partei im Jahr 2010 in sein jetziges Amt gewählt worden und hat in der nationalen Arena mit der Ausnahme von Einwanderungsfragen, wo er eine gemeinsame Linie zwischen Democrats und seinen Republicans herzustellen versuchte, betont rechte Positionen vertreten. Im Kampf um die republikanische Präsidentschaftskandidatur gegen Trump gelang es dem späteren Präsidenten, seinen Konkurrenten aus Florida als politisches Leichtgewicht („Little Marco“) in der Wahrnehmung zu verankern. Ob Rubio diese Zuschreibung wieder los wird, ist fraglich. Die erste wichtige Hürde für Rubio ist kommt 2022: Da muss Rubio seinen Senatssitz in Florida verteidigen. Würde er ihn verlieren, wäre er für die Präsidentschaftskandidatur wohl aus dem Rennen. Auch Cruz und Rubio entscheiden sich, an einer ähnlichen Linie wie Hawley und Cotton, voneinander. Cruz war einer der Wortführer des Nicht-Anerkennens von Joe Bidens Wahlsieg, während sich Rubio hier komplett zurückgehalten hat.

Nun zu den zwei Frauen, die mögliche Nachfolgerinnen Donald Trumps sind: Lange galt Nikki Haley als Trumps wahrscheinlichste Nachfolgerin – es wurde auch spekuliert, ob sie statt Mike Pence bei Trumps Wiederwahlkampagne als Vizepräsidentschaftskandidatin antritt. Die Tochter indischer EinwandererInnen hat eine bemerkenswerte politische Karriere bis zur Gouverneurin des tief republikanischen Südstaats South Carolina hinter sich. Von dort wurde sie auf Trumps Nominierung hin Botschafterin der USA bei den Vereinten Nationen, die zweithöchste außenpolitische Funktion nach dem/der AußenministerIn. Nach mehreren nicht offen ausgetragenen Auseinandersetzungen mit der Trump-Administration, etwa in der Frage zum Umgang mit der russischen Aggression gegen die Ukraine, trat Haley bereits nach einem Jahr von diesem Posten zurück. Haley steht gesellschaftspolitisch vor allem in den Fragen „God, Guns and Gays“, weit rechts: Sie gehört zu den von der ehemaligen Vizepräsidentschaftskandidatin Sarah Palin geförderten „Mama Grizzlies“, von der Tea Party unterstützten weiblichen Bewerberinnen für politische Ämter. Haley ist also von ihren politischen Positionen her durchaus geeignet, Trumps Nachfolge zu übernehmen. Ob sie als indischstämmige Frau die teils rassistische Basis von Donald Trump zu mobilisieren in der Lage wäre, ist aber fraglich. Die zweite Frau, über deren mögliche Nachfolge des US-Präsidenten als Anführer der Republikanischen Partei spekuliert wird, ist seine Tochter Ivanka Trump (siehe Frage 3). Und mit der Kongressabgeordneten Liz Cheney hat sich eine republikanische Politikerin mit großem Namen, um das zweite Amtsenthebungsverfahren gegen Donald Trump in den Mittelpunkt

der öffentlichen Aufmerksamkeit manövriert. Denn Cheney war die Wortführerin jener 10 Abgeordneten, die im RepräsentantInnenhaus als republikanische Abgeordnete für Trumps Amtsenthebung stimmten. Cheney ist Kongressabgeordnete aus dem tief-republikanischen Bundesstaat Wyoming und Tochter des ehemaligen Vizepräsidenten Dick Cheney.

Dann gibt es zwei Politveteranen, die sich für geeignet für die Führung der Republikanischen Partei und für die Rückeroberung des Weißen Hauses halten: Vizepräsident Mike Pence ist mit Trump gemeinsam als Marke bereits eingeführt, er hat inhaltlich Trumps Positionen komplett übernommen und man sagt ihm hohe, teilweise religiös geprägte, Ambitionen nach. Der frühere Anwalt und Radiomoderator Pence ist als Gouverneur von Indiana US-weit bekannt geworden, weil er mit einem Gesetz unter dem Vorwand der Religionsfreiheit die Diskriminierung homosexueller Paare unterstützte – etwa, wenn ein Restaurant aus religiösem Vorwand keine homosexuellen Paare bedienen wollte. Das Gesetz ist nach wie vor in Kraft. Pence hat sich erstmals um den Putschversuch am Kapitol deutlich von Trump abgegrenzt, indem er zunächst die von Trump verlangte Nicht-Zertifizierung von Bidens Wahlsieg verweigerte und dann sogar zum Gejagten der militanten Trump-Fans wurde. Der Außenminister der zweiten Hälfte der Trump-Administration ist der zweite Politveteran mit Präsidentschaftsambitionen. Mike Pompeo ist auch tatsächlich ein Veteran, er war fünf Jahre in Deutschland als Waffenoffizier im Einsatz. Später holte Pompeo einen Harvard-Abschluss nach und gründete nach einigen Jahren Tätigkeit als Anwalt ein hoch rentables Flugzeugteilunternehmen. Ab 2011 saß Pompeo für einen Wahlkreis in Kansas im US-Repräsentantenhaus, bevor ihn Trump zunächst zum CIA-Direktor und dann 2018 zum Außenminister bestellte. Im US-Senat wurde er mit den Stimmen aller RepublikanerInnen und von fünf DemokratInnen bestätigt, die in von Trump 2016 gewonnenen Staaten im November desselben Jahres zur Wiederwahl standen. Pompeo hat eine innenpolitisch durchgehend streng republikanische Agenda, ist sein Leben lang schon Mitglied der National Rifle Association und ein außenpolitischer Hardliner an der Seite Israels. Sein Typ und Habitus ist von all den genannten BewerberInnen jenem Donald Trumps am ähnlichsten. Fraglich ist allerdings, ob Pompeo die notwendige Hausmacht in der Partei hat, um sich an deren Spitze zu setzen.

Persönlich ähnlich religiös wie Mike Pence, aber wesentlich liberaler in vielen politischen Fragen, ist der ehemalige Gouverneur von Massachusetts und Präsidentschaftskandidat, Mitt Romney. Der heutige Senator aus dem Mormonenstaat Utah, ist der einzige Republikaner, der mit den DemokratInnen im Senat, bei der ersten Abstimmung 2020, für die Amtsenthebung Donald Trumps stimmte und einer der ersten RepublikanerInnen, der Joe Bidens Wahlsieg öffentlich anerkannte. Eine Führungsrolle für Romney ist nur denkbar, wenn es innerhalb der RepublikanerInnen zu einer

komplett neuen politischen Ausrichtung kommt: Würde das passieren, wäre Romney ein Mitfavorit auf die neue Nummer eins der Partei. Eine dafür notwendige Neuausrichtung ist nach dem für die RepublikanerInnen auf Senats- und Kongressebene sehr guten Wahlergebnis vom 3. November 2020 eher nicht zu erwarten – und auch trotz des Putschversuchs am Kapitol, steht eine Mehrheit der republikanischen Basis noch hinter Donald Trump und nicht für eine Kursänderung.

7) Hat Donald Trump jetzt eigentlich die Mauer gebaut und hat Mexiko dafür gezahlt?

Bei Amtsantritt wollte Donald Trump auf der gesamten Länge der US-Südgrenze von 2.000 Meilen, eine Betonmauer bauen lassen und Mexiko dafür zahlen lassen. „Build the Wall“ (Bau(t) die Mauer) war gemeinsam mit dem an Mitbewerberin Hillary Clinton gerichteten „Lock Her Up“ (Sperr(t) sie ein), der meistgeschriene Sprechchor seiner Fans bei seinen Großveranstaltungen. Nimmt man Trumps ursprüngliche Ankündigung von 2.000 Meilen Betonmauer, die Mexiko bezahle, wörtlich, dann ist der US-Präsident mit diesem Vorhaben komplett gescheitert. Es gibt stattdessen auf nur 15 Meilen eine neue Grenzkonstruktion, auf denen bisher keinerlei Grenzbarriere stand. Diese neue Konstruktion ist keine Betonmauer, sondern besteht aus hohen Stahlplatten, die so eng aneinander stehen, dass sie nicht passierbar sind, aber dass trotzdem durchgesehen werden kann. Laut Angaben von Trumps eigenen Behörden bestanden die Grenzbarrieren vor Trumps Amtsantritt auf 654 Meilen, jetzt bestehen teilweise massiver ausgeführte physische Barrieren auf einer Länge von 669 Meilen. Trump hat parallel zur schleppenden Umsetzung dieses Projekts, auch seine Rhetorik zu diesem Thema verändert.

Aus einem 2.000-Meilen-Projekt wurde später das Ziel von 1.000 Meilen Grenzmauer, bevor Trump in seiner Rede an die Nation im Frühjahr 2020 wesentlich mehr als 500 Meilen Grenzmauer versprach und damit die Rhetorik der Realität anpasste. Die Änderung im Umgang mit dem Thema Grenzmauer, hat aber auch mit wahltaktischen Überlegungen zu tun. Nachdem die Grenzmauer 2016 im Mittelpunkt seines Wahlkampfs stand, versuchten es die RepublikanerInnen bei den Senats- und Repräsentantenhauswahlen im Jahr 2018 wieder mit einer klaren Anti-Ausländer-Botschaft. Trump und sämtliche im nachgeordneten Stellen warnten vor einer Karawane mit hunderttausenden bis Millionen mittelamerikanischer Einwanderungswilliger, die sich auf den Weg gemacht habe und bald an der US-Grenze stehen würde. Obwohl ihm viele BeraterInnen davon abrieten, sich persönlich so stark in einen Wahlgang einzumischen, der wahrscheinlich nicht zu gewinnen sein würde, kampagnisierte Trump das „Karawanen“-Thema immer weiter.

Die DemokratInnen gewannen bei diesen Wahlen im November 2018 eine deutliche Mehrheit im US-Repräsentantenhaus, das zuvor republikanisch dominiert war. Zwar konnten die RepublikanerInnen im Senat zwei Sitze dazugewinnen, dennoch war das Hochziehen eines Anti-Ausländer-Themas mittels „Karawane“ für Trump nicht von Erfolg gekrönt. Im Wahlkampf 2020 war die Mauer auf einmal aus Trumps Wahlkampf verschwunden. Dass gleichzeitig Trump bei Latinx-WählerInnen deutlich besser abschnitt als im Jahr 2016, ist auch in diesem Zusammenhang zu sehen (siehe Frage 5). Die Republikanische Partei muss, um wieder mehrheitsfähig im Kampf ums Weiße Haus zu werden und um zu verhindern, dass Texas aus der Reihe der verlässlich republikanischen Staaten verschwindet, einen neuen Umgang mit Latinx-WählerInnen finden. Ein Blick auf Arizona und damit auf jenen Staat, in dem das Thema Grenzmauer am stärksten polarisierte, ist hier eine Warnung an die Republicans. In Arizona haben sie binnen zwei Jahren beide US-Senatssitze an zwei DemokratInnen verloren und Arizona hat 2020 das erste Mal seit fast 30 Jahren wieder mehrheitlich demokratisch bei einer Präsidentschaftswahl gewählt. Diese Überlegungen werden auch Einfluss auf den Umgang der Republicans mit dem Thema Grenzsicherung haben.

Die Administration Joe Bidens vertritt hier, insbesondere nach dem Gewinn einer knappen Senatsmehrheit Anfang Jänner, eine völlig andere Position: Bidens neuer Heimatschutz-Minister Alejandro Mayorkas war unter Obama für den Dream-Act, also für die Legalisierung davor illegalisierter eingewanderter Kinder, zuständig. Und alleine, dass ein Latinx-Politiker Bidens Minister für Einwanderungsangelegenheiten wird, ist ein sichtbares Signal eines Kurswechsels in der Einwanderungs- und Legalisierungspolitik.

8) Kommt Donald Trump politisch zurück?

Die Republikanische Partei hat mit Donald Trump an der Spitze 2020 mehr Stimmen gemacht als je zuvor. Das erklärt zum Teil auch die Zurückhaltung der republikanischen PolitikerInnen mit Aufforderungen an Trump, seine Wahlniederlage vom 3. November einzugestehen. Dass Donald Trump auf dem Wahlzettel stand, hat auf beiden Seiten zu einer Hypermobilisierung geführt. Für RepublikanerInnen wirft das, selbst wenn sie Trump, seinen Politikstil oder seine Inhalte nicht teilen, die Frage nach ihren eigenen Chancen zur Wiederwahl in ihre Mandate auf. Donald Trump hat wie kein zweiter Partei„freundInnen“, die sich ihm nicht unterworfen haben, öffentlich kritisiert und interne Gegenkandidaturen organisiert, unterstützt und die von ihm geförderten KandidatInnen haben diese internen Matches oft genug gewonnen. Die 10 Millionen WählerInnen, die Trump

zwischen 2016 und 2020 dazugewonnen hat, haben bisher großteils nicht gewählt – es sind seine oder von ihm mobilisierte WählerInnen.

Die Republikanische Partei ist ohne Donald Trump nicht denkbar, gegen seinen Willen die Führung zu übernehmen, ist auch mit dem Eingeständnis seiner Wahlniederlage bei der Präsidentschaftswahl, nicht möglich. Selbst der von Trump mit verursachte faschistische Putschversuch am Kapitol, hat Trumps treue Basis nicht von Trump abgebracht: Immer noch sprechen sich deutlich über die Hälfte der republikanischen WählerInnen in Umfrage für Trump aus. Ob Trump selbst politisch zurück kommt, bleibt offen. Trumps Persönlichkeitsstruktur, der öffentliche Aufmerksamkeit genießt wie kaum ein/e Zweite/r, macht einen Rückzug ins Privatleben und einen kompletten Abschied von der öffentlichen Bühne undenkbar. Trump selber könnte versuchen, Anführer einer Republikanischen Partei zu werden, die jetzt vier Jahre lang alles blockiert, was der neue Präsident Joe Biden gemeinsam umsetzen möchte. Wenn es die Gesundheit der beiden Kandidaten zulässt, käme es dann 2024 zu einer Neuauflage des Matches zwischen einem Präsidenten Biden, der aus Sicht der RepublikanerInnen nichts weitergebracht haben würde und einem triumphal zurückkehrenden Anführer ihrer eigenen Partei.

Sollte Joe Biden bis dahin an seine Vizepräsidentin übergeben haben oder 2024 nicht mehr antreten, ändert auch das nichts an dieser Konstellation „gescheiterter Präsident“ gegen „Comeback“. Sollte Trump selber aufgrund eines Amtsverbots im Rahmen des zweiten Amtsenthebungsverfahrens oder aus gesundheitlichen Gründen, nicht mehr in der Lage oder nicht willens sein, zurückzukommen und 2024 wieder zu kandidieren, hat er, wie in Frage 3 beschrieben, eine Reihe ambitionierter Familienangehörige mit politischen Ambitionen. Trumps Tochter Ivanka spekuliert mit einem US-Senatssitz in Florida, seine Schwiegertochter mit einem in North Carolina. Trumps Sohn schießt auf den frei werdenden Senatssitz in Pennsylvania. Es ist nicht ausgeschlossen, dass ab 2022 drei Trumps im US-Senat sitzen. Das wäre trotz der Tradition von US-Politdynastien ein komplettes Novum. Mitte des 19. Jahrhunderts gab es einmal drei Brüder im RepräsentantInnenhaus. Und in jüngerer Vergangenheit waren zwei Schwestern aus Kalifornien, auch eine Mutter-Sohn-Konstellation gab es Mitte des 20. Jahrhunderts einmal im House. Die Senatoren Mark und Tom Udall waren 2009 bis 2015 als Cousins gleichzeitig im Senat. Geschwister, Halbgeschwister und SchwägerInnen, gab es noch nicht im US-Senat. Der Trumpismus als nationalistisches Projekt wird jedenfalls bleiben – wir wissen jetzt, dass damit über die üblichen republikanischen WählerInnen hinaus, enorme Menschenmengen zu den Wahlurnen mobilisierbar sind. Ein Trumpismus ganz ohne Trump(s) ist unwahrscheinlich. Aber es stellen sich eine Reihe

möglicher NachfolgerInnen, auch außerhalb der eigenen Familie an, die auch inhaltlich und stilistisch genau in Trumps Fußstapfen treten wollen.

9) Was sind die wesentlichen Kennzeichen von Donald Trumps Politikstil?

Donald Trumps Politikstil ist von extremer Provokation und Tabubrüchen gekennzeichnet. Er inszeniert sich damit, trotz seines persönlichen Wohlstands und seinen reichen familiären Umständen, als einer aus der normalen Bevölkerung, der so redet, wie ihm der Schnabel gewachsen ist. Er kümmert sich nicht darum, die Bedürfnisse anderer, über die er spricht, in seinen Überlegungen zu berücksichtigen. Trump ist beleidigend und unsachlich, er ist sprunghaft und oft beratungsresistent. Unvergessen ist die Suche nach dem oder der hohen Offiziellen im Weißen Haus, der/die in einem anonymen Leitartikel in der New York Times für sich und weitere hochrangige Trump-Angestellte um Verständnis warb, weil irgendetwas den Präsidenten kontrollieren und seine verrücktesten Ideen verhindern müsse.

Donald Trump liebt Massenveranstaltungen – immer wieder war es für seine BeraterInnen unmöglich, ihn vom Wahlkämpfen für andere PolitikerInnen abzuhalten, auch wenn sie mit Niederlagen rechneten und den Präsidenten von der Niederlage fernhalten wollten. Zu gerne wollte Trump sehen, dass ihm Zehntausende zujubeln. Enge MitarbeiterInnen beschreiben das als seine größte Leidenschaft, so zufrieden wie von einem großen Auftritt vor einem großen Publikum aufgeputscht, sei er sonst selten. Sogar am herbstlichen Höhepunkt der Covid-Pandemie, zum Beginn des Präsidentschaftswahlkampfes, hat Trump mehrere Massenveranstaltungen abgehalten, bei denen es auch zu mehreren Infektionen gekommen sein dürfte. Unter anderem ist der bei einer dieser Massenveranstaltungen anwesende ehemalige republikanische Bewerber um die Präsidentschaftskandidatur, Herman Cain, kurz danach an Covid verstorben. Auch die neue Höchstrichterin Amy Coney Barrett im Garten des Weißen Hauses vorzustellen, ließ sich Donald Trump nicht entgehen und produzierte dort ein nachweisliches Covid-Superspreader-Event. Einige der Kennzeichen eines Rechtspopulisten, die den Politikstil des 45. US-Präsidenten kennzeichnen, sind deckungsgleich mit europäischen Rechtspopulisten wie Viktor Orban und Sebastian Kurz. Neben der Inszenierung bei Großveranstaltungen, gehören zu diesen gemeinsamen Kennzeichen, eine ausgeprägte Anti-Establishment-Marke, ein symbolischer und umgesetzter Anti-Parlamentarismus und das etablieren des Themas Migration und Integration als wesentliches inhaltliches Abgrenzungsmerkmal der eigenen Partei oder Bewegung.

10) Welchen Einfluss haben die religiösen Rechten auf Donald Trumps Politik?

Religion spielt in der US-amerikanischen Gesellschaft eine zentrale Rolle – und zwar deutlich mehr als in anderen Industrienationen. Während Pro-Kopf-Einkommen und Religiosität einer Gesellschaft international stark korrelieren, also in den ärmsten Ländern der Welt die höchste Religiosität und in einigen der reichsten Länder der Welt die Religiosität sehr niedrig ist, tanzen hier die USA sehr weit aus der Reihe. Während in ähnlich reichen Ländern wie Deutschland, Großbritannien, Kanada und Japan, nur zwischen 15 und 25% die Frage „Spielt Gott eine wichtige Rolle in Ihrem Leben“ mit Ja beantworten, antworten über 50% der US-AmerikanerInnen darauf mit Ja. Die USA liegen damit als Land mit dem weltweit höchsten Pro-Kopf-Einkommen auf einer Ebene mit lateinamerikanischen Staaten wie Mexiko und Chile und zum Beispiel auch mit dem Libanon – samt und sonders Staaten mit einem Drittel des US-amerikanischen Pro-Kopf-Einkommens. 55% der US-AmerikanerInnen sagen, dass sie regelmäßig beten – in mitteleuropäischen, mehrheitlich-christlichen Ländern, liegt diese Quote um die 10%. Und eine/r von zwei US-AmerikanerInnen findet, die Bibel sollte Einfluss auf die Gesetze haben.

Das Wahlverhalten variiert stark nach Religionszugehörigkeit: Bei evangelikalen Kirchenangehörigen liegt der Anteil der RepublikanerInnen bei 60% und höher, KatholikInnen wählen in etwa ausgeglichen republikanisch und demokratisch – sie haben aber im Jahr 2004 bei George W. Bushs Wiederwahl, obwohl mit John Kerry ein Katholik für die DemokratInnen antrat, mehrheitlich für den deutlich konservativeren Amtsinhaber gestimmt. JüdInnen wählen im Verhältnis 3:1 demokratisch, MuslimInnen im Verhältnis 4:1, AtheistInnen im Verhältnis 5:1. Das bildet sich auch im Kongress ab, wo die republikanischen Delegationen mehrheitlich protestantisch-evangelikal und die demokratischen Delegationen mehrheitlich katholisch sind. Das spiegelt sich auch in den Einschätzung von ParteisympathisantInnen gegenüber der jeweils anderen Partei, wieder: Je 60% der RepublikanerInnen und DemokratInnen finden, jene große Partei, die sie selbst nicht wählen, ist zu sehr in der Hand religiöser Konservativer beziehungsweise in der Hand nicht-religiöser Liberaler sei. 71% der US-AmerikanerInnen sind einer christlichen Religion zugehörig, 21% fühlen sich keiner Religion zugehörig und 6% gehören einer anderen Religion als dem Christentum an.

42 Präsidenten waren Protestanten, zwei – nämlich Herbert Hoover und Richard Nixon – waren Quäker und zwei – nämlich John F. Kennedy und Joe Biden – waren bzw sind Katholiken. Es gab noch nie eine/n jüdische/n PräsidentIn oder VizepräsidentIn, der einzige jüdische Kandidat in Reichweite eines dieser Ämter, war der demokratische Vizepräsidentenskandidat von Al Gore im Jahr 2000, Joe Lieberman. Er ist wie Gore um 537 Stimmen in Florida daran gescheitert, das Amt

zu bekommen. Im RepräsentantInnenhaus sitzen momentan drei MuslimInnen für die Demokratische Partei: Rashida Tlaib ist vertritt Teile von Detroit, sie ist Kind palästinensischer Flüchtlinge. Ilhan Omar vertritt Teile von Minneapolis im RepräsentantInnenhaus, sie ist Kind somalischer Kriegsflüchtlinge und hat das Mandat des ebenfalls früheren muslimischen Abgeordneten Keith Ellison übernommen. Und Andre Carson vertritt Teile von Indianapolis im Kongress, er hat das Mandat seiner verstorbenen Großmutter übernommen und ist als junger Mann zum Islam konvertiert.

In der Republikanischen Partei selbst ist Ausdruck der Stärke der religiösen Rechten, dass bei jeder der drei letzten Präsidentschaftswahlen, bei denen kein amtierender Präsident für die republikanische Kandidatur antrat – also 2008, 2012 und 2016 – immer ein explizit rechts-religiöser Kandidat als letzter Herausforderer des späteren Kandidaten im Rennen blieb. 2008 war das der Pastor und frühere Gouverneur von Arkansas, Mike Huckabee. 2012 war es der frühere Senator Rick Santorum und 2016 der texanische Jurist Ted Cruz, der sich vor dem faschistischen Putschversuch auf das Kapitol am 6. Jänner als einer Wortführer jenes Teils der republikanischen Partei hervorgetan hat, die sich gegen die Anerkennung von Joe Bidens Wahlsieg bei der Präsidentschaftswahl aussprachen. Donald Trump selbst wird kein besonders gottgläubiges oder –fürchtiges Leben attestiert. Dennoch hat der republikanische Präsident stark auf religiös aufgeladene Rhetorik gesetzt.

Eine Untersuchung aller seiner Reden hat ergeben, dass er fast doppelt so oft Gottesbezüge in seinen Reden verwendete, wie alle Präsidenten seit dem 2. Weltkrieg vor ihm: Mit durchschnittlich fast acht religiösen Bezügen pro 1.000 gesprochenen Worten liegt er deutlich vor George Bush sen. mit durchschnittlich fünf Gottesbezügen Seine unmittelbaren Vorgänger Bill Clinton, George Bush jun. Und Barack Obama haben alle ziemlich genau halb so oft in ihren Reden auf Gott Bezug genommen wie Donald Trump. Das mag auch an Trumps RedenschreiberInnen und BeraterInnen liegen: Denn ohne eine hohe Beteiligung der evangelikalen Basis ist es für RepublikanerInnen schwer, Wahlen zu gewinnen. Und die haben sich mit dem beleidigenden Grobian Donald Trump vor allem aus machstrategischen Gründen arrangiert. Kein Präsident der letzten 30 Jahre hat so viele HöchststrichterInnen nachbesetzten können wie Donald Trump mit drei neuen am Supreme Court. Und in nur einer Amtsperiode hat Trump gleich viele BundesrichterInnen durchgebracht wie sein Vorgänger Barack Obama in zwei Amtsperioden. Das Nominieren konservativer RichterInnen ist er Hauptgrund dafür, dass sich evangelikale WählerInnen mit Trump arrangiert haben. Denn die Gerichte haben in vielen politischen Fragen noch mehr Macht als die Parlamente, weil sie unter anderem Letztentscheidungen über die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen fällen und weil

RichterInnen in der Regel nicht nur für zwei oder sechs Jahre wie Abgeordnete im RepräsentantInnenhaus oder im Senat gewählt, sondern auf Lebenszeit bestellt sind.

11) Wieso gibt es in den USA nur zwei Parteien?

Die USA haben ein Mehrheitswahlrecht. Das heißt, dass Mandate nicht proportional aufgeteilt werden, sondern nach dem Prinzip „The winner takes it all“. Es gibt regional ein paar Ausnahmen, wo Mandate mittlerweile anders vergeben werden. Aber im Grund genommen gilt: Wenn du Erste/r bei einer Wahl bist, dann bekommst du das Mandat. Für den/die Zweite bleibt nichts über. Die Wahlen sind in Wahlkreisen organisiert. Diese Wahlkreise haben je nach Ebene im Idealfall immer ungefähr gleich viele BürgerInnen, die von einem/einer Abgeordneten vertreten werden. Durchschnittlich haben die Wahlkreise im Repräsentantenhaus um die 800.000 EinwohnerInnen. Wenn du in diesem Wahlkreis 49% der Stimmen bekommst und dein/e GegenkandidatIn nur 48%, dann bist du zum/zur Abgeordneten des Wahlkreises gewählt. Oder zum Sheriff. Oder zum Mitglied der Schuldirektion. Oder zur Hundefängerin. Es wird je nach Region alles Mögliche gewählt – was für uns auch besonders ungewöhnlich ist: auch bestimmte wichtige Ministerien, wie das Innen- oder das Justizministerium, werden in vielen Bundesstaaten direkt gewählt.

In vielen mitteleuropäischen Ländern sind wir stärker an ein Verhältniswahlrecht gewöhnt: das heißt, dass man für 10% der Stimmen auch 10% der Mandate bekommt. Ein System, in dem man nur mit einer hohen Stimmzahl eine Chance auf Ämter, Mandate und Einfluss hat, tendiert natürlich stärker zum Zusammenschluss weniger ideologisch enger, aber dafür größerer Parteien. International haben die meisten Länder mit Mehrheitswahlrecht weniger Parteien, als Länder mit Verhältniswahl. Neben zwei bis maximal drei ideologisch positionierten Parteien, sind es wenn überhaupt noch Parteien mit regionalen Hochburgen, die sich in Mehrheitswahl-Systemen halten können. Denn sie schaffen in einer bestimmten Region hohe Stimmanteile und damit dort Mandate. Internationale Beispiele dafür sind etwa die Scottish National Party und die walisische Plaid Cymru im Vereinigten Königreich. Das Zwei-Parteien-System der USA bringt mit sich, dass die Parteien breite Bündnisse sind und sehr wenige gemeinsame Nenner haben. Man darf sich die US-Parteien auch nicht wie in Mitteleuropa vorstellen – mit Bezirksparteiorganisationen und vielen Parteiangestellten und einer Struktur, in der die Parteien, wie in den Niederlanden oder in Österreich, bis hin zu Autofahrerklubs und Sportvereine wirken. Vielmehr sind die US-Parteien lose Wahlvereine, die für Wahlkämpfe Wahlkreisbüros eröffnen und dann oft mit viel Geld und mit externen BeraterInnen und Wahlkampfteams um knappe Mandate kämpfen.

Die weniger starke Bindung des gesamten Systems an Parteistrukturen, macht auch Promi-Kandidaturen um hohe Ämter wesentlich einfacher. Es sei an dieser Stelle an den Wrestler Jesse Ventura, an den Bodybuilder und Schauspieler Arnold Schwarzenegger und an den Komödianten Al Franken erinnert, die jeweils hohe politische Ämter als Quereinsteiger gewannen. Andere Parteien, die „Third Parties“ genannt werden, haben mittelbar allerdings Einfluss auch Einfluss auf Wahlen, selbst wenn sie noch so klein sind. Drei der letzten sechs Präsidentschaftswahlen hatten einen so knappen Ausgang, dass die Stimmen der Drittparteien bei starker Verteilung in Richtung einer der beiden großen Parteien, ausschlagend sein hätten können. Im Jahr 2000 hätte ein Bruchteil der Stimmen für den Kandidaten der Grünen, Ralph Nader, zu einem Wahlsieg des Demokraten Al Gore statt des Republikaners George Bush gereicht. Im Jahr 2016 waren Gary Johnson und Jill Stein, die KandidatInnen der Libertären und der Grünen Partei, beide „groß“ genug, dass eine starke Verteilung ihrer jeweils wenigen Prozentpunkte zur Demokratin Hillary Clinton, für ihren Einzug ins Weiße Haus, anstelle des Republikaners Donald Trump, gereicht hätten. Und im Jahr 2020 ist in mehreren Bundesstaaten der sehr geringe absolute Stimmanteil der libertären Kandidatin Jo Jorgensen höher, als der Vorsprung des Demokraten Joe Biden gegen Amtsinhaber Donald Trump.

12) Was hat das für Vor- und Nachteile, nur zwei große Parteien zu haben?

BefürworterInnen eines Zwei-Parteien-Systems verweisen häufig darauf, dass die Regierbarkeit in einem Zwei-Parteien-System gesicherter ist als in einem Mehr-Parteien-System mit einer zersplitterten Parteienlandschaft. Mehrere europäische Staaten mit Verhältniswahlrecht haben ein politisches Kräfteverhältnis, das längst keine stabile Regierung aus zwei Parteien mehr ermöglicht – hier sind Belgien, die Niederlande und die skandinavischen Ländern zu nennen. Eine mittelbare Konsequenz einer zersplitterten Parteienlandschaft ist auch, dass die Proportionalität des politischen Einflusses erst recht wieder nicht verhältnismäßig ist. Nehmen wir etwa ein starkes Rechts-Links-polarisiertes System, in dem beide Lager auf über 45% kommen und eine kleine Partei mit bis zu 10% immer Mehrheitsbeschafferin in beide Richtungen sein und völlig unproportional viele ihrer Ideen durchsetzen kann: Hier stimmt trotz Verhältniswahlrecht das Verhältnis der Macht nicht zu den Wahlergebnissen. Als Beispiel dafür können sowohl die Bundesrepublik Deutschland, als auch Österreich in den 1970er-Jahren genannt werden, als den sehr unterschiedlich ausgerichteten Liberalen in Deutschland (FDP) und den Nationalliberalen in Österreich (FPÖ) diese Scharnierfunktion zur Mehrheit, zukam.

Eine der negativen Folgen eines zersplitterten Parteiensystems können also Instabilität und häufige Neuwahlen sein. Eine andere kann eine Übermacht kleiner Parteien an der Hürde zur Mehrheit für Bündnisse sein. Aber auch das Mehrheitswahlrecht hat Nachteile. In Großbritannien habe es in den 1990er-Jahren Wahlen, bei denen eine Partei mit über 17% der Stimmen trotzdem nur knapp 3% der Mandate erringen konnte, während die sozialdemokratische Labour-Partei im Jahr 2005 mit nur 35% der Stimmen eine absolute Mandatsmehrheit im Parlament gewinnen konnte. Die Proportionalität leidet unter einem Mehrheitswahlrecht also massiv. Im Vereinigten Königreich kam es 2010 trotz eines eigentlich große Mehrheiten fördernden Wahlrechts zu einer Parlamentswahl ohne Mehrheit für eine der beiden großen Parteien und zur Notwendigkeit einer Koalition. Wie in den Beispielen weiter oben beschrieben, kamen hier die Liberalen trotz Mehrheitswahlrecht in eine Konstellation, in der sie als kleinste der großen Parteien die meiste Macht in Verhandlungen einbringen konnten. Was von BefürworterInnen als Vorteil empfunden wird, nämlich dass sich bei einem Zwei-Parteien-System mit zwei ungefähr gleich starken Systems, um die sogenannte politische Mitte bemühen müssen, das steht von den Flügeln der politischen Lager stark in der Kritik. Sie bemängeln einen Ähnlichkeitswettbewerb der Parteien in den knappen Wahlregionen und mangelnde Unterscheidbarkeit der politischen Pläne, die die jeweiligen ProponentInnen verfolgen, was wieder zu einer Wahl nach oberflächlichen Kriterien wie Bekanntheit oder Beliebtheit führe.

Ein starkes Ungleichgewicht bringt ein stark polarisiertes politisches System wie jenes der USA, was die regionale Repräsentation betrifft. In Frage 17) folgt eine intensivere Auseinandersetzung mit den regionalen Disparitäten aufgrund des unterschiedlichen politischen Gewichts der Regionen. Hier geht es jetzt aber um jene Regionen, in denen die politischen Mehrheitsverhältnisse so klar sind, dass dort gar nicht wirklich wahlgekämpft wird. SenatorInnen aus umstrittenen Bundesstaaten, die immer knapp ausgehen, haben natürlich deutlich mehr Gewicht in Washington und ihre Wünsche sind deutlich wichtiger als jene von SenatorInnen aus Bundesstaaten, die die jeweilige Partei sowieso gewinnt oder verliert. Wieviel öffentliche Gelder als Investitionen in Arbeitsplätze oder in Bildungseinrichtungen oder in Infrastrukturprojekte sie in ihre Region gebracht haben, ist häufig der viel wichtigere Maßstab bei der Beurteilung der Arbeit von SenatorInnen und Abgeordneten in Washington DC, als ideologische Fragen. In Zusammenschau der kaum vorhandenen Parteistrukturen, der enormen Kosten einer Wahlkampagne und des Ähnlichkeitswettbewerbs in knappen Wahlbezirken, kommt hier die Kritik an „Corporate America“ zu tragen. Bei Frage 21) zur Finanzierung folgen mehr Details. An dieser Stelle sei aber darauf hingewiesen, dass es ohne große Summen privater SpenderInnen fast unmöglich ist, einen Wahlkampf zu finanzieren. Und die wenigsten SpenderInnen geben ihr Geld nur aus Überzeugung

her, sondern sie wollen dafür auch zumindest hin und wieder das Ohr des Kandidaten oder Kandidatin bzw des Amtsträgers/der Amtsträgerin haben. Hier ist die Schnittstelle zur Korruption und zur gekauften Politik offensichtlich. Dafür ist ein weniger personenzentriertes Wahlsystem mit Listen- anstatt Personenwahlen und mit einer stabilen öffentlichen Parteien- und Interessensvertretungsfinanzierung, anstatt des privaten MäzenatInnenentums, weniger anfällig.

13) Wie kann man mit weniger Stimmen trotzdem gewinnen?

Das Wahlsystem in den USA sieht für die Präsidentschaftswahl vor, dass von den Bundesstaaten Delegierte die dortige Mehrheitsentscheidung in Form ihrer Stimmen beim Kongress abgeben. Diese sogenannten Wahlleute sind in vielen Bundesstaaten gesetzlich an das Wahlergebnis ihres Bundesstaats gebunden, in manchen anderen nicht. Zu einer Abweichung des Wahlverhalten der Wahlleute mit Einfluss auf den Ausgang der Wahl, ist es seit 150 Jahren nicht mehr gekommen. In diesem System bekommen die Bundesstaaten für jeden ihrer SenatorInnen und für jeden ihrer Abgeordneten im RepräsentantInnenhaus, eine Wahlperson im Electoral College. Kalifornien hat beispielsweise 53 Kongressabgeordnete und zwei SenatorInnen, deswegen 55 Stimmen im Electoral College. Kleinere Staaten wie (das republikanisch dominierte) Wyoming oder (das demokratisch dominierte) Vermont, haben trotz ihrer sehr geringen Bevölkerungszahl ebenfalls zwei SenatorInnen, aber nur eine/n Abgeordnete/n und damit drei Stimmen im Electoral College.

Legt man jetzt die Bevölkerungszahlen der genannten Bundesstaaten über diese Zahlen, kommt heraus, dass Kalifornien gemessen an seiner Bevölkerung gegenüber den beiden kleinen Staaten unterrepräsentiert ist. Ursache ist nicht das relativ gerecht verteilte RepräsentantInnenhaus, sondern der Senat, in dem unabhängig von der Größe des Bundesstaats zwei SenatorInnen aus jedem Bundesstaat sitzen. Das ist ein Teil der Erklärung für die Möglichkeit eines Wahlsiegs im Electoral College trotz einer Niederlage bei den absolut abgegebenen Stimmen. Ein zweiter Grund ist das System „The winner takes it all“: Wenn ich drei gleich große Staaten mit je 51% der Stimmen gewinne und einen vierten gleich großen Staat mit nur 10% der Stimmen verliere, dann werde ich in Summe deutlich weniger Stimmen, aber trotzdem deutlich mehr Wahlleute gewonnen habe. So ist das im Jahr 2000 passiert, als Al Gore trotz 500.000 Stimmen mehr die Präsidentschaftswahl gegen George W. Bush verlor und 2016, als Hillary Clinton drei Millionen Stimmen mehr als Donald Trump, dennoch nicht zum Einzug ins Weiße Haus reichten.

14) Wozu braucht es das Electoral College, eine Wahlleuteversammlung?

Im besten Fall bringt das aus 538 Wählern bestehende Electoral College, für einen oder eine Kandidatin 270 Stimmen und damit eine absolute Mehrheit der Stimmen. Hier reicht keine relative Mehrheit: Wenn eine Wahl im Electoral College 269 zu 268 zu drei ausgeht, dann ist die Wählerversammlung daran gescheitert, den/die PräsidentIn zu wählen. Es gibt hier keinen Zweiten Wahlgang und keinen anderen Mechanismus. Das liegt auch am konkreten Procedere des Electoral College: Das ist keine Versammlung, bei der an einem bestimmten Tag alle 538 Wähler an einem Ort zusammenkommen und dort eine Wahl abhalten. Vielmehr kommen in jedem Bundesstaat die Wähler am ersten Montag nach dem zweiten Mittwoch im Dezember im Regierungsgebäude der jeweiligen Hauptstadt zusammen und geben dort ihre Stimmen ab: und zwar auf zwei separaten Stimmzetteln für PräsidentIn und für VizepräsidentIn.

Diese Stimmen werden ausgezählt und das sechsfach ausgestellte Bestätigungsdokument mit dem Stimmergebnis, wird von allen Wählern unterschrieben, an folgende Stellen geschickt: je zwei an die Direktion des Nationalarchivs, je zwei an das Innenministerium des Bundesstaates, eines zum/zur VizepräsidentIn und eines ans Bezirksgericht der jeweiligen Hauptstadt, in der die Wähler zusammengekommen sind. In Washington DC werden am 6. Jänner bei einer gemeinsamen Sitzung der 538 VertreterInnen im RepräsentantInnenhaus und Senat, die 50 Ergebnisse der Bundesstaaten zusammengezählt. Was passiert, wenn keine Mehrheit zustande kommt? Dann folgt zeitnahe eine Sitzung des RepräsentantInnenhauses, in der der/die PräsidentIn gewählt wird und eine des Senats, in dem der/die VizepräsidentIn gewählt wird. Das RepräsentantInnenhaus darf aus den drei PräsidentschaftskandidatInnen mit den meisten Stimmen im Electoral College wählen, könnte als in unserem Beispiel eines 269 zu 268 zu drei, auch den/diejenige mit nur drei Stimmen im Electoral College, dennoch ins Weiße Haus wählen.

Was passiert, wenn sich jemand nicht an das Wahlergebnis des Bundesstaates hält? Das ist in 33 Staaten und Washington DC gesetzlich verboten und auch in anderen Staaten extrem selten. Schon gar nicht kommt es vor, dass mehrere sogenannte „Faithless electors“ bei einer Wahl abstimmen. Bei fast 24.000 in der Geschichte des Electoral College abgegebenen Stimmen, waren knapp über 150 nicht der Vorgabe des Bundesstaats entsprechend – die Hälfte davon wegen des Todes von KandidatInnen zwischen Wahl und Zusammenkommen der Wähler. Es bleiben dann 0,35% Wähler mit abweichendem Wahlverhalten. Sie haben noch nie eine Präsidentschaftswahl „gedreht“, aber immerhin ein Mal eine Vizepräsidentschaftswahl in den Senat geschickt, wo dann der selbe Kandidat gewählt wurde und ein Mal einen anderen Vizepräsidenten gewählt, als es die Summe der Wahlergebnisse der Bundesstaaten vorsah. Das ist allerdings 185 bzw. 215 Jahre her.

Und noch eine Sonderregel gilt hier für die Kongresswahl des Präsidenten oder der Präsidentin: Es geben nicht alle 438 Abgeordnete eine eigene Stimme ab, sondern es wird nach Bundesstaaten gewählt. Wenn es in allen Delegationen Mehrheiten für eine/n KandidatIn gibt, dann kommen so maximal 50 Stimmen zusammen, von denen man fürs Weiße Haus 26 braucht. Gibt es in mehreren Delegationen keine Mehrheit, sondern gleich viele Stimmen für mehrere KandidatInnen, dann gibt die Delegation dieses Staates keine Stimme ab. Im Senat muss 51 von 100 Stimmen erreichen, wer VizepräsidentIn sein will. Um den Grund für diese komplizierten Regeln zu verstehen, müssen wir einen Blick auf die Geschichte der USA und des Electoral College werfen. Die USA sind ein von sehr viel aus Europa und aus anderen Teilen der Welt eingewanderten Menschen gegründet worden. Häufig waren das Menschen, die aus Kaiser- und Königreichen und aus Diktatoren flohen. Das „Land of the free“ ist keine Redewendung, sondern hat einen konkreten historischen Hintergrund. Viele der EinwanderInnen kamen nur mit dem, was sie am Körper tragen konnten, aber getrieben von dem Versprechen, in einem Land mit weniger Regeln und mit weniger Hierarchien und Zwang leben zu können. Du reist einfach bis zum am weitesten nach Westen vorgedrungenen Siedler und das nächste freie Stück Land nimmst du und bewirtschaftest es – das ist der Mythos des „Go West“ der Millionen von SiedlerInnen, die sich von der US-Ostküste ins Landesinnere aufmachten.

Als dann erste Regeln eingeführt wurden, war für die Autoren der US-Verfassung eines klar: Es braucht ein ausgeprägtes System, das zu viel Macht in wenigen Händen verhindert und gleichzeitig die Autonomie der Individuen und der Teilstaaten möglichst erhält. Entstanden ist ein kompliziertes System aus sogenannten „Checks and Balances“, das die Entscheidungskompetenz in wichtigen Fragen auf viele Schultern verteilt und teilweise auch kleinen Gruppen starke Blockademeechanismen zur Verfügung stellt. In Frage 18) zum Wahlsystem kommen dazu noch mehr Details – zum Electoral College ist aber die Frage naheliegend, warum nicht einfach die 538 ohnehin gewählten VertreterInnen der Bundesstaaten im Washington DC diese Aufgabe übernehmen und entweder nach ihrem Wunsch abstimmen, oder nach Vorgabe der Bundesstaaten entsprechend des dortigen Wahlausgangs?

Dazu haben die Verfassungsautoren konkret festgehalten, dass sie um jeden Preis verhindern wollen, dass Entscheidungen von kleinen Gruppen ausgemacht werden, die ohnehin das ganze Jahr in Washington DC verbringen. Bundesweite AmtsträgerInnen sind sogar explizit von dieser Aufgabe ausgeschlossen: niemand, der aktuell im RepräsentantInnenhaus oder im Senat sitzt, darf im Electoral College vertreten sein. Da lieber von den Parteien zu nominierende, aber dennoch andere als die ohnehin mächtigen Player in der US-Bundespolitik. Eine Wahl im Electoral College ohne Mehrheit, die das Procedere mit RepräsentantInnenhaus und Senat in Gang setzt, gab es zuletzt

1837 und überhaupt erst drei Mal in der Geschichte der Vereinigten Staaten. Seit Ende des 19. Jahrhunderts werden die Wähler zum Electoral College in jedem Bundesstaat per Volksentscheid gewählt – in einigen Bundesstaaten wählten davor die Regionalparlamente die Wähler.

15) Wieso sind die Umfragen immer so falsch?

Bis in die 1930er-Jahre wurden Umfragen immer einfach bei möglichst vielen Menschen durchgeführt: Der „Literary Digest“, der bis dahin als einzige US-amerikanische Zeitung Umfragen publizierte, fragte Millionen von Menschen nach ihrem beabsichtigten Abstimmungsverhalten. 1936 lagen die ersten großen Umfragemacher mit diesem Modell spektakuläre 20 Prozent neben dem echten Ergebnis und sagten den falschen Sieger voraus – während gleichzeitig der junge Marktforscher George Gallup eine Umfrage präsentierte, die nur wenige Punkte neben dem tatsächlichen Ergebnis lag und den Sieger Franklin D. Roosevelt richtig prognostizierte. Er hatte statt möglichst viele Menschen, eine „kleinere“ Gruppe gefragt, bei der er auf Repräsentativität im Vergleich zur Gesamtbevölkerung achtete. Nämlich, Achtung kein Vertipper: 50.000 Menschen. Diese 50.000 repräsentativ ausgesuchten AmerikanerInnen, behielt sich das Institut von Gallup als fixes Panel an Antwortenden und hat damit eine Methode gefunden, die heute angesichts der Krise der Meinungsforschung in Zeiten Donald Trumps, wieder stärker forciert wird.

Aber der Reihe nach: der nächste Schritt der Meinungsforschung geht nämlich zu noch deutlich kleineren sogenannten Samples, also Befragten. Vorausgesetzt, die Befragten sind repräsentativ ausgewählt, sie sagen die Wahrheit und es gibt auch sonst keine größeren methodischen Probleme, kommt man mit 800-1.000 Befragten eigentlich sehr nahe an die Ergebnisse der Wahlabsicht aller Wahlberechtigten heran. Auch kleinere Samples sind gerade in der zur schnellen Veröffentlichung gedachten Meinungsforschung üblich und können zwar keine prozentgenaue Aussage treffen, aber große Trends messen. Historisch gesehen haben Umfragen sehr viele Wahlen in den USA und anderswo meistens richtig eingeschätzt, ihre Grenzen sind aber bei sehr knappen Wahlen erreicht. Man muss dazu das Modell einer Umfrage und ihre tatsächliche Aussagekraft mit dem gegenüberstellen, was für Erwartungshaltungen in Umfragen gesetzt werden: Wenn ich eine Woche vor der Wahl 1.000 repräsentativ ausgewählte BürgerInnen mit einer hochwertigen Methode, also idealerweise am Telefon und nicht digital und idealerweise in einem umfassenden Fragebogen, nach ihrer politischen Meinung und ihrer Wahlabsicht frage, dann werden mir die 1.000 bis auf eine geringe Abweichung ein ganz ähnliches Ergebnis liefern, als hätte ich 10.000, 100.000 oder 1.000.000 oder alle BürgerInnen gefragt. Die 1.000 Befragten erlauben mir einen sehr genauen

Rückschluss auf das, was mir alle Wahlberechtigten eine Woche vor der Wahl gesagt hätten. Die Befragung von 1.000 Menschen eine Woche vor der Wahl sagt aber nicht, so oder so wird die Wahl genau ausgehen.

16) Und warum hat Trump die Umfragen so deutlich übertroffen?

Es gibt aber tatsächlich einen Trump-Effekt in Umfragen, den wir bisher nicht kannten. Das bessere Ergebnis des Kandidaten Donald Trump im Vergleich zu den meisten Umfragen hat 2016 ein paar falsche Prämissen aufgedeckt. Und das bessere Ergebnis des Kandidaten Donald Trump im Jahr 2020 lässt uns annehmen, dass einige der Voraussetzungen für gute Umfragen nicht mehr gegeben sind, die mehr über unsere Mediendemokratie und über die Kohärenz der Debatten im öffentlichen Raum sagen, als es demokratisch gesinnten Menschen recht sein kann. Was ist 2016 passiert, als die Umfragen vor allem in den Bundesstaaten des Mittleren Westens so weit danebenlagen, dass ein sicher geglaubter Sieg von Hillary Clinton in einen knappen Sieg Donald Trumps verwandelt wurde?

Im modernen Zeitalter der Meinungsforschung haben in den USA die wenigsten Meinungsforschungsinstitute nach Bildung gewichtet. Das heißt: Weil der Bildungsstand keine Kategorie war, entlang der sich Wahlabsichten grob änderten, schaute man nicht darauf, ob unter den 1.000 Befragten im Verhältnis zueinander gleich viele höher und niedriger Gebildete waren wie in der Gesamtbevölkerung. Nach anderen Kriterien wie nach Geschlecht, nach ethnischem Background und nach der Frage, ob jemand in der Stadt oder am Land lebte, wurde sehr wohl gefragt. Aber man nahm an und bis dahin war das auch grosso modo so, dass besser und weniger Gebildete zu gleichen Anteilen die jeweils eine oder andere Partei wählen würden. Diese Vorgangsweise führte dazu, dass man einen wesentlichen Wechsel übersah: Nämlich weiße, formal weniger gebildete Männer im Mittleren Westen. Sie waren in den meisten Umfragen des Mittleren Westens unterrepräsentiert. Oft sind höher gebildete Menschen leichter telefonisch zu erreichen und einfacher für Umfragen zu gewinnen und bis dahin hatte man ihre Antworten als pars pro toto für die Antworten aller Befragten nehmen können. So verpassten die meisten Umfragen den Wechsel einer großen Zahl weißer Arbeiter (und weniger auch Arbeiterinnen) aus dem Mittleren Westen von DemokratInnen zu Trump oder aus dem Lager der NichtwählerInnen zu Trump.

Was ist 2020 passiert? Es gibt hier mehrere Erklärungsansätze, die einander nicht ausschließen – uneinig ist sich die Forschung nur in der Frage, welcher der Faktoren wie stark war. Ein Faktor für die Umfragen 2020 war das Unterschätzen der Wahlbeteiligung von Trump favorisierenden

Gruppen. Es gab bis zum Wahltag keinen Hinweis aus den Umfragen darauf, dass RepublikanerInnen in einer so großen, noch nie dagewesenen Zahl, zu den Wahlurnen kommen würde. Umfragen fragen oft 200 DemokratInnen, 200 RepublikanerInnen und 200 Unabhängige nach ihrer Wahlabsicht und modellieren daraus dann ihr vorhergesagtes Ergebnis. Waren beim letzten Mal 50% der WählerInnen in einem Bundesstaat RepublikanerInnen überwiegend favorisierende Weiße und es gibt ein paar Hinweise auf sehr hohe Wahlbeteiligung nicht-weißer Gruppen bei der Briefwahl, würde man etwa im Umfragemodell die Anzahl der Weißen an den Wahlurnen auf 46 oder 47% unterschätzen. Man weiß vorab ja nie, wie stark die Wahlbeteiligung am Wahltag selbst ist. Und in genau diese Falle sind viele Umfragen 2020 getappt: Sie haben den enormen Turnout für Trump am Wahltag unterschätzt.

Ein zweiter Faktor, der 2020 die Umfragen stark irritiert hat, ist die Antwortverweigerung. Heute wissen Umfrageinstitute, dass sie zu viele Biden- und zu wenige Trump-WählerInnen erreicht haben. Das liegt an zwei wesentlichen Faktoren: Verfügbarkeit und Erreichbarkeit. Seit 2016 haben wir im Gegensatz zu davor ein deutlich unterschiedliches Wahlverhalten je nach Bildungsgrad. Und gleichzeitig sind vor allem während einer Pandemie Menschen leichter telefonisch erreichbar, die im Home Office und mit freierer Zeiteinteilung arbeiten. Das sind überwiegend formal höher gebildete und besserverdienende Menschen als Menschen, die auch zu Pandemie-Zeiten am Fließband oder auf der Baustelle arbeiten. Und diese leichter telefonisch zu erreichende Gruppe ist demokratischer als die Gesamtbevölkerung und deutlich demokratischer als die schwer zu erreichende Gruppe. Zweiter Faktor 2020: Die Antwortverweigerung. Dazu muss man vorausschicken, dass ein Umfrageinstitut heute bis zu 100 Anrufe machen muss, um eine antwortwillige Person zu finden, mit der ein Fragebogen durchgegangen werden kann. Und je weniger Menschen dem politischen System, den Medien und den Umfragen vertrauen, desto unwahrscheinlicher ist, dass sie sich 10 Minuten Zeit für eine telefonische Umfrage nehmen. Auch das führt zu einer Unterrepräsentation von WählerInnen mit republikanischer Wahlabsicht.

Was machen Umfrageinstitute in Zukunft anders, um Fehler wie 2016 und 2020 zu vermeiden? Ein oft genanntes Modell ist das ganz oben angesprochene Panel-Modell von Gallup aus den 1930er-Jahren. Wenn ein Institut nicht immer 1.000 zufällige WählerInnen zu erreichen versucht und davon ausgeht, eine repräsentative Schnittmenge gewichten zu können, sondern mit einem fixen Pool an WählerInnen arbeitet, dann lässt sich schon Einiges an Unsicherheit ausschließen. Man müsste also, vereinfacht gesagt, 1.000 Menschen finden, die möglichst genau das Wahlergebnis vom November 2020 abbilden und dann regelmäßig diese gleichbleibende Gruppe zu aktuellen Themen und zu

ihrer Wahlabsicht befragen. So müssten sich Veränderungen in politischer Haltung und Wahlabsicht präziser abbilden lassen, als bei zufälliger Auswahl der Umfrage-TeilnehmerInnen.

Der Nachteil ist: auch dieses Modell – regelmäßige Bereitschaft zu Teilnahme an zeitaufwändigen Umfragen, ist für eine höher gebildete Gruppe interessanter und leichter zu bewerkstelligen als für Menschen, die jede Minute ihres Tages mit Erwerbsarbeit und Reproduktionsarbeit verplant haben. Ein solches fixes Umfragepanel ist also sehr aufwändig in der Vorbereitung und Zusammenstellung. Dennoch erwarten sich Meinungsforschungsinstitute davon deutliche Verbesserungen. Ein zweites, immer häufiger verwendetes Instrument, sind qualitative anstatt quantitativer Methoden: also keine Befragungen tausender Menschen, sondern tiefgehende Gespräche mit wenigen TeilnehmerInnen aus einer bestimmten Gruppe, sogenannte Fokusgruppen. Man kann dabei oft Motive und tieferliegende Trends herausfinden, die in kurzen Umfragen nicht abbildbar sind. Den DemokratInnen nahestehende MeinungsforscherInnen haben vor allem in den Swing States für 2020 mit solchen Kleingruppen gearbeitet und zum Beispiel bei konservativen Mittelschicht-Frauen trotz deren inhaltlicher Zustimmung zu vielen republikanischen Politiken, eine tief sitzende Abneigung gegen Trumps persönliches Verhalten gefunden, aus dem die Kampagne von Joe Biden erfolgreich politisches Kapital schlagen konnte.

17) Wieso ist die Wahlbeteiligung nicht höher?

Die Wahlbeteiligung bei Präsidentschaftswahlen liegt in den USA seit 1900 immer zwischen 50% und 65% der Wahlberechtigten. Das ist im Vergleich mit vielen mitteleuropäischen Demokratien eine relativ niedrige Wahlbeteiligung, aber nicht so deutlich schwächer, wie das landläufig manchmal angenommen wird. Es gibt mehrere Gruppen, zwischen denen die Wahlbeteiligung stark abweicht. Da ist zum Einen der Faktor „macht meine Stimme einen Unterschied“. Wir sehen etwa bei den Wahlbeteiligungen von 2020, dass in knappen Bundesstaaten die Wahlbeteiligung durchgehend höher ist als in Bundesstaaten, in denen die SiegerInnen wegen der dort eindeutigen politischen Verhältnisse schon davor feststehen. Mit Minnesota mit 80% Wahlbeteiligung und zum Beispiel Maine, Colorado, Wisconsin und New Hampshire mit über 75% Wahlbeteiligung und am anderen Ende der Statistik Oklahoma, Hawaii, Mississippi und West Virginia mit unter 60% Wahlbeteiligung, gibt es eine klare Abweichung in der Wahlbeteiligung je nach prognostizierter Knappheit des Wahlausgangs und damit angenommenem Wert der Stimmen.

Ein zweiter Faktor ist die niederschwellige Zugänglichkeit zu Wahlen. Man muss sich in den USA zu Wahlen registrieren, mehr dazu in Frage 20) und die Wahlen finden aus historischen Gründen nicht

am für die meisten Menschen arbeitsfreien Wochenende, sondern immer an einem Dienstag statt. Je nachdem, wo man wählt, muss man mit langen, manchmal sogar stundenlangen Wartezeiten rechnen. Das ist aber kein zufälliger Zustand, sondern er hat etwas damit zu tun, wem die Regierenden das Wählen wie einfach und wem sie es wie schwermachen wollen. Man sieht kaum Fotos von Warteschlangen um mehrere Hausecken und stundenlange Wartezeiten, in denen hauptsächlich weiße Menschen warten.

Republikanische Regionalregierungen lassen immer wieder Wahllokale in Gegenden mit starkem Vorteil für die Demokratische Partei schließen – etwa in hauptsächlich von schwarzen WählerInnen bewohnten Gegenden oder auf Universitätscampussen. Umgekehrt streben demokratische Regionalregierungen dazu, das Wählen so niederschwellig und unkompliziert wie möglich zu lassen. Wo DemokratInnen regieren, gibt es längere Fristen für die Briefwahlen, es gibt mehr Möglichkeiten, schon vor dem Wahltag zu wählen und in manchen Staaten gibt es sogar automatisch zugeschickte Wahlkarten für alle WählerInnen, die dann entweder per Briefwahl oder persönlich am Wahltag wählen können. Jeder Registrierungsschritt und jeder Amtsweg, der vereinfacht wird, bringt der Demokratischen Partei Stimmen. Denn es sind gerade die politikfernen, aber ideologisch klar zuordenbaren BürgerInnen, deren Stimmen an knappen Wahltagen den entscheidenden Unterschied machen.

Also: Wahlbeteiligung ist kein Zufall, sondern sie ist je nach politischer Ausrichtung auch unterstützt beziehungsweise unterdrückt. Weil die Wahlen so knapp und die Registrierungsregelungen oft so kompliziert sind, kommt WählerInnenregistrierungs-Kampagnen eine enorme Bedeutung zu. Bis zum Jahr 2000 war die Wahlbeteiligung bei schwarzen WählerInnen um mehr als 10% geringer als jene weißer WählerInnen. Schwarze WählerInnen wählen jedenfalls zu über 80%, oft auch zu über 90% die KandidatInnen der Demokratischen Partei. Deswegen war und ist es Ziel der Demokratischen Partei, möglichst viele schwarze WählerInnen dazu zu motivieren, sich zu registrieren und zu wählen. Mit Barack Obamas historischer Präsidentschaftskandidatur konnte der Unterschied bei der Wahlbeteiligung zwischen weißen und schwarzen WählerInnen geschlossen werden: 2008 und 2012 war die Wahlbeteiligung unter schwarzen WählerInnen US-weit sogar höher als jene unter weißen WählerInnen. Das ist davor und danach bei keinen bundesweiten Wahlen, auch 2020 mit einer schwarzen Vizepräsidentschaftskandidatin am Stimmzettel, so gewesen.

Noch dramatischer ist der Unterschied bei der Wahlbeteiligung aber zwischen Hispanics und allen anderen ethnischen Gruppen. Die Wahlbeteiligung spanischsprachiger AmerikanerInnen schwankt zwischen 20% und knapp 50%. Diese in sich sehr diverse Gruppe, ist wegen ihres hohen Bevölkerungsanteils in mehreren Bundesstaaten wahlentscheidend: In den zuletzt immer knappen

Bundesstaaten Arizona, Nevada und Florida sind je ungefähr 30% der Bevölkerung Hispanics, aber auch in anderen Swing States wie Georgia und North Carolina sind es 10%. Spanischsprachige AmerikanerInnen wählen mehrheitlich die Demokratische Partei, bei manchen Wahlgängen mit deutlichen Mehrheiten von zwei Dritteln und mehr. Es ist deswegen mit Ausnahme des Bundesstaates Florida, wo viele exilkubanische republikanische Hispanics leben, überall von großem Vorteil für die Demokratische Partei, die Wahlbeteiligung in dieser Gruppe zu erhöhen.

Ohne massive Verbesserungen in der demokratisch tendierenden Hispanic-Bevölkerung, wäre es auf Bundesebene für die Demokratische Partei nicht möglich, den langfristig möglichen Verlust der Staaten des industriellen Mittleren Westens, irgendwo auf der Landkarte zu kompensieren. Aber mit New Mexico und Colorado und zwei Bundesstaaten mit hohem Hispanic-Anteil, die vor 20 Jahren noch für den Republikaner George W. Bush gestimmt haben, mittlerweile bei allen Wahlen verlässliche Siege für die Demokratische Partei. Mit Nevada und Arizona sind zwei weitere früher republikanische Bundesstaaten im Südwesten dank stark steigender Hispanic-Wahlbeteiligung meistens auf Seite der demokratischen KandidatInnen. Und mit dem großen Texas kommt dank stark gesteigener Hispanic-Wahlbeteiligung ein weiterer früher eindeutig republikanischer Bundesstaat in die Reihe der Bundesstaaten.

Die Frage, welche Gruppe in wie großer Zahl wählen geht, ist also von höchster Relevanz und viele wahlpolitische Bemühungen der Parteien drehen sich weniger darum, WählerInnen in der sogenannten Mitte zu gewinnen, sondern die Mobilisierung der eigenen möglichst auszuschöpfen. Mit Blick darauf, dass noch immer fast jede/r zweite spanischsprachige AmerikanerIn nicht wählen geht, liegt da auch quantitativ noch enormes Potenzial. Zusammenfassend: Die Wahlbeteiligung in den USA ist in knappen Bundesstaaten etwa auf dem in Mitteleuropa gewohnten Niveau von 70 bis 80%. Bestimmte Gruppen werden aus parteipolitischen Gründen am Wählen gehindert. In der Steigerung der Wahlbeteiligung, insbesondere von ethnischen Minderheiten, liegt eine große Chance für die Demokratische Partei. Ohne eine deutliche Steigerung ihrer Ergebnisse bei diesen Gruppen, führt für die RepublikanerInnen kaum ein Weg zurück ins Weiße Haus.

18) Wer ist auf die Idee gekommen, alle zwei Jahre wählen zu lassen?

Der amerikanischen Verfassung liegen zahlreiche Überlegungen zur Gewaltenteilung zu Grunde (siehe dazu ausführlich in Frage 15). Gewaltenteilung meint dabei die Verteilung der Macht auf viele verschiedene Beschlüsse fassende Gremien. So soll verhindert werden, dass zu viel Macht in einer Hand ist. In diesem komplizierten Gefüge ist das Repräsentantenhaus mit seinen nur zweijährigen

Perioden jenes mit dem stärksten Effekt einer zeitlichen Gewaltenteilung. Je kürzer eine Wahlperiode ist, desto mehr müssen Abgeordnete auf die Wünsche aus der Bevölkerung in ihrem Wahlkreis Rücksicht nehmen. Bei einer sehr langen Periode, wie sie etwa der Senat mit seinen Wahlen der einzelnen Sitze auf jeweils sechs Jahre hat, kann bei für die PolitikerInnen heiklen Beschlüssen zu Beginn einer Amtsperiode die Überlegung ins Spiel kommen, ob die BürgerInnen das ein paar Jahre später nicht ohnehin schon vergessen haben oder andere Themen eine heikle Entscheidung des/der Abgeordneten bereits überlagern. Das geht bei einer so kurzen Amtsperiode von zwei Jahren nicht.

Und genau das war auch die Überlegung der Verfassungsgeber: durch die kurze Periode sollen die RepräsentantInnen möglichst eng an den Willen ihres Wahlkreises gebunden sein. Das RepräsentantInnenhaus ist dabei die etwas weniger mächtige der beiden Kammern im US-Kongress. Wichtige Personalfragen und wichtige außenpolitische Fragen liegen ausschließlich beim US-Senat. Bei Amtsenthebungsverfahren gegen hohe FunktionsträgerInnen ist eine Einleitung durch die einfache Mehrheit des Repräsentantenhauses Voraussetzung. Die Entscheidung trifft dann aber der Senat und er hat mit der dort nötigen Zwei-Drittel-Mehrheit auch eine deutlich höhere Hürde und damit mehr Macht in diesen Fragen. Das RepräsentantInnenhaus ist dafür für Finanzfragen hauptverantwortlich. Hier liegt das Initiativrecht alleine bei den 438 Abgeordneten der größeren Kammer.

Welche praktischen Folgen hat nun diese Architektur des US-Parlaments auf die Entscheidungsfindung? PräsidentInnen ohne Mehrheit in einem der beiden Häuser des US-Kongress, sind in wesentlichen Fragen in ihrer Macht sehr beschränkt. Auch das entspricht der Überlegung der Verfassungsgeber, die möglichst viele Kontrollmechanismen – die sogenannten „Checks and Balances“ – einbauen wollten. Das Repräsentantenhaus war von 1955 bis 1997 in der Hand der Demokratischen Partei, von 1997 bis 2007 in der Hand der Republikanischen Partei, nach zwei Jahren demokratischem Interregnum in der ersten Hälfte von Barack Obamas erster Amtsperiode wieder in republikanischer Hand und seit 2018, zur Hälfte der einzigen Amtszeit Donald Trumps, wieder in demokratischer Hand.

Drei der letzten vier Präsidenten haben ab ihrem Amtsantritt sukzessive Stimmen im Repräsentantenhaus verloren. Die Präsidenten Bill Clinton, Obama und Trump hatten jeweils nur für ihre ersten zwei von vier (Trump) bzw acht (Clinton, Obama) Jahren eine Mehrheit im Repräsentantenhaus auf ihrer Seite. Damit ist hier in der jüngsten Vergangenheit eine starke Tendenz vorhanden, dass Präsidenten nur kurz Zeit haben, ihre wichtigsten Reformen mit Mehrheiten der eigenen Partei durchzubringen und früh in ihrer Amtszeit bereits zur Kooperation

mit der jeweils anderen Partei gezwungen sind. Dadurch ist eine beinahe schon institutionalisierte „Große Koalition“ entstanden, die zwar die von den Verfassungsgebern erwünschte Funktion der starken Gewaltenteilung mit sich bringt. Gleichzeitig macht sie das Regieren aber sehr schwierig und belohnt nicht-kooperatives Verhalten der Mehrheitspartei im Repräsentantenhaus häufig bei den nächsten Wahlgängen.

19) Warum muss man sich da zur Wahl registrieren und sich einer Partei zuordnen?

Die Frage der Hürden, bevor man an einer US-Wahl teilnehmen kann, ist zutiefst politisch – genauer gesagt, zutiefst parteipolitisch (siehe auch Frage 17). Als Faustregel gilt: Je leichter der Zugang zum Wählen gemacht wird, desto mehr nicht-traditionelle WählerInnen gehen wählen. Zu den nicht-traditionellen WählerInnen zählen in besonderem Ausmaß junge WählerInnen, erst vor kurzem eingebürgerte WählerInnen und Angehörige ethnischer Minderheiten. Das sind alles Gruppen, die durchschnittlich mit großem Abstand demokratisch wählen. Es liegt deswegen im ureigensten Interesse der Demokratischen Partei, möglichst wenige Hürden einzubauen und in jenem der Republikanischen Partei, das Wählen möglichst schwierig zu machen.

Das kann man an jedem einzelnen Beispiel durchexerzieren, hier sollen nur exemplarisch einige wenige aufgezählt werden. 21 Bundesstaaten erlauben die WählerInnenregistrierung am selben Tag, an dem die Wahl stattfindet: man kann sich dort also vor Ort bei der Wahl registrieren lassen und gleich auch seine Stimme abgeben. 17 dieser 21 Bundesstaaten sind Bundesstaaten, in denen es in der Regel demokratische Mehrheiten gibt. Drei Bundesstaaten mit „same day voter registration“ sind Bundesstaaten, in denen es deutliche republikanische Mehrheiten gibt (Idaho, Utah, Wyoming) und ein tendenziell republikanischer, aber manchmal auch demokratisch wählender Staat (Montana) hat die niedrigste zeitliche Hürde zur Wahlberechtigung. 23 Staaten haben eine automatisierte WählerInnenregistrierung bei der Ausfertigung eines Führerscheins oder eines ähnlichen behördlichen Dokuments beschlossen oder bereits umgesetzt. Das sind 20 demokratisch dominierte Staaten und die drei traditionell eher republikanisch dominierten Staaten Alaska, West Virginia und Georgia. Und sechs Bundesstaaten haben schon vor der Corona-Pandemie ein Briefwahlsystem mit automatisierter Stimmzettelsendung gehabt, das heißt jede/r Registrierte bekommt die Wahlunterlagen automatisch zugeschickt und kann sie in jeden Briefkasten, bei jeder Poststelle oder in jedem Wahlbüro schon vor der Wahl abgeben. Diese sechs Bundesstaaten sind fünf demokratisch dominierte Bundesstaaten und das republikanisch dominierte Utah.

US-weit sind durchschnittlich 67% aller BürgerInnen für Wahlen registriert – der Anteil der wahlregistrierten BürgerInnen nach Bundesstaat schwankt aber stark. An der Spitze mit 72% und mehr, liegen Maine, Washington DC, Minnesota und Iowa. Am Ende des Feldes mit unter 62% liegen Kalifornien, Idaho, Arkansas und Hawaii. Hier ist kein parteipolitisches Muster feststellbar. Warum braucht es überhaupt eine WählerInnenregistrierung? Zum einen gibt es in den USA kein mit den WählerInnenlisten synchronisiertes zentrales Melderegister. Das heißt, die Bundesstaaten und Bezirke müssen eigene Listen mit registrierten WählerInnen führen, um am Wahltag zu wissen, wer einen Stimmzettel bekommt und wählen darf. Zum anderen haben die meisten US-Bundesstaaten für viele Ämter Vorwahlen innerhalb der Parteien. Dazu gibt es mehrere spezifische Formen (siehe Frage 21), aber die Registrierung als WählerIn mit Parteizugehörigkeit ist oft die Voraussetzung für die Teilnahme an den Vorwahlen und damit an der KandidatInnenauswahl jener Partei, der man nahesteht.

Wer also bei der Entscheidung, ob Joe Biden oder Bernie Sanders oder jemand anderer gegen Donald Trump ins Rennen ums Weiße Haus gehen würde, mitwirken wollte, musste in den meisten Bundesstaaten als demokratische/r WählerIn registriert sein. Für die Hauptwahlen selbst macht das natürlich keinen Unterschied. Historisch gesehen gibt es in vielen Bundesstaaten des industriellen Mittleren Westens, vor allem in stark von Kohleproduktion abhängigen Staaten, immer noch mehr registrierte DemokratInnen als RepublikanerInnen, aber schon längst gewinnen die RepublikanerInnen dort fast alle Wahlen. Da haben sich längst RepublikanerInnen gewordene WählerInnen, die sich einst zur Hochblüte der Gewerkschaftsbewegung als DemokratInnen registrieren haben, einfach nicht umgemeldet. Wir bekommen häufig bei Wahlen aufgrund der Wahlbeteiligung unter diesen verschiedenen Subgruppen, was die Beantragung von Wahlkarten oder Teilnahme an vorgezogenen Wahlterminen betrifft, erste Hinweise darauf, wie gut die Mobilisierung der Parteien funktioniert hat. Hauptsächlich dient die Registrierung aber den internen demokratischen Prozessen der beiden Parteien, die in einem Ausmaß ausgeprägt sind, das wir aus den wenigsten europäischen Staaten kennen.

20) Und wie läuft so ein Vorwahlkampf um die Kandidatur einer der großen Parteien ab?

In allen 50 Bundesstaaten gibt es in den Vorwahlen für die KandidatInnen Delegierte zum Nominierungsparteitag zu gewinnen. Der Parteitag wählt dann im August oder September jenes Duo, das die Partei in die Wahlen Anfang November führen und das Weiße Haus erobern soll. Die Vorwahlen sind richtige Wahlen mit oft hunderttausenden bis Millionen TeilnehmerInnen in den

großen Bundesstaaten. Der Kalender der Vorwahlen beginnt meist im Jänner oder Feber und geht bis in den Juni oder Juli. An manchen Tagen finden Vorwahlen nur in einem Bundesstaat statt, an anderen Tagen Vorwahlen in mehreren Bundesstaaten gleichzeitig.

Die Reihenfolge der vier ersten Bundesstaaten, die an je einem einzelnen Tag ihre Delegierten wählen, ist seit den 1970er-Jahren immer dieselbe. Es beginnt mit einer Vorwahl in Iowa, die als Wahlversammlung organisiert ist. Iowa ist ein Staat in der Mitte des Landes, mit einem hohen Anteil von in der Landwirtschaft tätigen Menschen und einer nicht zu vernachlässigenden Anzahl von alten Hippies und einigen großen Universitäten. Der Charakter der Vorwahl in Iowa und neuen weiteren Bundesstaaten, ist speziell. Bei Wahlversammlungen gehen WählerInnen nicht einfach hin und geben einen Stimmzettel ab. Stattdessen finden abendfüllende Veranstaltungen in Turnhallen, Kirchen und Gemeindezentren statt, bei der erst am Ende des Abends abgestimmt wird. Davor halten UnterstützerInnen verschiedener KandidatInnen dort Reden und versuchen, möglichst viele andere TeilnehmerInnen der Versammlung in ihre Ecke zu ziehen. Am Ende des ersten Wahlgangs werden die WählerInnengruppen abgezählt und wer unter einer bestimmten Hürde liegt – zB 10% der Anwesenden – darf sich noch einer der größeren Gruppen anschließen. Diese Form der Vorwahl, wie sie in Iowa stattfindet, ist mit viel Kritik konfrontiert. Denn hier werden WählerInnen bevorzugt, die viel Zeit und großes Engagement an den Tag legen und die bereit sind, sich öffentlich als ParteigängerIn und dann innerhalb der Partei noch einmal als UnterstützerIn eines/einer bestimmten KandidatIn zu outen.

Die Vorwahl in Iowa gilt als erster Testlauf, wie gut KandidatInnen vor allem bei der eigenen Basis mobilisieren können, wie gut sie einen Wahlkampfapparat aufzubauen in der Lage sind und ob sie viele Spenden bekommen. Die Anzahl der Delegierten, die in diesem Rennen vergeben werden, ist numerisch völlig uninteressant. Aber es ist der erste Testlauf auf der nationalen Bühne und beeinflusst Image und „Momentum“ der KandidatInnen in den Folgewochen bei den weiteren Vorwahlen. Vorwahl Nummer zwei findet in der Regel eine Woche später in New Hampshire statt, einem noch kleineren Bundesstaat als Iowa mit ganz anderem Bevölkerungscharakter. New Hampshire ist politisch gesehen ein Swing State, in dem vor allem moderate DemokratInnen daheim sind. Es gibt keine ganz großen Städte und, wie in Iowa, kaum nicht-weiße WählerInnen. Die Vorwahl in New Hampshire ist eine echte Urnenwahl, hier muss nur ein Wahlzettel abgegeben werden. Und man muss hier nicht einmal als DemokratIn registriert sein, um an der demokratischen Vorwahl teilzunehmen. Sondern die WählerInnen können hier, unabhängig davon, ob sie demokratisch oder republikanisch oder unabhängig registriert sind, am Wahltag entscheiden, an der Vorwahl welcher Partei sie teilnehmen wollen. Wer hier gewinnt, stellt deshalb seine/ihre

Überzeugungskraft in einer WählerInnenschaft mit sehr vielen unabhängigen WählerInnen unter Beweis – anders als in Iowa, wo es vor allem die hoch engagierten ParteigängerInnen sind, die über Sieg und Niederlage entscheiden. Gemeinsam haben Iowa und New Hampshire, dass sie beide fast ausschließlich weiße WählerInnen haben.

Wer bei den ersten beiden Vorwahlen nichts reißt, also weder gewinnt noch überraschend stark abschneidet, der/die hat in der Regel kaum mehr eine Chance auf die Nominierung. Die Ausnahme dazu ist Präsident Joe Biden, der 2020 bei den ersten beiden und auch bei der dritten Vorwahl noch sehr schwach abgeschnitten hat und nicht einmal unter den ersten drei war. Biden hat auch bei der dritten Vorwahl, die als Gradmesser für die Mobilisierungskraft bei Gewerkschaften und bei spanischsprachigen WählerInnen gilt, schlecht abgeschnitten. Sie findet, wieder in Form geschlossener Wahlversammlungen, im Bundesstaat Nevada statt, der hauptsächlich aus der Casino-Metropole Las Vegas und viel Wüste besteht. Hier dominieren in der Gastronomie und im Tourismus angestellte Hispanics die demokratische Vorwahl. Auch hier geht es wieder um sehr wenige Delegierte, aber um sehr viel Rückenwind und mediales Image für die weiteren Wettbewerbe. Die vierte einzelne Vorwahl an einem alleinigen Wahldatum, findet dann in South Carolina statt. Diese wieder als Urnenwahl konzipierte Vorwahl ist der Gradmesser dafür, ob die demokratischen KandidatInnen bei schwarzen WählerInnen gut ankommen, die dort die deutliche Mehrheit der demokratischen WählerInnenschaft stellen. Hier hat Joe Biden 2020 nach drei enttäuschenden Ergebnissen in Iowa, New Hampshire und in Nevada, das Ruder herumgerissen. Mit Wahlempfehlungen wichtiger schwarzer ParteianführerInnen im Rücken und einer langen persönlichen Geschichte mit den Organisationen schwarzer DemokratInnen, hat Biden in South Carolina hoch gewonnen und damit das Ruder gerade noch rechtzeitig herumgerissen.

Denn auf Vorwahl Nummer vier, folgt im Februar oder März, der sogenannte „Super Tuesday“, bei dem ein Dutzend und mehr Staaten gleichzeitig ihre Stimmen vergeben und ihre Delegierten für den Nominierungsparteitag bestimmen. Hier werden viele hundert Delegierte gekürt. Nur, wenn es zwei oder drei sehr starke und ungefähr gleich starke KandidatInnen gibt, ist die Vorwahl nach dem Super Tuesday noch nicht entschieden. Das war etwa im Jahr 2008 der Fall, als mit Barack Obama und Hillary Clinton zwei in etwa gleich starke KandidatInnen im Rennen waren, die sich bis in den Juni ein Rennen um jede/n einzelne/n Delegierte/n geliefert haben. In den meisten anderen Fällen, gibt es nach dem Super Tuesday aber bei beiden Parteien eine/n klare/n FrontrunnerIn und die restlichen zwei Drittel der Bundesstaaten dienen vor allem als Vorbereitung für die Hauptwahl im November und als Schaulaufen sowohl für den/die favorisierte/n KandidatIn als auch für andere noch im Rennen befindliche BewerberInnen, die vor allem die große nationale Bühne nützen.

Abgeschlossen wird die Vorwahl im August oder September mit dem Nominierungsparteitag, bei dem seit den 1960er-Jahren keine Kampfabstimmungen mehr stattgefunden haben, weil es schon davor klare Mehrheiten der Delegierten gab. Aber ein sogenannter „umkämpfter Parteitag“ ist immer eine Option – etwa wenn mehr als zwei starke KandidatInnen lange im Rennen bleiben und niemand aufgibt. Denn dann ist es sehr schwierig für eine/n einzelne/n KandidatIn, eine absolute Mehrheit der Delegierten zu gewinnen. In aller Regel zeichnen sich in den ersten vier Vorwahlstaaten die FavoritInnen ab und eine/r davon setzt sich dann am Super Tuesday ab. Meistens ist der Vorwahlkampf nur in einer der Parteien spannend. Denn wenn amtierende PräsidentInnen wieder kandidieren, dann gibt es normalerweise keine aussichtsreichen Gegenkandidaturen in den eigenen Reihen. In Wahljahren, bei denen der/die PräsidentIn nach zwei Perioden nicht mehr antreten kann, gibt es aber meistens in beiden Parteien spannende Vorwahlkämpfe im Frühjahr.

21) Wie läuft die Finanzierung von Wahlkämpfen?

Aus Frage 21, die von der Dauer alleine schon des internen Vorwahlkampfs berichtet, wird klar: US-amerikanische Wahlkämpfe verschlingen Unsummen von Geld. Sie dauern nicht ein paar Wochen unter stark reglementierten Bedingungen, wie das etwa in Deutschland, in Österreich und in der Schweiz der Fall ist. Sondern sie dauern Monate bis Jahre unter teilweise wenig reglementierten Bedingungen. In die Regionen, in denen die Vorwahlkämpfe besonders intensiv geführt werden fließen über Monate Millionen, weil hier Büros und Veranstaltungshallen angemietet werden, weil Personal gesucht und oft in Hotels und Apartments untergebracht wird und vieles mehr. Für Wahlkämpfe brauchen PolitikerInnen also Gelder, die sie entweder privat haben oder die sie von großen Organisationen und von privaten SpenderInnen lukrieren müssen. Die demokratische Abgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez beschreibt, dass Abgeordnete ihre zwei Jahre Legislaturperiode durch ununterbrochen am Geld aufreiben sind, um ihre nächsten Wahlkämpfe sicher finanzieren zu können oder so viel beinander zu haben, dass sich niemand gegen sie anzutreten traut.

Wenn wir auf die höchste politische Ebene, zum Präsidentschaftswahlkampf selbst, schauen, dann haben sich die finanziellen Bedingungen noch verschärft. Denn die Anzahl der umkämpften Bundesstaaten hat sich laufend erhöht und liegt momentan bei über einem Dutzend Staaten, in denen eine Kampagne, die kompetitiv sein will, eine komplette Wahlkampfinfrastruktur aufbauen muss. Parteipersonal mit Parteibüros, wie das in Mitteleuropa häufig der Fall ist, gibt es kaum bis

gar nicht, weil Parteien keine permanente Infrastruktur aufrechterhalten. Am ehesten können hier auf demokratischer Seite noch die Netzwerke und die Infrastruktur von Gewerkschaftsorganisationen und auf republikanischer Seite jene großer religiöser Verbände genutzt werden. Aber eigentlich muss jede/r KandidatIn seine eigene Kampagne aus dem Boden stampfen.

Ein SpenderInnen-Netzwerk – mögen es einige wenige große SpenderInnen sein oder zehntausende spendenbereite kleine Financiers – wird oft von abtretenden PolitikerInnen an ihre ausgewählten NachfolgerInnen weitergegeben. Dazu gehören Mailinglisten ebenso, wie Informationen über spendenbereite Menschen. Unmittelbare Einflussnahme durch Geld auf politische Entscheidungen ist natürlich verpönt und würde kaum jemand zugeben. Aber natürlich werden die ökonomischen Interessen von einer Spenderin, die hohe Summen zur Verfügung stellt, Einfluss auf die politische Haltung des/der PolitikerIn haben. Die Philosophie jener Kampagnen, die sich wie jene des Demokraten Bernie Sanders ausschließlich auf kleine SpenderInnen mit einer definierten Höchstsumme, konzentriert, ist auch dezidiert auf Unabhängigkeit von Interessen einzelner Financiers angelegt. Das linke Lager spricht im Vorwurf der Bestechlichkeit anderer PolitikerInnen, die auch Großspenden nehmen, von „Corporate America“ und nennt die von GroßspenderInnen abhängigen eigenen ParteikollegInnen auch abwertend „Corporate Democrats“.

Bekannte Großspender auf republikanischer Seite sind etwa der im Jänner 2021 verstorbene Casino-Milliardär Sheldon Adelson und die aus der Energieindustrie kommenden Koch Brothers. Auf demokratischer Seite sind neben Hollywood-Stars auch aus der Tech-Industrie kommende SpenderInnen aus dem Silicon Valley häufig. Die Spendeneingänge müssen quartalsmäßig gemeldet werden und gelten auch als Maßstab dafür, wie überzeugend die Kandidatur der BewerberInnen ist: wer nicht viel Geld aufstellt, kann offenbar weder langjährige reiche Parteifinanciers überzeugen, noch Rückenwind von tausenden KleinspenderInnen generieren. Wenn der Spendenfluss versiegt, ist das oft ein Zeichen dafür, dass eine Kandidatur des Vorwahlprozesses vor dem Ende steht. Ausgegeben werden die Spenden neben Kampagnen-Infrastruktur, vor allem für Werbung. In umkämpften Gebieten sind die Fernsehwerbungen in den Wochen vor einer Wahl voll von Einschaltungen der KandidatInnen.

Ein Sonderfall in der Wahlfinanzierung, sind die sogenannten Super-PACs, das sind formal unabhängige Komitees, die oft die Drecksarbeit übernehmen, an der die Kampagnen selbst nicht anstreifen wollen. Ein berühmtes Beispiel, das zur Wiederwahl George W. Bushs beigetragen hat, sind die „Swiftboat Veterans for Truth“. Die DemokratInnen hatten ihren Kandidaten John Kerry unter anderem als dekorierten Kriegshelden dargestellt und damit immer auch unterschwellig

darauf angespielt, dass Bush keine Militärerfahrung hat. Ein den RepublikanerInnen nahestehendes Komitee hat dann die Erzählung Kerry zu seinen Kriegsheldentaten auseinandergenommen und ihn in ein schlechtes Licht gerückt. Bedient haben sich die RepublikanerInnen dabei, um nicht schlechten Stil vorgeworfen zu bekommen, eines Super-PAC, der diesen geplanten Character Assault auf den Gegenkandidaten effektiv und erfolgreich umgesetzt hat.

Eine wichtige Rolle bei der Etablierung von KandidatInnen spielt neben finanzieller Unterstützung auch das an Land ziehen von berühmten Personen, die sogenannte Endorsements abgeben. Auch das ist Ausdruck davon, ob jemand Zugkraft hat oder nicht. Oft laufen hier aber auch Gegengeschäfte: der ehemalige Bürgermeister von New York und Milliardär Michael Bloomberg hat zahlreiche demokratische LokalpolitikerInnen in den letzten Jahren finanziell unterstützt, vor allem weil er entschiedener Befürworter strengerer Waffengesetze ist. Als Bloomberg 2020 seine eigene Kandidatur als demokratischer Präsidentschaftsbewerber bekannt gab, fanden sich zahlreiche der von ihm unterstützten LokalpolitikerInnen dann in seinem Unterstützungskomitee.

22) Welche Vorschläge für eine Reform der Politik gibt es? Und wie aussichtsreich sind die?

Das größte demokratische Defizit im US-amerikanischen politischen System sind starke Disparitäten zwischen Wahlergebnissen und der Besetzung der zu besetzenden Gremien oder Parlamente. Der wichtige US-Senat, in dem unabhängig von deren Größe je zwei SenatorInnen aus allen 50 Bundesstaaten sitzen, hat hier eine extrem verzerrte Abbildung des individuellen WählerInnenwillens. Ein/e SenatorIn aus Kalifornien vertreten demnach je ca. 30 Millionen BürgerInnen, eine/r aus Wyoming je 300.000 BürgerInnen: Im Senat hat eine WählerInnenstimme aus Wyoming also 100 Mal so viel Gewicht wie eine aus Kalifornien.

Diese Ungleichheit ist bei den 435 Abgeordneten im US-RepräsentantInnenhaus weniger ausgeprägt. Hier ist die größte Abweichung bei der Größe der von je einem/einer Abgeordneten vertretenen Kongressbezirke, kleiner als eins zu zwei, das heißt der kleinste Kongressbezirk ist größer als halb so groß als der größte Kongressbezirk. Bei den Kongressbezirken gibt es einen anderen Faktor, der verzerrend wirkt. Weil die Legislativorgane Kongressbezirke und deren Grenzen definieren, wird das immer wieder als Anlass für politisch motivierte Grenzziehungen verwendet. Grundlage dafür bietet das Prinzip „one person – one district“, wonach immer ein/e Abgeordnete/r einen Bezirk vertritt und dabei mit relativer Mehrheit gewählt wird. Es reicht also, die meisten Stimmen in einem Bezirk zu machen – in der Regel sind das angesichts des ausgeprägten Zwei-Parteien-Systems um die 50%. Das Prinzip dabei lautet, möglichst viele WählerInnen der anderen

großen Partei in einen Bezirk zu „packen“ und die Bezirke so einzuteilen, dass möglichst viele Bezirke mit eigener Mehrheit entstehen. Zu einer ohnehin demokratisch dominierten Stadt kommt dann noch eine demokratisch dominierte Vorstadt zum gleichen Bezirk dazu. Diese Grenzverschiebungen („redistricting“) machen regelmäßig die Parlamente der Bundesstaaten und sie sind ein hochgradiges Politikum. Denn es ist keine Ausnahme, dass eine Fraktion zwar mehr Stimmen in einem Bundesstaat für die Kongressebene bekommt, aber die andere Fraktion in mehr Kongressbezirken eine Mehrheit hat und damit mehr Abgeordnete nach Washington DC schickt.

Aber an sich gilt: Das RepräsentantInnenhaus mit seinen ähnlicher großen Bezirken bildet den WählerInnenwillen genauer ab, als der Senat mit seinen extrem unterschiedlich großen vertretenen Einheiten. Diese beiden Prinzipien – der Senat mit den je zwei SenatorInnen und die Ein-Personen-Wahlbezirke fürs RepräsentantInnenhaus sind trotz ihrer Mängel weitgehend unbestritten. Nicht unbestritten ist dagegen, dass der Senat aus genau 100 SenatorInnen bestehen muss. Vor allem zwei große geographische Entitäten, die nicht im Senat vertreten sind, drängen auf die Anerkennung als Bundesstaat. Das fast eine Million EinwohnerInnen zählende Washington DC („District of Columbia“) ist größer als mehrere kleine Bundesstaaten, hat aber historisch nie die das Recht zugesprochen bekommen, ein Bundesstaat zu sein. Die Autokennzeichen von US-Bundesstaaten haben oft Staatsmottos aufgedruckt – jener von DC heißt „no taxation without representation“ – Keine Besteuerung ohne Vertretung. Allerdings wollen die RepublikanerInnen diese Anerkennung, der ein kompliziertes Prozedere inklusive Abstimmung im Senat vorausgeht, unbedingt verhindern. Denn DC ist eine demokratisch dominierte Stadt und würde sicher zwei zusätzliche demokratische SenatorInnen liefern.

Das ist beim zweiten, noch viel größeren, Anwärter auf die Anerkennung als Bundesstaat, nicht so klar: Die Karibikinsel Puerto Rico ist mit ihren über 3 Millionen EinwohnerInnen schon so groß, wie ein mittelgroßer Bundestaat, hat aber ebenfalls keine Vertretung im Senat. In Puerto Rico ist im Gegensatz zu Washington DC der Wunsch der Bevölkerung nicht so klar – unverbindliche Volksabstimmungen haben hier eher knappe Ergebnisse geliefert. Was dagegen dafür spricht, dass Puerto Rico bessere Karten für die Anerkennung hätte, sind die politischen Verhältnisse. Denn der Druck geht hier auch auf die RepublikanerInnen, weil im immer knappen Bundesstaat Florida sehr viele Puerto RicanerInnen leben, die in dieser Frage eine klare Haltung vertreten. Und es ist offen, welche der beiden großen Parteien bei einer Senatswahl in Puerto Rico die Mehrheit bekommen würde – das ist ein Hindernis weniger für die Zustimmung des US-Senats zu einer Anerkennung.

Der vierte offensichtliche demokratische Mangel, ist der Modus zur Wahl des/der PräsidentIn. Das „Electoral College“, in dem Delegierte der Bundesstaaten wählen, wer ins Weiße Haus einzieht,

verzerrt den direkten WählerInnenwillen deutlich. Seit 1992 haben die DemokratInnen bei jeder Präsidentschaftswahl außer einer US-weit die Mehrheit der Stimmen gemacht – trotzdem sind 2000 und 2016 die republikanischen Kandidaten George W. Bush und Donald Trump als im US-weiten Votum Unterlegene US-Präsidenten geworden. Das liegt indirekt auch wieder an der Überrepräsentation der kleinen Staaten. Denn die Anzahl der Stimmen im Electoral College je Staat, entspricht genau der Anzahl der SenatorInnen und Abgeordneten, die der Staat in den Kongress schickt. Hier zieht sich also die Regelung aus dem Senat, in dem jeder Staat unabhängig von der Größe zwei Mandate bekommt, weiter. Ein zweiter Faktor für die Verzerrung ist, dass hohe Siege nichts bringen. Ob eine Partei einen Bundesstaat mit 1% oder mit 25% Vorsprung gewinnt, ändert nichts an der dadurch lukrierten Delegiertenzahl. Und während die DemokratInnen in ihren bevölkerungsreichen Hochburgen wie Kalifornien oder New York im langjährigen Trend ihre Vorsprünge ausbauen, schwinden jene der RepublikanerInnen in ihren Hochburgen wie Texas. Aber auch die Reform des Electoral College ist, wie jene des Senats oder die Abschaffung der politischen Kongressbezirksfestlegung, mit so hohen Hürden in der US-Verfassung verankert, dass eine Änderung illusorisch ist.

Ein fünftes grobes demokratisches Defizit ist die Entwicklung des US-Höchstgerichts. Der Supreme Court ist mit neun RichterInnen besetzt, die auf Vorschlag des/der PräsidentIn eine einfache Mehrheit im Senat brauchen. Der langjährige Trend geht in Richtung einer Politisierung des Höchstgerichts, sowohl was den Bestellungsmodus als auch was die Praxis betrifft. So knappe Bestellungen wie zuletzt jene für die drei von Donald Trump nominierten RichterInnen Neil Gorsuch, Brett Kavanaugh und Amy Coney Barrett, die mit jeweils nur knapp über 50 Stimmen im Senat bestellt wurden, waren früher sehr selten. Da gab es meist einen breiteren Konsens im Senat, was auch an der Auswahl weniger politisch exponierter KandidatInnen lag. Der zweite für die knapperen Bestellungen verantwortliche Faktor, die generelle Zunahme der Polarisierung im politischen System der USA, führt auch dazu, dass mittlerweile fast jedes politisch umstrittene Gesetz jedenfalls von der unterlegenen Fraktion oder von denen nahestehenden Gruppierungen, bis zum Höchstgericht auf ihre Verfassungsmehrheit durchjudiziert werden. KritikerInnen sehen darin eine Verlagerung der politischen Entscheidungen weg von den regelmäßig und in kurzen Abständen direkt gewählten demokratischen Organen, hin zu auf Jahrzehnte bestellten RichterInnen.

Die beiden längst dienenden Hochtrichter sind bereits seit 30 Jahren am Höchstgericht, die von Trump bestellten haben bei einer normalen Lebenserwartung ebenfalls an die drei Jahrzehnte geballte Macht in ihren Händen, ohne jemals wiederbestellt, geschweige denn gewählt, werden zu müssen. Hier gab es um die im schnellstmöglichen Tempo durchgeführte Bestellung der neuen

Höchstrichterin Coney Barrett, eine Diskussion über mehrere mögliche Reformen. Eine besteht in der Aufstockung des Höchstgerichts, denn auch wenn die neunköpfige Besetzung seit einem knappen Jahrhundert Praxis ist, steht das nirgends verbrieft und könnte mit Kongressbeschlüssen mit einfachen Mehrheiten, geändert werden.

Eine zweite Option ist eine Amtszeitbeschränkung der HöchstrichterInnen, die einen rascheren Wechsel erlaubt und weniger versteinerte Macht in den Händen einiger weniger RichterInnen, bedeuten würde. Für eine mögliche Reform des Höchstgerichts sind, ebenso wie für die Aufnahme von Washington DC und Puerto Rico als Bundesstaaten, die Mehrheitsverhältnisse im Senat entscheidend. Selbst mit einer knappen Mehrheit ist nicht klar, ob alle demokratischen SenatorInnen sich für solche Reformen aussprechen würden, die in ihren eigenen Heimatstaaten potenziell unbeliebt sind und ihre eigene Wiederwahl gefährden könnten.

23) Ist die US-amerikanische Demokratie ein Vorbild? Oder ein abschreckendes Beispiel?

Die Ambivalenz dieser Debatte, lässt sich am in Frage 22) diskutierten Beispiel der Kongressbezirke und ihrer regelmäßiger politischen Neugestaltung, gut erläutern. Es ist ein Erfolg der DemokratInnen aus den 1960er-Jahren, dass bei diesen Grenzziehungen Kongressbezirke mit mehrheitlich US-weit minderheitenangehörigen Menschen gebildet werden mussten. Damit war garantiert, dass es in Washington DC auch hochrangige VertreterInnen aus der schwarzen Bevölkerung gibt und einige der PionierInnen der BürgerInnenrechtsbewegung haben so eine Bühne und Macht bekommen, die wieder bei der Umsetzung weiterer Ziele, wichtig war. Gleichzeitig lädt die Kongressbezirksgestaltung zur politischen Willkür und zum Machtmissbrauch ein. Bei der Repräsentation ethnischer Minderheiten, sind die Vereinigten Staaten dank dieser Reformen, aber dennoch weltweit im Spitzenfeld. Ein Blick darauf, wie lange es in Deutschland, in der Schweiz und in Österreich gebraucht hat und teilweise immer noch braucht, dass PolitikerInnen mit türkisch- oder ex-jugoslawischstämmigen Eltern oder Großeltern, in hohe politische Ämter kommen, bestätigt das.

In einem zweiten Aspekt sind die USA vielen europäischen Demokratien meilenweit voraus. Die Parteien wählen ihre AnführerInnen und ihre Abgeordneten nicht in Hinterzimmern mit kleinen FunktionärInnengruppen aus, sondern es bestimmen alle, die sich bei der Wahlregistrierung dieser Partei zugehörig erklären. Hier kommen danach Selektionsmechanismen wie die notwendige Unterstützung durch finanzstarke Eliten und andere demokratisch fragwürdige praktische Notwendigkeiten dazu – aber formal ist die Auswahl der PolitikerInnen deutlich demokratischer als

in den meisten europäischen Staaten, geregelt. Wer zum Beispiel den jahrelangen internen Vorwahlkampf um die Präsidentschaftskandidatur für sich entscheidet, ist in der Zusammenschau aller Kriterien und ausgewählt von Millionen von ParteisympathisantInnen, tatsächlich der/die demokratisch gewählte höchste RepräsentantIn dieser Partei.

Das gilt auch für den Parlamentarismus: Eine Parteidisziplin im engeren Sinn, wie in Mitteleuropa üblich, gibt es in den USA nicht. Bei den meisten Abstimmungen stimmen die meisten RepublikanerInnen und die meisten DemokratInnen miteinander ab, aber längst nicht alle. Dadurch stehen oft zwei Dinge im Mittelpunkt der Überlegungen von Abgeordneten: Was bedeutet das für meine mögliche Wiederwahl? Diese Fragestellung ist bei Mitgliedern des RepräsentantInnenhauses, das sich mit der extrem kurzen Wahlperiode von nur zwei Jahren fast im Dauerwahlkampf befindet, besonders wichtig. Denn die Abgeordneten müssen sich vor ihrer Entscheidung nicht nur der Popularität oder zumindest der Erklärbarkeit ihres Abstimmungsverhaltens gegenüber der anderen großen Partei widmen, sondern auch jener der eigenen Partei. Und das gilt nicht nur in knappen Wahlbezirken zwischen den beiden Fraktionen. Auch DemokratInnen oder RepublikanerInnen, die in deutlich von ihrer Fraktion bestimmten Kongressbezirken gewählt worden sind, haben ihr Mandat nicht sicher. Oft sind es MitbewerberInnen aus den eigenen Reihen, die hier mit der Androhung von Gegenkandidaturen das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten mit beeinflussen oder bei dauerndem „nicht demokratisch genug“ oder „nicht republikanisch genug“ abstimmen, auch tatsächlich versuchen, den/die Abgeordnete in der internen Vorwahl abzulösen.

Das ist etwa der demokratischen Abgeordneten Alexandria Ocasio-Cortez und einigen ihrer Verbündeten aus dem progressiven Lager der demokratischen Partei, in ihren jeweiligen Wahlbezirken, gelungen (siehe Frage 45). Und auch SenatorInnen müssen sich sehr gut überlegen, wie weit sie die Linie ihrer eigenen Partei mittragen, wenn diese Linie den eigenen WählerInnen im eigenen Bundesstaat schwer zu verkaufen ist. Das war schon mehrmals bei knappen Mehrheiten und bei großen politischen Projekten entscheidend – erinnert sei hier daran, dass republikanische SenatorInnen die Gesundheitsreform „Obamacare“ gerettet haben, weil die Popularität der Gesundheitsreform jene der SenatorInnen in ihren Bundesstaaten, bei weitem überstiegen hat. Es ist also ein System, in dem die politischen Entscheidungen deutlich enger an den Willen der BürgerInnen gebunden sind. Ob die in Frage 23) aufgeworfenen Mängel, oder die in dieser Frage diskutierten Vorteile der US-Demokratie im Vergleich zu dem, was wir aus Mitteleuropa kennen, überwiegen, liegt natürlich im Auge jedes/jeder einzelnen BetrachterIn und deren Präferenzen. Aber es gibt, wenn man möchte, jedenfalls in punkto Repräsentanz und Parlamentarismus, einige Anregungen, die auch eine Weiterentwicklung „unserer“ Demokratien ermöglichen würden.

24) Was verdient so ein/e Abgeordnete/r eigentlich?

Auch wenn SenatorInnen um Einiges mächtiger als Abgeordnete sind, verdienen sie gleich viel – nämlich ungefähr 175.000 Dollar im Jahr, das sind knapp 145.000 Euro. Wer eine zusätzliche Funktion wie FraktionsführerIn im Senat oder im RepräsentantInnenhaus, einnimmt, bekommt knapp 194.000 Dollar im Jahr (knapp 160.000 Euro) und der/die SprecherIn des RepräsentantInnenhauses, momentan die Demokratin Nancy Pelosi, verdient knapp 224.000 Dollar (184.000 Euro). Der/die Präsidentin verdient 400.000 Dollar im Jahr (325.000 Euro). Zum Vergleich: die jeweiligen Ämter in Deutschland und Österreich sind jeweils mit 20-40% weniger bezahlt. Deutsche KanzlerInnen verdienen 260.000 Dollar, österreichische KanzlerInnen 300.000 Dollar, Abgeordnete verdienen in Deutschland knapp 160.000 Dollar, in Österreich 145.000 Dollar. Interessant: Die GouverneurInnen, also die direkt gewählten MinisterpräsidentInnen bzw Landeshauptleute der Bundesstaaten, verdienen mit durchschnittlich 125.000 Dollar deutlich weniger als die PolitikerInnen, die in Washington DC ihrem Amt nachgehen.

US-SpitzenpolitikerInnen sind aber nicht nur wegen ihrer guten Gagen tendenziell wohlhabend, sondern auch weil viele davor erfolgreiche Wirtschaftskarrieren gemacht haben oder aus wohlhabenden Wirtschafts- oder PolitikerInnendynastien kommen. Durchschnittlich sind US-SenatorInnen und –Abgeordnete mit einem Vermögen von 500.000 Dollar drei Mal so reich wie der/die DurchschnittsamerikanerIn. Aber es gibt sehr viele, sehr wohlhabende SpitzenpolitikerInnen. Einige sollen hier exemplarisch erwähnt sein: Der Abgeordnete French Hill aus Arkansas, war vor seiner politischen Karriere Investmentbanker und besitzt ein Vermögen von über 3 Millionen Dollar. Senator Mike Rounds aus South Dakota hat als Immobilienhändler ein Vermögen von 4 Millionen Dollar angehäuft. Senatorin Elizabeth Warren ist ehemalige Universitätsprofessorin in Harvard und besitzt ein Vermögen von 5 Millionen Dollar. Senator John Kennedy aus Louisiana hat als Partner einer großen Anwaltskanzlei über 6 Millionen Dollar verdient, Senator Ron Johnson aus Wisconsin mit einer Spezialplastikfirma 11 Millionen Dollar. Senator David Perdue aus Georgia hat als Manager u.a beim Sportartikelhersteller Reebok insgesamt 16 Millionen Dollar an Vermögen verdient. Der Abgeordnete Joseph Kennedy III., der Enkel von Justizminister Robert F. Kennedy, hat aus dem Familienerbe knapp 20 Millionen Dollar an Vermögen. Der Abgeordnete Paul Mitchell aus Michigan hat als CEO bei Chrysler und anderen Firmen fast 40 Millionen Dollar verdient. Senator Richard Blumenthal hat in die Familie eines New Yorker Immobilienmoguls eingeheiratet, sein Vermögen beträgt rund 70 Millionen Dollar, der Abgeordnete Michael McCaul aus Texas hat finanziell noch besser geheiratet und verfügt deswegen

über ein Vermögen von über 100 Millionen Dollar. Der reichste Politiker in Senat und Kongress ist der Abgeordnete Greg Gianforte aus Montana, der über ein Vermögen von fast 140 Millionen Dollar verfügt, das er seinem erfolgreichen Software- und Technologieunternehmen verdankt.

Wozu diese Zahlen? Sie sollen exemplarisch zeigen, dass zwei Faktoren dazu führen, dass reiche Menschen in der Politik gute Karten haben: Erstens, weil der Verweis auf eine erfolgreiche persönliche Karriere, in einer stark von Individualismus geprägten Gesellschaft wie der US-amerikanischen, ein gutes politisches Argument für den/diejenige ist. Und zweitens, weil in Wahlkämpfen auch auf eigenes Geld zurückgreifen können, Entscheidungen deutlich leichter macht und weniger abhängig von Groß- und KleinspenderInnen. Viele PolitikerInnen haben natürlich davor Durchschnittsjobs mit Durchschnittseinkommen gehabt und die Liste der ärmsten PolitikerInnen in Washington DC, wird von mehreren Dutzend verschuldeten PolitikerInnen, angeführt. Trotzdem ziehen hohe politische Ämter in den USA überdurchschnittlich viele sehr reiche Menschen an.

25) Wieso sitzen so viele alte weiße Männer in der Spitzenpolitik?

Die USA haben ein stark personalisiertes Wahlsystem – die Vorteile davon sind in Frage 23) ausführlich beschrieben. Ein Nachteil personalisierter Wahlsysteme liegt in ihrer Schwäche, die ganze Breite der Gesellschaft abzubilden. Viele Mandate sind Erbpachten, die über Jahre und über Jahrzehnte weitergegeben werden. Es gibt neben der erwähnten Kennedy-Dynastie, in die übrigens auch Arnold Schwarzenegger eingeheiratet hat und neben der Roosevelt-Dynastie, die zwei Präsidenten hervorgebracht hat, in den USA auch viele weitere PolitikerInnen-Familien und Kinder erfolgreicher PolitikerInnen haben es, wenn sie nicht direkt das Mandat des Elternteils (in der Regel des Vaters) „erben“, auch wegen der Namensbekanntheit leichter bei Wahlen.

Die Bush-Dynastie hat vier Generationen an PolitikerInnen hervorgebracht – Prescott Bush war US-Senator, sein Sohn und sein Enkel waren US-Präsidenten, der Bruder von George W. Bush war Gouverneur und dessen Sohn ist direkt gewählter Verwalter der landeseigenen Flächen von ganz Texas. Weitere bekannte Familien sind die Bayhs, wo Vater und Sohn US-Senatoren aus Indiana waren, die Beshears, wo Vater und Sohn Gouverneure von Kentucky waren bzw sind. Joe Bidens Urgroßvater war Staatssenator, sein verstorbener Sohn gewählter Justizminister in Delaware. Dick Cheney war George W. Bushs Vizepräsident, seine Tochter Liz ist Abgeordnete aus Wyoming auf dem früheren Kongresssitz ihres Vaters und gilt als Anwärterin auf eine Führungsrolle in der

Republikanischen Partei (siehe auch Frage 6). Andrew Cuomo ist, wie es sein Vater war, Gouverneur von New York. Al Gore war, bevor er Vizepräsident wurde, wie sein Vater US-Senator aus Tennessee.

Der Vater von Präsidentschaftskandidat Mitt Romney, der zuvor Gouverneur von Massachusetts war, war Gouverneur von Michigan. Auch der amtierende Gouverneur von New Hampshire, Chris Sununu, sitzt im Amt, das früher sein Vater John innehatte. Und Alaskas Senatorin Lisa Murkowski, einer der wenigen verbliebenen moderaten RepublikanerInnen im Senat, wurde sogar direkt von ihrem Vater als dessen Nachfolgerin eingesetzt, als der sich als amtierender Senator zum Gouverneur wählen ließ. Das ist international nicht einzigartig – Justin Trudeaus Vater war ebenfalls Premierminister von Kanada, Marine Le Pen hat den rechtsradikalen Front National in Frankreich direkt von ihrem Vater übernommen und es gibt viele weitere Beispiele. Aber die Mandate als direkte Erbpachten sind wegen des Persönlichkeitswahlrechts ein US-Spezifikum.

Ein weiterer Grund für die männlich und weiß dominierte politische Landschaft, sind die politischen Kräfteverhältnisse. Die RepublikanerInnen besetzen, über das ganze Land gesehen, in etwa jedes zweite Mandat und sind eine in den Spitzenfunktionen alles andere als diverse Partei. Es gibt einige Ausnahmen, wie die kubanischstämmigen Sensoren Rubio und Cruz aus Florida und Texas und den schwarzen Senator Tim Scott aus North Carolina. Aber generell sind die RepublikanerInnen im Besonderen eine von weißen Männern dominierte Partei. Das gilt allerdings dort, wo der politische Generationenwechsel noch nicht vollzogen ist, auch für die DemokratInnen. Im Senat gab es insgesamt seit 1789 erst 58 Frauen, 17 von ihnen wurden nicht gewählt, sondern bei ihrem ersten angelobt werden eingesetzt, sieben davon für ihre jeweils verstorbenen Ehemänner. Der Senat, dessen Amtsperiode mit 2020 ausläuft, hatte mit 26 weiblichen Senatorinnen erstmals mehr als ein Viertel Frauen. Fünf Staaten sind im Senat momentan nur von Frauen vertreten – die Senatsduos aus Washington State, aus Kalifornien (bis der Übergabe von Vizepräsidentin Kamala Harris an den designierten Nachfolger Alex Padilla), aus Nevada, aus Minnesota und aus New Hampshire bestehen nur aus Demokratinnen. Zwölf Staaten haben eine Frau und einen Mann im Senat und 33 Bundesstaaten werden von zwei Männern im US-Senat vertreten.

Ähnlich unverhältnismäßig steht es im Verhältnis zu ihrem Anteil an der US-Bevölkerung, von knapp 20%, um spanischsprachige oder von spanischsprachigen Eltern kommende SenatorInnen. Insgesamt gab es bisher 14 Latinx-SenatorInnen im US-Senat, mit aktuell fünf von 100 ist ein Höchststand erreicht, der ein Fünftel des tatsächlichen Bevölkerungsanteils ausmacht. Im RepräsentantInnenhaus mit seinen 435 Abgeordneten, sitzen mit 40 Latinx-PolitikerInnen immerhin halb so viele VertreterInnen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung. Und die Liste der schwarzen PolitikerInnen im Senat ist überhaupt besonders kurz. Gerade einmal sechs Bundesstaaten haben

bisher zehn schwarze PolitikerInnen in den Senat geschickt – aktuell sind mit den Senatoren Cory Booker aus New Jersey und Tim Scott aus South Carolina gerade einmal zwei von 100 SenatorInnen schwarz. Das entspricht, wie bei den spanischstämmigen SenatorInnen, gerade einmal einem Fünftel der gut 10% Schwarzen an der Gesamtbevölkerung.

26) Gewinnt wirklich fast immer der/die KandidatIn mit der größeren Wahlkampfkassa?

Nein. Geld spielt eine entscheidende Rolle in der US-amerikanischen Politik, wie in den Fragen 22 und 25 ausgeführt. Es gewinnt nicht jede/r finanziell besser ausgestattete KandidatIn, aber die meisten. In Wahlen zum Abgeordnetenhaus liegt der Prozentsatz der von der reicheren Kampagne gewonnenen Wahlkämpfe in den letzten 20 Jahren mit Ausnahme des Jahres 2010 immer über 90%. In Senatsrennen liegt der Anteil der durch die reichere Kampagne gewonnenen Rennen etwas niedriger, nämlich zwischen 70% und 85%. Kampagnen geben meist einen Anteil von 40% bis zu 70% für Werbung aus, der Rest fließt in Veranstaltungen und in den Aufbau einer Vor-Ort-Kampagne mit Wahlbüros, strategischem und operativen Personal. Einen Höhepunkt der Werbeausgaben erreichte die Wiederwahlkampagne von Barack Obama im Jahr 2012 mit 70% der Ausgaben für Werbung.

Die zunehmende Polarisierung des politischen Systems führt dazu, dass es weniger durch Werbung überzeugbare WählerInnen gibt und Wahlen immer mehr zu Mobilisierungsrennen der dem eigenen Lager bereits zugewandten Lager sind. Das führt einerseits zu einer Verschiebung innerhalb der Wahlkampfbudgets in Richtung Vor-Ort- und Von-Tür-zu-Tür-Kampagnen, in der WahlkämpferInnen vor allem mit dem Registrieren sympathisierender BürgerInnen beschäftigt sind, die bisher nicht gewählt haben. Gerade die Senatsrennen des November 2020 zeigen, dass Geld nicht alles ist in Wahlkampagnen. Im November sind insgesamt 14 Milliarden Dollar für Wahlkämpfe ausgegeben worden, mehr als doppelt so viel als bei der bis dahin diese Statistik anführenden Wahl 2016. Es gibt dabei ein Rekordhoch von Spenden, die an KandidatInnen gegeben werden, die nicht im eigenen Wahlkreis oder im eigenen Bundesstaat antreten.

Im lange von knappen Umfragen dominierten, aber letztlich deutlich für den republikanischen Amtsinhaber ausgegangenen Senatsrennen in South Carolina, kamen zum Beispiel 93% der Spenden für den Demokraten Jaime Harrison, aber auch 87% der Spenden des Republikaners Lindsay Graham, nicht aus South Carolina, sondern aus anderen Bundesstaaten. Vor allem in den acht Wochen vor der Wahl, hat die 2020er-Statistik der Spenden von „out of state“, jene aus dem Jahr 2016, torpediert. Nach Parteien aufgesplittet, haben demokratische KandidatInnen etwa 8

Milliarden und republikanische KandidatInnen etwa 6 Milliarden Dollar ausgegeben. Dabei sind auch die Beiträge kleiner SpenderInnen mit unter 200 Dollar persönlicher Spende, deutlich in die Höhe gegangen. Sie machen im Jahr 2020 ca 22% der Wahlkampfbudgets aus, 2016 waren es nur 15%. Der größte Anteil der Finanzierung kommt von individuellen SpenderInnen, die über 200 Dollar Spenden, er ist von 2016 bis 2020 allerdings von 49% der Wahlkampfbudgets auf 42% gesunken. Es gibt aber neben vielen kleinen EinzelspenderInnen, auch einige große SpenderInnen. Der im Jänner 2021 verstorbene Casinomogul aus Las Vegas, Sheldon Adelson, hat etwa 180 Millionen Dollar an republikanische KandidatInnen gegeben, der ehemalige New Yorker Bürgermeister Michael Bloomberg hat 107 Millionen Dollar für demokratische KandidatInnen ausgegeben.

Diese Spenden gehen oft nicht direkt an KandidatInnen, sondern an sogenannte Super PACs, das sind Wahlkampforganisationen, die nicht im direkten Kontakt mit den KandidatInnen stehen dürfen und für die lockerere gesetzliche Auflagen gelten. Die Wahlkampffinanzierung über Super PACs ist auch ein Disziplinierungselement der Parteien nach innen. Denn selbst nicht so stark finanzierte Kampagnen, sind häufig von der Unterstützung solcher reicher Komitees abhängig, die zwar nicht operativ mit den Kampagnen koordiniert arbeiten dürfen, aber die natürlich trotzdem über Strohleute Kontakt halten. Würde ein/e KandidatIn zum Beispiel entscheiden, sich durch Abgrenzung vom/von der eigenen Präsidentschaftskandidatin einen Vorteil im eigenen Rennen zu verschaffen, würde das den externen Geldfluss da, wo die Präsidentschaftskampagne Einfluss hat, natürlich bremsen oder sogar stoppen.

Zurück zu 2020: Die DemokratInnen haben hier in neun Bundesstaaten ihre jeweiligen republikanischen Gegenüber finanziell übertrumpft, aber dennoch verloren. Der mit 92 Millionen Dollar finanzierte Versuch, den mit nur 34 Millionen Dollar finanzierten republikanischen Mehrheitsführer Mitch McConnell in Kentucky durch die Demokratin Amy McGrath zu ersetzen, ist mit 20% Rückstand am Wahltag ebenso spektakulär gescheitert, wie jener in South Carolina. Dort wollte Jaime Harrison, mit 95 Millionen Dollar, den Republikaner Lindsay Graham stürzen, der mit 44 Millionen Dollar weniger als halb so viel Geld zur Verfügung hatte. Graham gewann am Schluss mit über 10% Vorsprung. Auch in Montana, in Iowa und in Maine, gab es für die reicheren demokratischen Kampagnen herbe Niederlagen. Knapp war es nur in North Carolina, wo sich der republikanische Amtsinhaber Thom Tillis gegen Herausforderer Cal Cunningham durchsetzte – wohl nicht zuletzt deshalb, weil in den letzten Wahlwochen dessen Affäre mit einer Wahlkampfberaterin öffentlich geworden war. Von dreizehn als knapp angenommenen Rennen, in denen die DemokratInnen die RepublikanerInnen finanziell überbieten können, haben Mark Kelly

in Arizona, John Hickenlooper in Colorado und Jon Ossoff und Raphael Warnock in Georgia, einen Senatssitz für die DemokratInnen dazugewinnen können.

Das liegt, wie geschildert, einerseits daran, dass Geld in Kampagnen nicht immer effizient für Tür-zu-Tür-Wahlkampf und für WählerInnenregistrierung, sondern zu viel für TV-Werbung, eingesetzt wird. Andererseits liegt es auch an der Ambivalenz des Nachrichtenwerts von finanzstarken Kampagnen. Die Kampagnen müssen quartalsmäßig ihre Budgets offenlegen und wer wie viel Geld eingenommen hat, war früher immer ein Gradmesser für den Erfolg der Kampagne beim Überzeugen von GeldgeberInnen. Und das wurde wieder als Indikator dafür gesehen, dass die Chancen intakt und die Botschaften der Kampagne gut wären. Die RepublikanerInnen haben es aber geschafft, diese Debatte immer stärker in eine andere Richtung zu drehen: Sie nutzen die hohen Spendensummen demokratischer KandidatInnen von „out of state“ nämlich, um die lokalen KandidatInnen als abhängig von liberalen SpenderInnen aus den Küstenstaaten zu brandmarken und ihnen abzusprechen, dass sie für BürgerInnen des eigenen Staates da sein würden. Hier wird ein starker Anti-Washington und Anti-Eliten-Vorbehalt bei WählerInnen, gerade in ländlicheren Bundesstaaten ohne Megacities, bedient.

Ein Beispiel dafür, dass längerfristige und nicht nur auf den Wahlkampf fokussierte politische Aufbauarbeit Früchte tragen kann, ist der Bundesstaat Georgia. Hier sind unter der Führung der 2018 knapp gescheiterten Gouverneurskandidatin und vormaligen Fraktionsführerin Stacey Abrams, schon seit fast zehn Jahren unabhängig von Wahlgängen massive Mobilisierungs- und Registrierungsarbeit neuer WählerInnen bei gleichzeitigem Druck auf die Regierung, die Hürden zum Wahlgang abzubauen und mehr Wahlmöglichkeiten zu schaffen, erfolgreich gewesen. Joe Biden hat am 3. November das erste Mal seit 1992 als Demokrat die Präsidentschaftswahl und die damit verbundenen WählerInnen aus Georgia gewonnen. Und am 5. Jänner haben beide demokratische Kandidaten, Jon Ossoff und Raphael Warnock, die beiden offenen Senatssitze in Georgia gewonnen.

27) Wann wird ein/e PräsidentIn eine „lahme Ente“ und was heißt das?

Der Begriff „Lahme Ente“ ist abgeleitet von von einer lahmen Ente, die ihrer Gruppe nicht mehr nachkommt und deswegen natürlichen FeindInnen ausgeliefert ist. In den USA spricht man im engeren Sinn von der „Lame Duck“-Periode, wenn der/die neue PräsidentIn gewählt ist – am Dienstag nach dem ersten Montag im November – bis zum 20. Jänner. In diesen zehn bis elf Wochen sollen PräsidentInnen eigentlich keine wichtigen Entscheidungen mehr treffen, sondern

diese Zeit für die „Transition“, also für die ordentliche Übergabe der Amtsgeschäfte, genutzt. Tatsächlich haben viele PräsidentInnen diese Zeit noch für in ihren alleinigen Verantwortungsbereich liegende Entscheidungen genutzt. Am prominentesten sind dabei die Begnadigungen als Recht des/der PräsidentIn. Viele dieser Begnadigungen haben für heftige Kontroversen gesorgt.

Der nach dem republikanischen Präsidenten Richard Nixons Rücktritt von Nixon selbst eingesetzte Gerald Ford, hat etwa seinen Vorgänger begnadigt. Bill Clinton hat an seinem letzten Amtstag 140 Begnadigungen ausgesprochen, darunter für einen Steuerbetrüger, der immer wieder an DemokratInnen gespendet haben soll und seinen eigenen Halbbruder. Donald Trump hat schon vor dem Ende seiner Amtszeit zahlreiche seiner MitstreiterInnen begnadigt, denen kriminelle Vorgehensweisen vorgeworfen wurden. Begnadigungen sind allerdings nur für nach Bundesgesetzen getätigte Straftaten zulässig, nicht für in Bundesstaaten nach deren Gesetzen angeklagte Verbrechen. Eine Selbstbegnadigung ist nach der Auffassung der meisten VerfassungsjuristInnen nicht möglich. Deswegen wurde gegen Ende von Donald Trumps Amtszeit, dem ja zahlreiche Straftaten vorgeworfen werden, spekuliert, er könnte zurücktreten und sein Vizepräsident Mike Pence ihn noch vor Ende der Amtszeit begnadigen. Das ist nach dem zerrütteten Vertrauensverhältnis durch das von Trump zumindest mit zu verantwortenden faschistischen Putschversuch am Kapitol vom 6. Jänner, bei dem unter anderem mit „Hang Mike Pence“-Sprechchören in den gestürmten Hallen des Kapitols nach dem Vizepräsidenten gesucht worden war, unwahrscheinlich geworden.

Der weiter gefasste Begriff der „Lame Duck“, betrifft PolitikerInnen, die bereits angekündigt haben, nicht mehr zu kandidieren oder die wegen einer Amtszeitbeschränkung – das sind bei vielen Exekutivämtern wie PräsidentIn oder GouverneurInnen zwei Amtsperioden – nicht mehr antreten können. Diese politischen „Lame Ducks“ haben Vor- und Nachteile in ihrer Amtsführung: Zum einen ist ihr politisches Kapital aufgebraucht und es wird ihnen oft die Kooperation politischer Gegenüber verweigert, weil ihr Amt ein Ablaufdatum hat. Zum anderen müssen sie sich nicht mehr einer Wahl stellen und sind damit von Überlegungen zur eigenen Wiederwahl befreit, was die Popularität ihrer Entscheidungen betrifft. Das ist bei halbwegs berechenbaren AmtsinhaberInnen dadurch beschränkt, dass sehr unpopuläre Entscheidungen auch ihre NachfolgekandidatInnen der eigenen Partei beschädigen könnten. Das gilt natürlich, wie auch die Ereignisse im Kapitol vom 6. Jänner zeigen, für unberechenbare AmtsinhaberInnen wie Donald Trump nicht.

28) Werden BürgermeisterInnen und GouverneurInnen auch nach so komplizierten Regeln gewählt?

Grundsätzlich sind die Bundesstaaten Teilrepubliken mit eigenen Verfassungen und mit ausgeprägten eigenen Rechten. Alle außer fünf Bundesstaaten haben neben GouverneurInnen auch stellvertretende GouverneurInnen. Und alle außer zwei Bundesstaaten haben vierjährige Amtsperioden. Nur die kleinen Staaten New Hampshire und Vermont im Nordosten haben kürzere 2-Jahres-Amtszeiten. In dreizehn Bundesstaaten gibt es keine Amtszeitbeschränkung, hier können GouverneurInnen beliebig oft wieder kandidieren. Die längste Amtszeit – nämlich eine von 22 Jahren – hat Gouverneur Terry Brandstad von Iowa geschafft. Er war 1983 bis 1999 und dann wieder von 2011 bis 2017 Gouverneur seines Bundesstaates. GouverneurInnen können gegen Beschlüsse der lokalen Parlamente Vetos einlegen, außer in fünf Bundesstaaten. Eine der wesentlichen bundespolitisch relevanten Rollen, liegen im Recht der GouverneurInnen, in 47 von 50 Bundesstaaten bei nicht mehr amtsfähigen SenatorInnen und einer bestimmten unterschrittenen Dauer bis zur nächsten regulären Wahl, eine/n neue/n SenatorIn einzusetzen. Das ist gerade bei knappen Mehrheitsverhältnissen ein wichtiges Instrument, zuletzt wurden etwa in Arizona und in Georgia nach Tod bzw gesundheitsbegründetem Rückzug von Senatoren, neue SenatorInnen nachbesetzt. Beide haben allerdings die folgenden Wahlen gegen ihre Herausforder verloren.

Auch in der Diskussion um ein mögliches Regierungsamt für SenatorInnen, spielt die Frage der Nachbesetzung und der möglichen daraus resultierenden Änderung der Mehrheitsverhältnisse im US-Senat, eine zentrale Rolle. So soll Elizabeth Warren, die Senatorin aus Massachussets, unter anderem wegen der drohenden Nachbesetzung ihres frei gewordenen Senatssitzes mit einem/einer RepublikanerIn durch den republikanischen Gouverneur, nicht zum Zug gekommen sein. Auch bei der Bestätigung der Wahlergebnisse der Präsidentschaftswahl 2020, spielten einige GouverneurInnen eine zentrale Rolle: Denn sie alleine haben das Recht, das Ergebnis der Wahllauteversammlung ihres Bundesstaats an den Kongress weiterzuleiten. In der Diskussion über republikanische Einsprüche gegen die Präsidentschaftswahl, war die Tatsache, dass drei entscheidende Swing States – Pennsylvania, Michigan und Wisconsin – demokratische GouverneurInnen haben, eine Versicherung für Joe Biden und Kamala Harris, dass aus diesen Bundesstaaten bei der Meldung der Wahlergebnisse keine unangenehmen Überraschungen lauern.

29) Wo liegt dieser Koffer, mit dem die Atombomben gezündet werden können?

Der sogenannte „Nuclear Football“ oder kurz „Nukes“, ist seit der Kubakrise 1963, immer an der Seite des Präsidenten. Präsident John F. Kennedy wollte damals, während der Stationierung russischer Raketenabschussrampen auf Kuba und der folgenden militärischen Drohgesten beider Großmächte, keinen zeitlichen Nachteil beim Einsatz nuklearer Kriegsgeräte haben. Seitdem reist immer ein Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums mit einem schwarzen Koffer mit. Im Koffer sind neben den Codes zum Zünden der Atomwaffen, Einsatzpläne und Anweisungen, wo wegen geheimer Basen von US-amerikanischen und verbündeten Militärs, kein Atombombeneinsatz empfohlen ist. Prozedural kann der/die US-PräsidentIn die „Nukes“ jederzeit in Einsatz nehmen und es gibt auch kein Korrektiv. Es ist zwar auch die Zustimmung des/der VerteidigungsministerIn notwendig. Allerdings gibt es hier keine Vetomöglichkeit, sondern formal muss der/diejenige zustimmen. Im Fall der Ermordung eines/einer AmtsinhaberIn, muss natürlich der/die VizepräsidentIn ebenfalls über einen Atomkoffer verfügen. Ein drittes Exemplar ist fix im Weißen Haus stationiert.

Es gibt allerlei skurrile Anekdoten, die den Koffer mit den Atomcodes begleiten. So sollen die Präsidenten Jimmy Carter und Ronald Reagan die Atomcodes nicht im Koffer des Angestellten, sondern immer direkt am Körper getragen haben. Auf Ronald Reagan gab es im Jahr 1981 ein Attentat, das selbst ebenfalls skurril war. Der Attentäter war psychisch krank und wollte mit dem Attentat die SchauspielerIn Jodie Foster beeindrucken, was er auch in einem nie abgeschickten Brief an Foster so ausführte. Beim Schussattentat in Washington, trugen mehrere Angestellte des Präsidenten irreversible Schäden davon. Reagan selbst wurde zunächst für unverletzt gehalten ins Weiße Haus zurücktransportiert. Nur aufgrund seines extrem niedrigen Blutdrucks kamen die Ärzte darauf, dass ein Schuss seine Lunge verletzt hatte und lieferten ihn sofort ins Krankenhaus ein. Dort soll Reagan vor der Operation noch versichern haben lassen, dass alle operierenden ÄrztInnen RepublikanerInnen wären.

Im Stress der plötzlich doch notwendigen Operation, wurden die in der Jacke befindlichen Nuklearcodes in seinen Schuh am Boden des Operationssaals gestellt. Daher stammt die Legende, Reagan habe die Nuklearcodes in seinen Schuhen transportiert. Mehrere Präsidenten sind wegen kurzfristiger Änderungen der Pläne bei Staatsbesuchen, zeitweise vom den Koffer tragenden Mitarbeiter, getrennt worden. Und 2017 haben sich Gäste des Präsidenten in dessen Zweitwohnsitz in Florida mit dem Nuklearkoffer fotografieren lassen und das Foto samt Namen des Mitarbeiters, in sozialen Medien gepostet.

30) Wer darf aller mit der Air Force One reisen? Und wer nicht?

Die Air Force One sind eigentlich zwei Flugzeuge der Firma Boeing, die jeweils genau gleich ausgestattet, für Flüge des/der PräsidentIn samt Entourage, vorgesehen sind. Sie haben ihren Heimflughafen am Andrews Militärflughafen 15 Kilometer südwestlich von Washington DC, von wo aus der/die PräsidentIn mit einem Militärhubschrauber zum Rasen des Weißen Hauses fliegt. Eine Flugstunde mit dem präsidentiellen Flugzeug kostet ungefähr 180.000 Dollar. Die Air Force(s) One ist höchststrangige Geheimsache. Sie ist mit militärischem Gerät ausgestattet, um mögliche Angriffe zu orten und gegebenenfalls auch abwehren zu können und wird von Tankflugzeugen begleitet, so dass sie von jedem Ort der Welt aus Nonstop US-amerikanisches Territorium erreichen kann. Kurzfristige Pläne Anfang der 2000er-Jahre, den Hersteller von der US-amerikanischen Firma Boeing zum europäischen Hersteller Airbus zu wechseln. Weil dabei den US-Behörden aber sämtliche technischen Details des Flugzeugs bekannt gegeben werden müssten, hat sich Airbus aus Angst, die Konkurrenz von Boeing könnte an Firmengeheimnisse kommen, dagegen entschieden, ein Angebot zu legen.

Der erste dokumentierte Einsatz der Air Force One datiert aus dem Zweiten Weltkrieg, als Schiffsreisen für den US-Präsidenten wegen drohender U-Boot-Angriffe, zu gefährlich waren. Ausgestattet ist die Air Force One mit präsidentiellen Arbeits- und Schlafzimmern im Vorderteil und mit Platz für mitreisende MitarbeiterInnen, MedienvertreterInnen und andere vom Präsidenten eingeladene Gäste. Außerdem ist immer ein/e ÄrztIn an Bord der Air Force One, sogar ein Operationstisch steht zur Verfügung. Auch ein kleines Fitnessstudio findet sich an Bord der dreistöckigen Flugzeuge, der markante Schriftzug und das aktuelle Design stammen aus der Zeit von Präsident John F. Kennedy. Insgesamt ist neben dem Präsidenten und seiner Entourage Platz für ungefähr 70 weitere Gäste.

Die Air Force One wird auch verwendet, um Fahrzeuge vorab an den Zielort zu transportieren. VizepräsidentInnen nutzen verschiedene für Amtsflüge ausgestattete Flugzeuge als Air Force Two. Ausgemusterte (Vize)präsidentInnenflugzeuge werden Museen als Ausstellungsstücke zur Verfügung gestellt. Dass PräsidentIn und VizepräsidentIn grundsätzlich nicht im selben Flugzeug reisen dürfen, ist eine Legende. Allerdings wird es generell nach Möglichkeit vermieden, dass die beiden höchsten AmtsträgerInnen zu lange im selben Raum sind.

31) Warum sind große Wahlen immer am Dienstag nach dem ersten Montag im November?

Historisch gesehen ist der November-Termin mit dem Erntejahr begründet. Anfang November ist die Ernte eingebracht, aber der Winter ist in jenen Teilen des Landes, wo er mit Schnee begleitet ist, noch nicht so massiv, dass er Menschen an der Anreise zum Wahllokal hindern würde. Im Wochentags-Rhythmus ist der Wahltag ebenfalls an frühere bäuerliche Notwendigkeiten angepasst: Am Sonntag war Messe und deshalb keine Reise zu einem Wahllokal möglich, am Mittwoch war Markttag. Die WählerInnen sollten so wählen können, dass sie jedenfalls am Sonntag und am Mittwoch daheim sein konnten – also am Dienstag. Zunächst war der Wahltag zwar in allen Bundesstaaten Anfang November, aber nicht überall am selben Tag. Weil mit dem Aufkommen erster Telekommunikationstechnologien in der Mitte des 19. Jahrhunderts Wahlergebnisse aus einem Bundesstaat jene in anderen Bundesstaaten hätten beeinträchtigen können, setzte man einen einheitlichen Wahltag durch. Und zwar mit einer Präzisierung der verfassungsmäßigen Vorgabe, die Wahlleute der Bundesstaaten dürften frühestens 34 Tage vor dem ersten Mittwoch im November – dem Tag des Zusammenkommens der gewählten Wahlleute in der Hauptstadt des jeweiligen Bundesstaats – stattfinden.

Seitdem ist der Wahltag immer der Dienstag nach dem ersten Montag im November, also jener Dienstag zwischen 2. und 8. November. Weil es nicht allen ArbeitnehmerInnen am Dienstag möglich ist, ihren Arbeitsplatz zum Wählen zu verlassen, sind umfassende Alternativmöglichkeiten geschaffen worden. In vielen Bundesstaaten gibt es die Möglichkeit, an bestimmten Orten schon vor dem Wahltag zu wählen, es gibt umfassende Briefwahlmöglichkeiten. Wie ausgebaut die Möglichkeiten zum Wählen sind, ist aber ein massives Politikum, weil das zeitlich ausgeweitete Wahlrecht vor allem nicht-regelmäßigen WählerInnen das Wählen erleichtert, deren höhere Wahlbeteiligung wieder fast überall einen Vorteil für die Demokratische Partei bedeutet (mehr dazu in Frage 17). Die bisherigen Versuche, den alle zwei Jahre US-weit bei Kongress-, Senats- und/oder Präsidentschaftswahlen vorkommenden Wahl-Dienstag Anfang November, generell zu einem arbeitsfreien Tag zu machen – etwa als „Democracy Day“, wie immer wieder vom demokratischen Senator Bernie Sanders vorgeschlagen – hat bisher noch keine Mehrheit gefunden und konnte deswegen nicht umgesetzt werden.

Auch andere Vorstöße, die Wahlen auf Wochenenden zu verschieben, sind teilweise an traditionalistischen und teilweise an nachvollziehbaren praktischen Einwänden gescheitert – etwa, wie die Wahlinfrastruktur an Wochenenden zur Verfügung gestellt werden soll, wo die im öffentlichen Dienst beschäftigten Menschen, die die Wahl abwickeln, eigentlich frei haben. Eine Änderung des Dienstags-Wahltermins hat wie alle anderen Änderungen der Wahlsystematik hohe verfassungsmäßige Hürden und ist deswegen sehr unwahrscheinlich. Der Wahltag ist in 10

Bundesstaaten ein Feiertag, es gibt hier keine parteipolitischen Auffälligkeiten, es sind sechs demokratisch und vier republikanisch dominierte Staaten.

32) Was muss ein/e PräsidentIn machen, um abberufen zu werden?

Hochverrat, Bestechung, andere massive Delikte und Fehlverhalten – das sieht die US-Verfassung als Gründe vor, ein Amtsenthebungsverfahren gegen PräsidentInnen zu starten – und übrigens auch gegen andere hochrangige VertreterInnen der Regierung oder des öffentlichen Dienstes. Massive Delikte und Fehlverhalten sind im Laufe der Geschichte meist als Korruption oder Selbstbereicherung oder –bevorzugung definiert worden, also wenn PräsidentInnen zum persönlichen Vorteil ihre Spezialrechte genutzt hätten. Eine genaue Beschreibung des Amtsenthebungsvorganges sieht die Verfassung aber nicht vor, weswegen das genauere Procedere Gewohnheitsrecht des US-Kongresses geworden ist. Diese Regelungen sind zwar auch niedergeschrieben und beschlossen, können aber von jedem Kongress auch selbständig wieder geändert werden.

Die Amtsenthebung startet im Justizausschuss des RepräsentantInnenhauses, der auf Vorschlag eines Mitglieds prüft, ob Gründe für eine Amtsenthebung vorliegen könnten. Wenn der Ausschuss das beschließt, dann geht ein Antrag mit einem konkret ausformulierten und begründeten Amtsenthebungsantrag an das RepräsentantInnenhaus. Beschließt auch das House die Einleitung eines Amtsenthebungsverfahrens, wird der US-Senat vom Parlament zum Gerichtssaal und das House beschließt auch, welche Mitglieder dem Senat die Begründung des Amtsenthebungsvorschlags vorstellen. Im House ist für die Einleitung eines Amtsenthebungsverfahrens nur eine einfache Mehrheit notwendig. Höher ist die Hürde dann im Senat: Hier werden die 100 SenatorInnen mit ihrer Stimme, nach einem unter der Leitung des amtierenden Höchstrichters/der Höchstrichterin des Supreme Court, geleiteten Verfahren, über die Amtsenthebung abstimmen. Dem geht ein öffentlicher Teil der Anhörung ebenso voran, wie eine unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindende Beratung. Nur, wenn am Ende des Verfahrens mindestens 67 SenatorInnen für die Amtsenthebung stimmen, ist der/die PräsidentIn mit sofortiger Wirkung seines/ihres Amtes enthoben. Zusätzlich kann auch ein Ausschluss von hohen öffentlichen Ämtern, für alle Zukunft, beschlossen werden. Die Amtsenthebung ersetzt keine ordentlichen Gerichtsverfahren für die dem/der PräsidentIn vorgeworfenen Straftaten und es gibt auch keine über die Zeit der Amtsinhaberschaft hinausgehende Immunität. Würde also ein/e PräsidentIn des Amtes enthoben – das ist bei allen drei bisherigen Verfahren gegen Andrew Johnson, Bill

Clinton und Donald Trump aber nicht passiert – folgt danach mit Sicherheit noch eine strafrechtliche Ermittlung.

33) Wie wird man eigentlich MitarbeiterIn im Weißen Haus?

MitarbeiterInnen im Weißen Haus und in der Administration kommen selten irgendwo alleine her, sondern sind meistens langjährige MitarbeiterInnen von PolitikerInnen. Schon sehr früh in ihrer beruflichen Karriere, müssen sich auch politische ExpertInnen und StrategInnen oft entscheiden, auf welches politische Pferd sie setzen. Nur die wenigsten und nur die allerbesten können, auch innerhalb der gleichen Partei, von der Spitzenposition im Team eines/einer PolitikerIn in jenes eines/einer anderen PolitikerIn wechseln. In der Transition-Phase, also dem Wechsel der Administration von einer zur anderen Partei, werden innerhalb von zwei Monaten knapp 5.000 Jobs neu besetzt. Wer die AnwärterInnen für die Spitzenfunktionen, vom Stabschef oder der Stabschefin im Weißen Haus abwärts, sind, ist meistens schon davor bekannt. Wen PräsidentInnen an welche Position setzen, enthält oft auch politische Signale.

Es gibt natürlich innerhalb der republikanischen und innerhalb der demokratischen Partei mehrere Flügel. Zu diesen Flügeln gehören nicht nur die bekannten Gesichter, die wir kennen – Hillary Clinton und Joe Biden etwa für den moderaten Flügel bei den DemokratInnen und Bernie Sanders und Elizabeth Warren für den progressiven Flügel – sondern auch langjährige MitarbeiterInnen. Es kommt dabei auch teilweise zu öffentlichen Auseinandersetzungen, wenn die MitarbeiterInnen des Weißen Hauses oder BeraterInnen des Präsidenten/der Präsidentin, einem jeweils anderen Flügel der anderen Partei nicht passen. Exemplarisch dafür sind die Senats-Hearings der WirtschaftsberaterInnen von Präsident Barack Obama in der Finanzkrise zu nennen, bei denen sich vor allem Senatorin Elizabeth Warren auf öffentlicher Bühne harte Matches lieferte. Schon im Vorfeld der Präsidentschaftswahl 2020, war immer wieder auch öffentlich zu hören, wen Joe Biden im für wahrscheinlich angenommenen Fall eines Sieges, auf welche Position in der Administration setzen müsse, um die Flügel der Demokratischen Partei zusammenzuhalten.

Dazu kommt, dass es eigene Recruitment-Agenturen in Washington gibt, die für die zweite und dritte Reihe nach geeigneten BewerberInnen mit spezifischen Qualifikationen und mit spezifischen Identitäten setzen: Da werden etwa exzellente schwarze ForscherInnen gesucht, die in einem Politikbereich in die Administration empfohlen werden könnten, auch für LGBTQ-Personen gibt es eigene Agenturen. Ziel davon ist, neben der Qualifikation auch die Diversität der Regierung zu sichern und Identifikationsfiguren und AnsprechpartnerInnen für die jeweiligen Gruppen in der

Administration zu haben. In der Regel haben hochrangige MitarbeiterInnen in der Regierung, lange Parteikarrieren hinter sich und haben schon Positionspapiere für Wahlkämpfe und Reden für Kongressabgeordnete geschrieben, in der Regel kennen sie den parlamentarisch-politischen Ablauf gut.

Ein Spezifikum im Vergleich zu Deutschland und Österreich, ist sicher die Anzahl der bei Regierungswechsel neu zu besetzenden Positionen. Während in Österreich etwa bei Regierungswechseln auf große und personalstarke BeamtInnenapparate, nur ein im Vergleich sehr kleiner neuer Kopf in Form eines 10-15köpfigen Kabinetts in einem Ministerium ausgewechselt wird, ist der politische Apparat in den USA deutlich ausgeprägter.

34) Was macht eigentlich die First Lady/der First Gentleman den ganzen Tag?

Der First Lady oder dem First Gentleman, kommen traditionell vor allem repräsentative Aufgaben zu. Denn nachdem besonders in personalisierten Wahlsystem, wie dem US-amerikanischen, nicht nur Positionen und Parteien, sondern eben stark auch Personen gewählt werden, spielt das Privatleben der PolitikerInnen eine große Rolle. Die wichtige Aufgabe, PartnerIn eines/einer PolitikerIn zu sein, beginnt also schon bei der Kandidatur. Häufig wird die Familie in Wahlkämpfen oder bei wichtigen repräsentativen Terminen, in den Mittelpunkt gerückt. Kürzlich war das zum Beispiel bei der Kür der neunten Höchstrichterin, Amy Coney Barrett, sichtbar. Um ihre umstrittene Nominierung und ihr Image als rechte Hardlinerin zu konterkarieren, trat sie etwa bei ihrer informellen Angelobungsfeier vor dem Weißen Haus mit Präsident Donald Trump und den höchstrangigen republikanischen PolitikerInnen, mit ihren sieben Kindern und ihren Ehemann auf. Dass zwei der Kinder aus Haiti adoptiert sind und eines mit Down Syndrom lebt, wurde ebenso besonders hervorgestrichen, wie das fürsorgliche Kümmern des Ehemanns um die Familie.

Die erste Präsidentengattin, die sich politisch selber sehr aktiv zeigte, war Eleanor Roosevelt, die Gattin von Franklin D. Roosevelt, der 1933-45 US-Präsident war. Während Roosevelts Präsidentschaft, hatte Eleanor Roosevelt wöchentlich eigene Pressekonferenzen, zu denen sie nur weibliche Journalistinnen einlud und bei denen sie vor allem ihre Arbeit für Frauenrechte und für jene der Schwarzen präsentierte. Nach dem Tod ihres Mannes wurde Roosevelt Botschafterin der Vereinigten Staaten bei den Vereinten Nationen und nahm damit eine der höchsten diplomatischen Positionen ein, die die USA zu vergeben haben. Sie fällt damit aber eindeutig aus der Reihe der Präsidentengattinnen, die mit ihrer Ausnahme fast ausschließlich öffentliche Bilder entlang eines klassisch-stereotypen Frauenbilds produzierten.

Eine zweite Präsidentengattin, die da aus der Reihe tanzte, war Hillary Clinton. Während der Präsidentschaft ihres Mannes, von 1992 bis 2000, war sie zunächst vor allem als Sonderbeauftragte des Weißen Hauses für die Gesundheitsreform aktiv. Später trat sie nach der Affäre von Bill Clinton mit der Praktikantin Monica Lewinsky und der wegen ihm vorgeworfenen Meineids gestarteten Amtsenthebung, vor allem als treue und verzeihende Gattin auf. Das dürfte zu einem guten Teil auch aus eigenen politischen Überlegungen passiert sein – denn auch dank ihrer Auftritte, war Bill Clintons Beliebtheit über seine Präsidentschaft hinaus enorm und Hillary Clinton profitierte davon politisch. Ihr daraus entstandenes positives Image war neben ihrer hohen Kompetenz, sicher hilfreich bei der eigenen Karriere der vormaligen Präsidentengattin. Hillary Clinton wurde später zunächst US-Senatorin aus New York und später Außenministerin, das real wichtigste politische Amt der US-Regierung nach dem/der PräsidentIn. Hillary Clintons eigene Präsidentschaftskandidatur scheiterte zunächst 2008 an der Vorwahl-Kampagne Barack Obamas, später 2016 nach gewonnenem Vorwahlkampf an einem massiven Rechtsruck der US-amerikanischen Gesellschaft, der in der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten gipfelte.

Eine weitere erwähnenswerte First Lady ist Michelle Obama. Die First Lady von 2008 bis 2016 gilt eigentlich als der noch politischere Kopf in ihrer Ehe. Dennoch konzentrierte sich Michelle Obama in der Außenwirkung, eher auf Soft-Themen wie auf die biologisch einwandfreie Bepflanzung des Gartens des Weißen Hauses gemeinsam mit Kindern aus benachteiligten Schulbezirken. Das war auch dem Versuch der rechten Opposition geschuldet, die vor ihrer Zeit als First Lady, manchmal etwas ruppiger als ihr Mann auftretende Obama, im Wahlkampf entlang des Stereotyps einer wütenden schwarzen Frau, gegen Barack Obama zu verwenden. Michelle Obama ist aber über die Präsidentschaft ihres Mannes hinaus eine der wenigen Politik-Promis in den USA, die regelmäßig seine hohen Popularitätswerte noch überflügelte. Erwähnt sei an dieser Stelle auch noch die einzige First Lady eines hochrangigen Politikers, die ihre Erfahrungen damit ausführlich publik gemacht hat. Die lesenswerte Biographie der Journalistin Connie Schultz heißt „...and his lovely wife“. Sie ist mit Ohios Senator Sherrod Brown verheiratet.

35) Wenn Politikerfrauen Politikerinnen werden...

Das ist ein in den USA häufiges Phänomen und zwar nicht erst in modernen Zeiten. Insgesamt sind schon so viele Frauen unmittelbare NachfolgerInnen ihrer verstorbenen Ehemänner geworden, nämlich fast 50 US-weite RepräsentantInnen, dass es dafür einen eigenen Namen gibt: Widow's Succession – also Witwennachfolge. Die ersten weiblichen Abgeordneten, die es überhaupt aus

Staaten wie zB Alabama, Arkansas, Kalifornien, Maryland, Ohio, Pennsylvania, South Carolina und West Virginia, gab, waren auf die Sitze ihrer verstorbenen Ehemänner nachnominierte Frauen. Einige von ihnen haben nach der Einsetzung durch den Gouverneur, auch bei den nächsten Wahlen selbst kandidiert und lange politische Karrieren hingelegt, andere haben nur als PlatzhalterInnen fungiert und wurden bei den folgenden Wahlen von männlichen Kandidaten der eigenen Partei abgelöst.

Besonders erwähnenswert ist hier Margaret Chase Smith aus Maine, die 1941 nach dem Tod ihres Mannes zunächst auf dessen Sitz nachrutschte und dann 33 Jahre lang im RepräsentantInnenhaus und später im Senat diente. Der bereits vor seinem Tod schwer kranke Abgeordnete Clyde Smith sagte, niemand kenne seine Gedanken besser und könne ein gleichwertigerer Ersatz für ihn sein, als seine Frau – ein Thema, das sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der Witwennachfolge zieht. Allerdings musste Margaret Chase Smith sowohl bei ihren Kandidaturen für das RepräsentantInnenhaus als auch später für den noch höherrangigen US-Senat, interne Vorwahlen für sich entscheiden. Sie wurde später, 1964, auch die erste Kandidatin einer der beiden großen Parteien, für die Präsidentschaftskandidatur, landete aber bei den Republikanischen Vorwahlen nur auf dem fünften Platz.

Eine Vizepräsidentenwitwe war die erste weibliche Senatorin aus dem Bundesstaat Minnesota: Muriel Humphrey, die Frau des verstorbenen Vizepräsidenten Hubert Humphrey, rutschte 1978 für ein Jahr auf dessen US-Senatssitz nach, sie entschied sich dann aber nach Rücksprache mit Präsident Jimmy Carter gegen eine eigene Kandidatur bei der folgenden Senatswahl. Es dauerte 29 Jahre, bis 2007 mit Amy Klobuchar die erste Frau aus Minnesota als gewählte Kandidatin in den US-Senat einzog. Inzwischen ist Minnesota mit Nevada, New Hampshire und Washington State einer von vier Bundesstaaten, der von zwei Frauen im US-Senat vertreten ist.

Eine besondere Geschichte hat auch Jo-Ann Emerson aus Missouri: Sie kandidierte nach dem Tod ihres Ehemanns am gleichen Tag als Republikanerin für die verbleibende Amtszeit und als unabhängige „Third Party“ Kandidatin gegen einen republikanischen und einen demokratischen Kandidaten für die folgende Amtszeit und gewann beide Wahlen mit großem Abstand. Emerson blieb dann 17 Jahre lang Kongressabgeordnete aus Missouri. Nicht eingesetzt, sondern gleich per Wahl zur Abgeordnete gewählt, wurde die Abgeordnete Cardiss Collins aus Illinois. Ihr Mann war kurz nach seiner Wiederwahl als Abgeordneter bei einem Flugzeugabsturz ums Leben gekommen, deswegen war wegen der noch lange dauernden Amtsperiode eine Wahl und keine Betrauung durch den Gouverneur, notwendig. Cardiss Collins gewann die Wahl, wurde die erste schwarze Abgeordnete aus dem Mittleren Westen und blieb das für 24 Jahre.

Ähnlich ist die Geschichte von Collins demokratischer Parteikollegin Lindy Boggs, die 1973 für den Sitz ihres ebenfalls bei einem Flugzeugabsturz tödlich verunglückten Ehemanns kandidierte. Sie blieb 18 Jahre lang Abgeordnete des Bezirks im RepräsentantInnenhaus und wurde 1984 nach einer Umgestaltung der Wahlkreise die erste weiße Abgeordnete, die einen mehrheitlich schwarzen Kongressbezirk in Washington DC vertrat. 1991 erklärte Boggs ihren Rücktritt, 1997 wurde sie von Präsident Bill Clinton zur Botschafterin der USA im Vatikan bestellt.

In vielen Bundesstaaten fungierten Frauen von Politikern in der Witwennachfolge als Eisbrecherinnen, anders wäre zu Beginn der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in vielen Gegenden der USA keine weibliche Spitzenpolitikerin denkbar gewesen. Die erste weibliche US-Senatorin war die weiße Rassistin Rebecca Felton aus Georgia, die nach dem Tod eines Senators als Übergangskandidatin gebraucht wurde, die selbst keine Ambitionen hätte, zur Wahl anzutreten. Als symbolische Geste an die Frauen in Georgia, die kurz zuvor das Wahlrecht erhalten hatten, wurde Felton für genau 24 Stunden als Senatorin angelobt und dann durch den gewählten Nachfolger ersetzt. Die erste gewählte weibliche Gouverneurin der USA war 1924 Nellie Ross aus Wyoming, sie wurde nämlich im Gegensatz zu vielen anderen erwähnten Politikerinnen, nach dem Tod ihres Mannes allerdings nicht nur eingesetzt, sondern eben gewählt. Ross verlor aber ihre zweite Wahl im Jahr 1926. Eine absolute Ausnahmekarriere legte auch die erste weibliche Abgeordnete im RepräsentantInnenhaus hin. Die Abgeordnete Jeannette Rankin wurde 1917 als 37jährige für einen Kongresssitz gewählt und verlor ihren Sitz 1919 wegen einer Umstrukturierung der Wahlkreise. Wieder gewählt wurde Rankin dann 22 Jahre später, im Jahr 1941. Rankin war beide Male über die gleichen Abstimmungen gestolpert: Sie stimmte 1917 gegen den US-amerikanischen Kriegseintritt in den Ersten Weltkrieg und 1941 gegen jenen in den Zweiten Weltkrieg – beide Male gegen erbitterten Widerstand ihrer ParteikollegInnen in Montana.

Die erste Ministerin der USA war Frances Perkins, eine Demokratin aus Massachussets. Sie war eine von nur zwei MinisterInnen, die während der gesamten drei Amtsperioden des Präsidenten Franklin D. Roosevelt (ja, damals gab es noch keine Amtszeitbeschränkung) in der Regierung vertreten war und in der Umsetzung des größten innenpolitischen Projekt Roosevelts, des „New Deal“, kam ihr eine entscheidende Rolle zu. Eine ganze Reihe „erster“ Frauen in zentralen Rollen, gab es während der Administration von Bill Clinton 1992 bis 2000. Madeleine Albright wurde 1997 zur ersten weiblichen Außenministerin, mit der Republikanerin Condoleeza Rice und der Demokratin Hillary Clinton hat sie auch schon zwei Nachfolgerinnen gehabt. Janet Reno wurde 1993 zur ersten Justizministerin, Hazel O’Leary zur ersten Energieministerin. Mit Janet Yellen hat der gewählte US-Präsident Joe Biden, 2020 die erste Frau als Finanzministerin vorgeschlagen. Eine der letzten

gläsernen Decken, die auf der Amtsebene noch verbleiben, ist jene zum Weißen Haus. Mit Hillary Clinton hat eine Kandidatin 2016 bereits die Mehrheit der Stimmen erhalten – das US-Wahlsystem über die Wahlliteversammlung hat ihr aber, wie auch schon ihrem demokratischen Vorgänger Al Gore im Jahr 2000, das Amt gekostet.

36) Unter welchen Sicherheitsvorkehrungen arbeiten US-SpitzenpolitikerInnen?

Der Geheimdienst der Vereinigten Staaten hat Ressourcen zur Rund-um-die-Uhr-Überwachung von maximal 200 Personen gleichzeitig. Dauerhaft unter Bewachung stehen etwa 40 Personen. Jedenfalls überwacht werden müssen – ob sie wollen, oder nicht – der/die PräsidentIn, der/die VizepräsidentIn und in der Zeit zwischen der Wahl im November und der Angelobung im Jänner auch die gewählten PräsidentInnen und VizepräsidentInnen. Das ist gesetzlich vorgesehen und kann auch nicht abgelehnt werden. Der Geheimdienst überwacht darüber hinaus Rund-um-die-Uhr ehemalige PräsidentInnen und deren Eheleute, auch nach einer möglichen Scheidung. Erst mit Wiederheirat einer dritten Person, erlischt der Personenschutz ehemaliger PräsidentInnen- oder VizepräsidentInnengattInnen. Außerdem werden die Kinder ehemaliger PräsidentInnen und VizepräsidentInnen bis zu deren 16. Geburtstag personengeschützt. Die InhaberInnen zentraler Ministerin, wie des Verteidigungs-, des Heimatschutz- und des Finanzministeriums werden ebenso vierundzwanzig Stunden am Tag bewacht, wie Staatsbesuche oder Gäste in den USA mit besonders großer Bedrohungslage.

Zu den Standard-Vorkehrungen gehört dabei, dass Blut der Blutgruppe des/der zu bewachenden mitgeführt wird, falls Transfusionen notwendig sein sollten. Jedenfalls das Angebot einer geheimdienstlichen Bewachung, bekommen ab August des Wahljahres die gewählten PräsidentschaftskandidatInnen der beiden großen Parteien. Zusätzlich sind nach Bedarf und Bedrohungslage Rund-um-die-Uhr-Überwachungen zusätzlicher Personen möglich. Einer der wenigen hohen politischen Vertreter der Vereinigten Staaten, der in der Zeit nach seinem Abdanken die Bewachung abgelehnt hat, ist der republikanische Ex-Präsident Richard Nixon. Die höchsten VertreterInnen des US-Kongress, MehrheitsführerInnen, Klubobleute, ParlamentspräsidentIn, werden rund um die Uhr von der Capitol Police bewacht – das waren jene Sicherheitsleute, die beim faschistischen Putschversuch am 6. Jänner 2021 die PolitikerInnen gerade noch rechtzeitig vor dem Eindringen des bewaffneten Mobs, in Sicherheit gebracht haben.

Das FBI übernimmt die Überwachung des/der JustizministerIn und wichtiger ZeugInnen in Justizprozessen, wenn notwendig. Bei Reisen der hochrangigen VertreterInnen werden oft schon

Monate davor die jeweiligen Lokalitäten besichtigt und naheliegende Krankenhäuser und sichere Orte ausfindig gemacht. Die Straßen, durch die die Autokolonne fährt, werden auch von parkenden Autos, komplett geräumt, um Anschläge zu verhindern. Die Hotels, in denen hochrangige VertreterInnen unter Bewachung übernachten, werden samt Fluchtwegen und Hintergrundchecks der Bediensteten gecheckt. Und neben dem Fluggerät, mit dem gereist wird, steht immer auch ein zweites Fluggerät zur Verfügung für den Fall eines technischen oder anderen Gebrechens bei der ersten Wahl. Wegen Donald Trumps großer Familie und seinen vielen Reisen – unter anderem zwischen dem Weißen Haus und seinem Wohnsitz in Florida – waren die Aufwände für die Bewachung der Präsidentenfamilie so groß, wie nie zuvor. Alleine aus Trumps Umfeld mussten 42 Personen rund um die Uhr bewacht werden. Bei seinem Vorgänger Barack Obama kamen 31 Familienangehörige und dem Präsidenten Nahestehende in den zweifelhaften Genuss einer Komplettbewachung.

37) Was passiert, wenn ein/e US-Präsidentin oder jemand anderer direkt Gewählte/r stirbt?

Diese Frage ist schon mehrmals akut geworden. Acht der bisherigen 45 US-Präsidenten sind im Amt gestorben. 1865 ist Präsident Abraham Lincoln bei einem Schussattentat ums Leben gekommen. Der Mord am Höhepunkt des amerikanischen Bürgerkriegs war gezielt vorbereitet und richtete sich gegen die Abschaffung der Sklaverei. Lincolns Nachfolger wurde Vizepräsident Andrew Johnson. 16 Jahre später wurde Präsident James Garfield von einem früheren Sympathisanten angeschossen, der sich für seinen vermeintlichen Beitrag zu dessen Wahlsieg nicht ausreichend gewürdigt fühlte. Garfield starb 11 Wochen später, als Nachfolger folgte Vizepräsident Chester Arthur. Nur 20 Jahre darauf wurde Präsident William McKinley von einem Anarchisten angeschossen und starb acht Tage später an seinen Verletzungen. Auf McKinley folgte Vizepräsident Theodore Roosevelt ins höchste Amt und erstmals wurde eine Bewachung des US-Präsidenten eingeführt.

Nicht völlig aufgeklärt ist die Ermordung von US-Präsident John F. Kennedy im Jahr 1963. Auch wenn eine offizielle Kommission einen Einzeltäter für das Schusswaffenattentat auf das fahrende, offene Fahrzeug Kennedys, verantwortlich machte, glaubt noch lange danach ein Großteil der amerikanischen Öffentlichkeit an eine Verschwörung gegen Kennedy. Ins Präsidentenamt folgte Vizepräsident Lyndon B. Johnson. Der 1947 eingeführte PräsidentInnennachfolgeakt definiert genau, wer bei Amtsunfähigkeit oder Tod des/der PräsidentIn und weiterer hoher AmtsträgerInnen nachfolgt. Nach PräsidentIn und VizepräsidentIn folgt hier der/die SprecherIn des RepräsentantInnenhauses, das ist momentan die Demokratin Nancy Pelosi. Dann folgt der/die

PräsidentIn pro tempore des Senats, das ist eine ebenfalls gewählte Funktion, die seit 1949 ununterbrochen auf den/die dienstälteste SenatorIn fällt. Momentan ist der Republikaner Chuck Grassley Präsident pro tempore des Senats. Dann folgen Außen- und Finanzminister und weitere Ministerien.

Ein Sonderfall ist der 25. Verfassungszusatz, der eine Regelung für die Amtsenthebung des Präsidenten/der Präsidentin auch gegen seinen/ihren Willen durch eine Mehrheit der Regierung auf Vorschlag des/der VizepräsidentIn ermöglicht. Außerdem ermöglicht der 25. Verfassungszusatz eine Nachbesetzung des/der VizepräsidentIn bei Amtsunfähigkeit oder Tod durch Mehrheitsbeschlüsse in RepräsentantInnenhaus und Senat. Bevor diese Regelung 1967 in Kraft trat, blieb das Vize-Amt nach dessen Tod 16 Mal, teilweise jahrelang, unbesetzt. Der PräsidentInnennachfolgeakt ist noch nie über die Nachfolge von Vizepräsident ins PräsidentInnenamt, notwendig geworden, weil es seit seiner Einführung noch nie zu einer gleichzeitigen Amtsunfähigkeit beider höchsten Amtsträger kam. In den 1950er-Jahren wurde wegen der nuklearen Bedrohung noch eine Sicherheitsstufe eingebaut, die seither Gegenstand vieler popkultureller Abbildungen bis hin zu einer nach dem Modus benannten Erfolgsserie des Streaming-Anbieters Netflix wurde: Der Designated Survivor. Bei großen Veranstaltungen, bei denen alle wichtigen PolitikerInnen des Landes anwesend sind – etwa beim jährlichen Auftritt des/der PräsidentIn vor beiden Häusern des Kongresses im Rahmen der „State of the Union“-Rede oder bei der Amtseinführung eines/einer neuen PräsidentIn – bleibt ein/e hohe/r Offizielle/r der Veranstaltung fern, um im Falle eines Anschlags jedenfalls die politische Nachfolge zu sichern. Die Person wird persönlich von dem/der PräsidentIn ausgewählt. Es gibt keine spezifische Regelung, wer aus der Regierung das ist, aber der/diejenige muss ein Amt innehaben, das im PräsidentInnennachfolgeakt vorkommt. Im Nachhinein wird immer bekannt, wer bei welcher Großveranstaltung als Designated Survivor fernblieb. Bei der Ansprache George W. Bushs an beide Kammern des Parlaments, war etwa Vizepräsident Dick Cheney der Designated Survivor, bei Barack Obamas erster „State of the Union“ fehlte Justizminister Eric Holder.

Weil Joe Biden mit 77 Jahren der älteste je gewählte, aber noch nicht ins Amt eingeführte „President elect“ ist und das inmitten einer Pandemie, die vor allem bei älteren Menschen im Fall einer Infektion eine relativ hohe Sterbewahrscheinlichkeit mit sich bringt, wurde auch darüber diskutiert, was der Tod eines „President elect“ bedeuten würde. Dafür gibt es keine explizite, aber eine naheliegende Regelung: Nämlich entweder, das nationale Komitee der Partei nominiert zwischen Wahltag und Zusammentreten des Electoral College einen Monat später, jemand anderen nach. Das kann, muss aber nicht der/die gewählte VizepräsidentIn sein. Eine Amtsunfähigkeit oder ein

Tod Bidens zwischen der Walleuteversammlung der Zertifizierung von deren Ergebnisse im Jänner, hätte größere Unwägbarkeiten gebracht, weil hier der Kongress Einsprüche geltend machen hätte können. Konkret hätte hier aber die demokratische Mehrheit im RepräsentantInnenhaus, dessen Zustimmung zu Einwänden notwendig wäre, das verhindert und der PräsidentInnenachfolgeakt wäre wohl zur Lösung herangezogen worden. Und eine Amtsunfähigkeit oder ein Tod Bidens zwischen der Zertifizierung der Wahlergebnisse Anfang Jänner und der Angelobung am 20. Jänner, wäre durch den 20. Verfassungszusatz automatisch mit der Nachfolge durch die gewählte Vizepräsidentin Kamala Harris und der Wahl eines/einer Nachfolgerin für ihr VizepräsidentInnenamt mit Mehrheiten in beiden Häusern des Kongresses klar geregelt.

38) Was machen US-Präsidenten nach ihrer Amtszeit?

Die meisten Präsidenten widmen sich nach ihrer politischen Karriere der Weiterführung ihres politischen Lebenswerks. Sie schreiben Bücher, sie halten Reden oder sie gründen Organisationen, die sich um ihre wichtigsten Themen kümmern. Im ExpräsidentInnenakt von 1958 ist geregelt, dass den ehemaligen AmtsträgerInnen auch nach ihrer Amtszeit ein Einkommen. Die Regelung soll sichern, dass auch nach der Amtszeit die Würde des PräsidentInnenamtes gesichert ist und die Ex-PräsidentInnen nicht mit dem Amt unangemessenen Tätigkeiten für ihren Unterhalt sorgen müssen. Der Unterhalt beträgt 220.000 Dollar im Jahr, dazu können sie Angestellte für 150.000 Dollar im Jahr für die ersten 30 Monate nach ihrem Abtritt und für 96.000 Dollar im Jahr später, anstellen. Für die Miete eines adäquaten Büros, kommt ebenfalls der Staat auf, ebenso für die Gesundheitsversicherung. Dabei hat Bill Clintons teures Ex-Präsidentenbüro in New York mit 500.000 Dollar Jahresmiete, für Diskussionen gesorgt. Für Besuche in Washington steht Ex-PräsidentInnen und ihren Familien, ein eigenes Presidential Townhouse zur Verfügung.

Mit Büchern und Reden lässt sich für ehemalige SpitzenpolitikerInnen viel Geld verdienen. Es gibt aber auch außergewöhnliche Ex-Präsidenten-Biographien: Der erste US-Präsident George Washington, wurde nach seiner Amtszeit erfolgreicher Whiskey-Produzent. William Taft wurde Mitte des 19. Jahrhunderts nach seiner Präsidentschaft Höchststrichter – eine Variante, über die auch bei Barack Obama immer wieder spekuliert wurde. Der demokratische Präsident Jimmy Carter kam nach seiner einen Amtsperiode auf seine verschuldete Erdnussfarm zurück und widmete sich humanitären Tätigkeiten. Er gründete das Carter Center, das internationale Missionen unterstützt und sich in der Epidemiebekämpfung ebenso einen Namen gemacht hat, wie in der Friedensvermittlung internationaler Konfliktparteien, oft auch im Auftrag der US-Regierung. Der

heute 96-jährige Jimmy Carter gewann 22 Jahre nach seinem Abtritt als Präsident, im Jahr 2002, für seine internationalen Friedenseinsätze den Friedensnobelpreis – als einer von vier (Ex-)Präsidenten neben Theodore Roosevelt, Woodrow Wilson und Barack Obama.

Ex-Präsident Clinton kam wegen der hohen Anwaltskosten in seinem gescheiterten Amtsenthebungsverfahren, verschuldet aus dem Amt. Clinton hat seitdem geschätzte 300 Millionen Dollar mit öffentlichen Auftritten verdient und mit der 2001 gegründeten Clinton Foundation ein weltweit agierendes humanitäres Projekt u.a zur Bekämpfung von AIDS, gegründet, dessen Milliardenfinanzierung aus öffentlichen US-Mitteln und teilweise auch von nicht-demokratischen Staaten, immer wieder für Diskussionen gesorgt hat. Clintons Nachfolger George W. Bush hat sich nach seiner Amtszeit weitestgehend aus dem öffentlichen Leben zurückgezogen und sich privater Tätigkeiten, wie einer Ausbildung zum Zeichner, gewidmet. Ex-Präsident Barack Obama hatte mit einem 60-Millionen-Dollar-Vertrag in der Tasche für seine Memoiren und für jene von First Lady Michelle Obama, von Anfang an keine finanziellen Sorgen in seinem nachpräsidentiellen Leben.

An den Grundsatz, sich nicht explizit öffentlich zur Politik der NachfolgerInnen zu äußern, halten sich streng genommen die wenigsten Ex-Präsidenten. Sowohl Clinton, als auch Obama, treten wiederholt in den Präsidentschaftswahlkämpfen von John Kerry 2004 respektive von Hillary Clinton 2016, auf. Nach der Übernahme der republikanischen Partei durch Donald Trump, sind die noch lebenden republikanischen Ex-Präsidenten George H.W. Bush und George W. Bush, keine gefragten Unterstützer mehr und wären für Trump auch nicht in den Ring gestiegen. Die aus dem heftigen internen Vorwahlkampf im Jahr 2000 gewachsene politische Gegnerschaft zwischen dem republikanischen Kandidaten John McCain im Jahr 2008 und der Bush-Familie, machte auch hier Auftritte der Ex-Präsidenten zur Unterstützung des republikanischen Kandidaten, obsolet. Was Donald Trump nach seiner abgelaufenen Amtszeit macht, ist dagegen völlig offen. Die Bandbreite der Möglichkeiten reicht hier von der Gründung oder Übernahme eines Medienimperiums bis zu einer Wiederkandidatur im Jahr 2024 oder zu einem Leben hinter Gittern wegen zahlreicher Straftaten, die ihm vorgeworfen werden.

39) Was kann US-Präsident Joe Biden mit seiner Mehrheit im Kongress machen?

Die Mehrheiten der DemokratInnen in beiden Häusern des US-Kongress stehen auf tönernen Füßen: Im RepräsentantInnenhaus liegt bei zwei noch offenen Sitzen wegen knappen Ergebnissen und ausstehenden Nachzählungen bzw juristischen Verfahren, die Mehrheit bei gerade einmal 11 von 435 Sitzen. Im Senat konnten die DemokratInnen mit den beiden überraschenden Siegen bei

den Stichwahlen in Georgia, auf die knappstmögliche Mehrheit von 50:50 Sitzen, die von der Vizepräsidentin zu Gunsten der DemokratInnen aufgelöst werden kann. Üblicherweise kommen Präsidenten mit einer relativ klaren Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses ins Amt und nutzen ihre ersten beiden Jahre bis zur Zwischenwahl, bei der das gesamte RepräsentantInnenhaus und ein Drittel des Kongresses neu gewählt werden, für ihre ersten versprochenen großen Reformen. Kaum einmal hat die Partei einer regierenden Administration die ersten Zwischenwahlen nach zwei Jahren gewonnen.

Natürlich haben sich die Umstände geändert und die Zukunft der RepublikanerInnen (und der Republik) ist angesichts einer großteils treu dem Ex-Präsidenten Trump ergebenen Partei, offen. Im besten Fall für die DemokratInnen, ist der Bruch durch die RepublikanerInnen so groß, dass es zu Gegenkandidaturen oder sogar zur Gründung einer eigenen Trump-Partei kommt. Genauso gut möglich ist aber, dass sich die RepublikanerInnen zusammenraufen und schon 2022 wieder Mehrheitswechsel in beiden Häusern zu Ungunsten des amtierenden Präsidenten und seiner Partei kommt. Im RepräsentantInnenhaus mit seinen 435 Sitzen, reichen schon kleine Verschiebungen des US-weiten Votums um wenige Prozent, für einen deutlichen Wechsel der Mehrheitsverhältnisse. Und im Senat, der alle zwei Jahre ein Drittel seiner Sitze neu wählt, stehen 2022 SenatorInnen in acht knappen Bundesstaaten zur Wahl, von denen vier Sitze momentan von Republikanern gehalten werden (Wisconsin, Pennsylvania, North Carolina, Florida) und vier von DemokratInnen (Nevada, New Hampshire, Georgia und Arizona). Joe Biden hat sechs dieser acht Staaten bei der Präsidentschaftswahl gewonnen. Für die DemokratInnen spricht, unter normalen Umständen, dass bei allen vier knappen, momentan von ihnen gehaltenen Sitzen, die AmtsinhaberInnen wieder antreten.

Schwierig könnte in den vier demokratisch besetzten Sitzen werden, dass zwei der Senatoren – Mark Kelly in Arizona und Raphael Warnock in Georgia – gerade erst gewählt wurden und der übliche AmtsinhaberInnenbonus nach zwei Jahren Amtszeit wahrscheinlich weniger ausgeprägt sein wird, als nach sechs Jahren Amtszeit. Dafür haben die DemokratInnen den Vorteil, dass drei der vier amtierenden republikanischen Senatoren in knappen Staaten – Ron Johnson in Wisconsin, Pat Toomey in Pennsylvania und Richard Burr in North Carolina, bereits angekündigt haben, nicht mehr anzutreten. Johnson hat das allerdings schon wieder in Frage gestellt.

Nominell spricht in diesen für die zweite Hälfte von Joe Bidens erster Amtsperiode entscheidenden Rennen, für die DemokratInnen, dass die Senatsrennen seit der Trump-Ära fast immer so ausgehen, wie die jeweiligen Staaten bei der Präsidentschaftswahl abstimmen: 2016 und 2020 hat in 68 von 69 Senatsrennen der/die KandidatIn jener Partei gewonnen, deren PräsidentschaftskandidatIn auch

den Bundesstaat für sich entscheiden kann und Biden drei der vier republikanisch besetzten und drei der vier demokratisch besetzten Staaten gewonnen hat. Dieser Effekt könnte aber, in einem Jahr ohne gleicher Präsidentschaftswahl, weniger stark ausgeprägt sein. Die einzige der 69 SenatorInnen, die 2016 und 2020 einen Staat für sich entschieden hat, den der/die PräsidentschaftskandidatIn nicht gleichzeitig auch gewonnen hat, ist übrigens die Republikanerin Susan Collins, die in Maine 2020 entgegen aller Prognosen mit über 8% Vorsprung, gewonnen hat. Long story short: Die Mehrheiten sind jetzt schon knapp, die langjährige Erfahrung spricht nicht für einen Wahlsieg der Partei der Partei des Präsidenten/der Präsidentin bei der ersten Zwischenwahl. Aber welche dieser Spielregeln nach den außergewöhnlichen Wahljahren 2016 und 2020 noch gelten, ist offen.

40) Was bedeutet die Konstellation in der US-Politik für den Kampf gegen die Klimakrise?

Hier kommen wieder RepräsentantInnenhaus und Senat ins Spiel. Während das Abstimmen gegen die eigene Fraktion, im RepräsentantInnenhaus zwar auch vorkommt, aber weniger oft als im US-Senat, steht auch bei dieser Frage das kleinere und mächtigere Haus im Kongress im Mittelpunkt. Der Fokus geht hier auf jene SenatorInnen, die die verhältnismäßig meisten Positionen der anderen Partei teilen und die in ihren Bundesstaaten den meisten WählerInnen gegenüberstehen, die üblicherweise eher die andere Partei wählen. Und an dieser Stelle muss ergänzt werden: in deren Bundesstaaten klimafeindliche Industrien, insbesondere in der Energiewirtschaft, einen hohen Stellenwert haben. Auf zwei Demokraten treffen diese beiden Kriterien zu, ihre Positionen sind aber unterschiedlich einzuschätzen.

Dreh- und Angelpunkt der knappen demokratischen Senats-Mehrheit in dieser und in anderen Fragen, ist Senator Joe Manchin aus West Virginia. Der seit 2012 amtierende Senator kommt aus einem Bundesstaat, den Donald Trump 2016 mit knapp über und 2020 mit knapp unter 40% Abstand gewonnen hat. Manchin konnte dennoch 2018 seine Wiederwahl als Senator mit 3% Vorsprung sichern. Manchin vertritt in vielen ökonomischen Fragen, entgegengesetzt zur Mehrheit der DemokratInnen, protektionistische Positionen und in vielen gesellschaftspolitischen Fragen wie bei der gleichgeschlechtlichen Ehe oder beim Schwangerschaftsabbruch rechte Positionen. Das ist aber für eine gute Klimapolitik mit Manchins Stimme ein weniger großes Hindernis, als die massive Abhängigkeit seines Bundesstaats von der Kohleproduktion. Manchin selbst tritt als Erneuerer, nicht als Verbieter und Regulierer, auf. Wenn Manchin eine stark am Ausbau der erneuerbaren und an Moratorien für die fossilen Industrien orientierten Energiepolitik auftritt, dann mindert das seine

Chancen für die eigene Senats-Wiederwahl im Jahr 2024 massiv. Schon 2018 war laut vielen Einschätzungen Manchins persönliches Naheverhältnis zu Donald Trump und die Unterstützung mehrerer von so gut wie allen anderen DemokratInnen massiv attackierten Nominierten, wie Höchstrichter Neil Gorsuch oder Außenminister Mike Pompeo, Voraussetzung dafür, dass sich der demokratische Senator in einem republikanisch dominierten Staat, über Wasser halten konnte.

Ein zweiter Senator aus einem Staat mit massiver Kohleproduktion und deutlich republikanischem Überhang, ist Senator Sherrod Brown aus Ohio. Hier wird nach wie vor die Hälfte der Energie aus Kohle gewonnen, Donald Trump hat den Staat 2016 und 2020 mit jeweils 8% Vorsprung gewonnen – allerdings hat Brown 2018 dennoch einen 7%-Vorsprung ins Ziel gebracht. Auch Browns Sitz steht 2024 zur Wiederwahl an. Er gilt aber im Gegensatz zu Manchin als ziemlich verlässliche Stimme für eine progressive Klimapolitik und hat davon in Ohio bisher auch noch keinen Schaden genommen. Eine der wenigen möglichen Verbündeten für die DemokratInnen im Senat auf republikanischer Seite, wird bei der Energiepolitik wohl auch nicht die Stimme liefern, die West Virginias demokratischer Senator Manchin möglicherweise nicht liefert: Alaskas moderate Senatorin Lisa Murkowski gilt trotz temporärer Übereinstimmungen mit DemokratInnen, in ihrem Heimatstaat als relativ ungefährdet. Das könnte sich aber ändern, würde sie sich mit der in Alaska mächtigen Ölindustrie anlegen. Ohne neue Regelwerke für die Ölförderungen, wird eine progressive Klimapolitik aber schwer umsetzbar sein.

Präsident Joe Biden ist diese schwierige Situation bewusst, er hat sich erfahrenes Personal an die Spitze seiner Klimapolitik geholt: Mit John Kerry ist für die internationale Klimapolitik ein erfahrener Diplomat und als ehemaliger Präsidentschaftskandidat und Außenminister, ein politisches Schwergewicht, zuständig. Und mit Michigans ehemaliger Gouverneurin Jennifer Granholm, hat Joe Biden eine Energieministerin im Team, die während der Krise der Autoindustrie in einem für die DemokratInnen wichtigen Bundesstaat, dennoch starke Reformen zur Senkung des motorisierten CO₂-Ausstoßes, gemeinsam mit der Autoindustrie, umgesetzt hat.

41) Sind die Gesundheitsreformen der Obama-Ära jetzt gesichert?

Der Affordable Care Act, oder kurz „Obamacare“, ist das Kernstück der achtjährigen Präsidentschaft von Barack Obama. Es definiert seine Präsidentschaft wie keine andere Reform. Das hat mehrere Gründe: Die Gesundheitsversorgung und der Ausbau des Zugangs zu bezahlbaren Leistungen, ist seit fast dreißig Jahren einer der größten Streitpunkte zwischen DemokratInnen und RepublikanerInnen. Unter dem demokratischen Präsidenten Bill Clinton wurde schon Anfang der

90er-Jahre ein großer Reformversuch gestartet, den First Lady Hillary Clinton koordinierte. Eines der wesentlichen Ziele des über 1.000-seitigen Vorschlags war, ArbeitgeberInnen dazu zu verpflichten, ihren ArbeitnehmerInnen eine Gesundheitsversicherung anzubieten. Die Diskussion über diese Reformversuche, in der vor allem die RepublikanerInnen, ArbeitgeberInnenverbände und die Versicherungsindustrie, aber auch mehrere DemokratInnen, offen und teilweise vehement gegen den Clinton Gesundheitsplan auftraten, dominierte die ersten Zwischenwahlen nach Clintons Einzug ins Weiße Haus 1992. Und bei der Wahl 1994 kam es zur sogenannten Republican Revolution, einem Erdrutschsieg der RepublikanerInnen mit der ersten republikanischen Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses seit den 1950er-Jahren. Damit war der Gesundheitsplan für mehrere Jahre auf Eis gelegt und es trauten sich auch lange keine DemokratInnen mehr, das Thema so grundlegend anzugehen.

Aber die 40 Millionen unversicherten AmerikanerInnen wurden 2008 in den demokratischen Vorwahlen zur Präsidentschaftswahl, alleine aufgrund des Antretens von Hillary Clinton, wieder in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussionen gestellt und Clintons aussichtsreichster Mitbewerber, Senator Barack Obama, übernahm im Kern den Clinton-Plan aus den 1990er-Jahren. Nach seiner Wahl zum Präsidenten, begann das Match um die Gesundheitsversicherung von Neuem – im Kern wurde wieder die verpflichtende Versicherung durch ArbeitgeberInnen diskutiert und das Thema Versicherung bei Vorerkrankungen trat stark in den Vordergrund. Denn die meisten Gesundheitsversicherungen schlossen PatientInnen mit Vorerkrankungen praktisch von ihren Leistungen aus. Politisch wurde das Match unverändert in der Härte aus den 1990er-Jahren weitergeführt. Die Gründung eines organisierten rechten Flügels innerhalb der republikanischen Partei ist mit dem republikanischen Widerstand gegen „Obamacare“ verknüpft. Sie benannte sich nach dem Widerstand der US-SiedlerInnen gegen die britischen Kolonialherren, der „Boston Tea Party“, bei der Teelieferungen der britischen Krone von aufständischen SiedlerInnen ins Meer geworfen wurden. Die „Boston Tea Party“ gilt als Beginn der offenen Konfrontation zwischen SiedlerInnen und der englischen Krone. Die innerhalb der RepublikanerInnen gegründete „Tea Party“ sollte Obamas Gesundheitsreform stoppen.

Und die Tea Party landete dabei gleich einen bedeutenden ersten Erfolg: Nach dem Tod des liberalen Senators Ted Kennedy aus Massachussets, musste dessen Sitz im Frühjahr 2010 neu gewählt werden – just zu dem Zeitpunkt, als die legislativen Vorbereitungen für Obamacare auf der Zielgerade waren. Mit Ted Kennedys Tod verloren die DemokratInnen aber ihren 60. US-Senator – und 60 SenatorInnen braucht es, um das parlamentarische Blockademittel eines Filibusters, einer Dauerrede, zu brechen. Es war zum damaligen Zeitpunkt noch politische Gepflogenheit, dass gegen

den Filibuster keine Gesetze durchgeboxt werden. Die Nachwahl um den Senatssitz Kennedys, gewann mit massiver Unterstützung der Tea Party, zu der sich zu dem Zeitpunkt über 20% der US-AmerikanerInnen zählten, überraschend der Republikaner Scott Brown. Das zwang die DemokratInnen dazu, auf eine bereits früher im Senat beschlossene, kleinere Variante, der Gesundheitsreform zurückzugreifen, die dann nur mehr im RepräsentantInnenhaus bestätigt werden musste. Auch dort fielen die beiden notwendigen ausstehenden Beschlüsse mit knappen Mehrheiten von unter 10 Stimmen Abstand.

Im Kern umfasst Obamacare ein Verbot der Nicht-Versicherung wegen Vorerkrankungen – zunächst nur für Kinder, ab 2014 auch für Erwachsene und ein Verbot, höhere Beiträge bei vorerkrankten Menschen zu verlangen. Menschen mit einem Einkommen, das die Armutsgrenze nicht deutlich übersteigt, werden in die staatliche Gesundheitsvorsorge Medicaid aufgenommen, finanziert werden die Mehrkosten größtenteils durch Vermögenssteuern bzw durch höhere Beiträge besser verdienender Menschen. Die Anzahl der nicht versicherten Menschen konnte bis 2016 von über 40 Millionen AmerikanerInnen um ein Drittel auf ca. 25 Millionen BürgerInnen gesenkt werden. Die langjährige Kurve der Zustimmungsrates zu Obamacare, hat sich so deutlich in Richtung der Reform entwickelt, dass inzwischen viele RepublikanerInnen nicht mehr offensiv gegen die Gesundheitsreform auftreten.

Während sich zu Beginn von Barack Obamas zweiter Amtszeit die Zustimmung und Ablehnung die Waage hielten, liegt die Ablehnungsrate heute deutlich unter 40% und die Zustimmung deutlich über 50%. Und auch alle Versuche Donald Trumps, Obamacare wie von der Tea Party ursprünglich und von den besonders Rechten in den Reihen der RepublikanerInnen immer noch gefordert, in seiner Amtszeit abzuschaffen oder einzuschränken, sind hauptsächlich daran gescheitert, dass einige republikanische SenatorInnen sich an einem solchen Projekt nicht beteiligen wollten. Bestätigt wurde das auch durch den demokratischen Wahlsieg bei den Kongresswahlen 2018, bei dem die Gesundheitsvorsorge US-weit in den Mittelpunkt der politischen Kampagnen gestellt wurde. Obamacare ist also sicher, eine Weiterentwicklung des Programms wird angesichts der demokratischen Mehrheit im Senat, sicher angegangen.

42) Wie werden sich die internationalen Beziehungen mit der Wahl von Joe Biden ändern?

Donald Trump hat die US-Diplomatie und auch jene der Verbündeten der USA in vielerlei Hinsicht herausgefordert. Im Kern seiner Außenpolitik stand das Selbstverständnis, dass er internationale Konflikte lösen könne. Es müsse sich nur er mit dem jeweiligen Chef des anderen Staates an einen

Tisch sitzen, dann werde man sich schon einig werden. Es ist ein naiver bis gefährlicher Zugang, der teilweise jahrzehntelange Gepflogenheiten über den Haufen geworfen, keine sichtbaren Erfolge geliefert und den Verhandlungsstand der USA gegenüber vielen schwierigen Gegnern – Stichwort Nordkorea – verschlechtert hat. Drohungen wie jene mit dem Austritt der USA aus der NATO, haben für Unruhe und massive Gegenbewegungen im Kongress geführt. Der Austritt aus dem Pariser Klimaabkommen gehört zu jenen internationalen Schritten, die Joe Biden sofort wieder rückgängig machen wird. Auch der Austritt aus der Weltgesundheitsorganisation WHO, wird unter Biden rückabgewickelt werden. Dass die zur Unterstützung der israelischen HardlinerInnen erfolgte Verlegung der US-amerikanischen Botschaft aus Tel Aviv nach Jerusalem, rückgängig gemacht wird, gilt aus heutiger Sicht als unwahrscheinlich.

Die Trump-Außenpolitik stand unter dem Motto „America first“ und setzte stark auf die einseitige Durchsetzung US-amerikanischer Interessen, oft ohne Einbindung der bisherigen BündnispartnerInnen. In einem Feld konnte Trump tatsächlich auch den Kongress und viele DemokratInnen auf seine Seite bringen: mehrere internationale Freihandelsabkommen wurden neu verhandelt oder aufgekündigt. Das entspricht auch der Logik des Wahlergebnisses von 2016. Die Kritik am Outsourcing von Jobs durch Freihandelsabkommen und der damit verbundene Verlust von Produktionsstätten in den USA, war einer der entscheidenden Gründe dafür, dass Trump in Staaten des industriellen Mittleren Westens die sogenannte „Blue Wall“ durchbrechen konnte. Die höchstrangigen politischen VertreterInnen in diesen Bundesstaaten – unter anderem der bereits in Frage 40 erwähnte Senator Sherrod Brown aus Ohio – vertreten handelspolitisch ähnliche Positionen wie Donald Trump, die von jenen des demokratischen Mainstreams aus vorigen Jahren, deutlich abweichen.

Bidens designierter Außenminister Anthony Blinken ist ein langjähriger Berater des Weißen Hauses, er hat bereits in der Clinton-Administration in den 1990er-Jahren die außenpolitischen Leitlinien mitgestaltet. Blinken gilt als Multilateralist, der auf internationale Zusammenarbeit statt auf einseitige Durchsetzung eigener Interessen setzt. Allerdings ist Blinken im Gegensatz zur Trump-Administration kein Isolationist, sondern ein Vertreter militärischer Interventionen und weltweiten Bemühungen um mehr Demokratie. Insofern ist auch gegenüber Russland und China und den dortigen Menschenrechtsverletzungen, seitens der Biden-Administration eine schärfere Linie zu erwarten. Das neue Aufsetzen eines Atom-Deals mit dem Iran, der von der Obama-Administration verhandelt und von Trump ausgesetzt würde, zählt zu den mutmaßlichen Kernanliegen der neuen demokratisch geführten Außenpolitik.

43) Was bedeutet eine neue US-Regierung für den Friedensprozess im Nahen Osten?

Donald Trump hat seinen Schwiegersohn Jared Kushner, der als hochrangiger Berater im Weißen Haus angestellt war, mit der Ausarbeitung eines Friedensplans für Israel und die palästinensischen Gebiete beauftragt. Doch schon seit 2017, als die USA Jerusalem mit der Übersiedlung ihrer Botschaft dorthin, als Hauptstadt Israels anerkannt haben, herrschte zwischen den palästinensischen und den US-amerikanischen Behörden offiziell Funkstille. Der Kushner-Plan, den Donald Trump gemeinsam mit Israels Ministerpräsident Netanyahu, aber ohne palästinensische Beteiligung, im Weißen Haus, im Jänner 2020, vorgestellt hat, ist einseitig zwischen Israel und den USA verhandelter Deal. Er sieht neben der israelischen Kontrolle über das Jordantal und der Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels, zahlreiche weitere Vorschläge vor, die von palästinensischer Seite als No-Gos gelten. Es ist im Wesentlichen eine Zwei-Staaten-Lösung zu den Bedingungen Israels. Dementsprechend waren auch die internationalen Reaktionen – mit Frankreich und Großbritannien haben zwei wichtige Bündnispartner sofort vor einseitigen Schritten gewarnt.

Mit dem neuen Außenminister Anthony Blinken wird Israel auch weiter einen Verbündeten auf seiner Seite haben, allerdings wird der Schwerpunkt der US-Administration dem Atom-Deal mit dem Iran und nicht der Lösung des Konflikts zwischen Israelis und PalästinenserInnen gelten. Blinken hat bereits angekündigt, die USA wolle sich in Israel weniger und nicht mehr als bisher engagieren. Innerhalb der Demokratischen Partei gibt es, vor allem vom progressiven Flügel, immer wieder Kritik an einer zu israel-freundlichen Haltung der Parteiführung und der hohen FunktionärInnen. Joe Biden selbst ist erfahrener Außenpolitiker, er war selbst vier Jahre lang Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses des Senats. Als solcher ist die Auswahl Anthony Blinkens als Außenminister auch eine klare Absage daran, die grundsätzliche Pro-Israel-Haltung der Demokratischen Partei zu ändern. Bidens Beziehung zum israelischen Premierminister ist besser, als jene zwischen Präsident Barack Obama war, aber auch nicht friktionsfrei.

Dass Netanyahu just während eines zehntägigen Besuch des damaligen Vizepräsidenten Biden, den Bau mehrerer großer neuer Siedlungen in Ostjerusalem, auf von den PalästinenserInnen für sich reklamiertem Gebiet, ankündigte, gilt als einer der Tiefpunkte im Verhältnis zweier nunmehriger Staatschefs, die sich eigentlich beide als Freunde bezeichnen. Eine maßgebliche Veränderung ist in der Beziehung der USA zu Saudi-Arabien zu erwarten: Donald Trump pflegte hier sehr enge Beziehungen und verurteilte etwa den Mord am saudischen Journalisten Blogger Jamal Khashoggi, in der saudi-arabischen Botschaft in Istanbul, nicht. Hier ist von der Biden-Administration ein deutlich härterer Kurs zu erwarten. BeobachterInnen erwarten in Bezug auf die Nahostpolitik der

USA, wie generell in der Außenpolitik, eine größere Kohärenz der diplomatischen Bemühungen und weniger Ad-Hoc-Versuche.

44) Wird Vizepräsidentin Kamala Harris jetzt automatisch Joe Bidens Nachfolgerin?

Formell würde Kamala Harris auf Joe Biden folgen, wenn er amtsunfähig oder sterben würde. Für den oft diskutierten Fall, dass der dann 82jährige Joe Biden 2024 nicht wieder kandidieren würde, ist das nicht so klar. Denn Kamala Harris eigene Präsidentschaftskandidatur für das Jahr 2020, war zwar von einigen guten Auftritten in den TV-Debatten geprägt, aber Harris hat zwei Monate vor den ersten internen Wahlgängen in den Bundesstaaten aufgegeben, weil ihr die finanziellen Mittel für das Weiterführen ihrer Kampagne fehlten. Wenn KandidatInnen schon vor dem ersten Wahlgang dieser Vorwahlen aufgeben, dann ist oft Ergebnis davon, dass die Umfrage-Ergebnisse zu schwach sind oder GeldgeberInnen keine Aussicht darauf sehen, dass der/die KandidatIn das Rennen tatsächlich gewinnen könnte. Begleitet war das Ende von Harris Vorwahlkampagne außerdem davon, dass sich BeraterInnen über den zu großen Einfluss von Kamala Harris Schwester in der Kampagne beschwerten.

Insofern ist Kamala Harris eigener politischer Erfolg vor WählerInnen beschränkt: Ihre Wahl zur Justizministerin von Kalifornien im Jahr 2010 gewann sie gerade mal mit einem Prozent Vorsprung auf ihren republikanischen Herausforderer, als Amtsinhaberin gelang ihr ihre Wiederwahl dann mit 15% Vorsprung – beides für DemokratInnen in Kalifornien kein überwältigender Vorsprung. Bei der Senatswahl musste Harris dann wegen des neuen Wahlrechts, nur gegen eine andere Demokratin gewinnen. Dennoch ist Kamala Harris' politisches Profil als relativ progressive Kandidatin, die als Tochter einer indischen Mutter und eines jamaikanischen Vaters und als redegewandte ehemalige Staatsanwältin auftritt, geeignet, viele Flügel der Demokratischen Partei hinter sich zu bringen.

Ob Harris als klare Frontrunnerin oder sogar ohne ernsthafte Gegenkandidatur in eine allfällige interne Vorwahl für die Präsidentschaftskandidatur 2024 ginge, hängt stark vom Erfolg ihrer Vizepräsidentschaft ab. Unumstritten ist sie als Bidens Nachfolgerin aber wahrscheinlich nur dann, wenn Biden vor 2024 abtritt und sie Präsidentin wird. Denn gegen eine amtierende Präsidentin fiele anderen BewerberInnen eine Kandidatur noch wesentlich schwerer als gegen eine amtierende Vizepräsidentin.

Wer könnte Harris herausfordern? Der ewige Herausforderer des demokratischen Partei-Establishments ist der Anführer des progressiven Flügels, Bernie Sanders. Er war 2016 Hillary Clintons stärkster Gegner und 2020 hat erst der Ausstieg aller moderaten KandidatInnen außer Joe

Biden dafür gesorgt, dass Bernie Sanders verlässliche 25-35% der demokratischen VorwählerInnenschaft nicht mehr für dafür reichen, Biden ernsthaft gefährden zu können. Sanders wird 2024 allerdings 83 Jahre alt sein. Das würde seine großen Fans sicher nicht an der Unterstützung hindern, aber ob das – noch dazu gegen eine deutlich jüngere amtierende Vizepräsidentin – aussichtsreich wäre, ist fraglich. Sanders legitime Nachfolgerin ist die demokratische Kongressabgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez, sie wird 2024 als dann 35-jährige auch das notwendige Alterslimit für Präsidentschaftskandidaturen überschritten haben. Aber auch hier stellt sich die Frage, ob eine prononciert linke Kongressabgeordnete gegen eine moderatere amtierende Vizepräsidentin Chancen hätte.

Mehr Erfahrung und ein deutlich anderes politisches Profil bringen da zwei Männer mit, die als ambitioniert gelten. Da ist zum einen der bereits in den Fragen 34) und 40) erwähnte Senator Sherrod Brown aus Ohio. Was die WählerInnen betrifft, ist Browns stärkstes Argument, dass er auch auf für DemokratInnen schwierig gewordenen Terrain, in einem inzwischen republikanisch dominierten Bundesstaat, seine Senatswahlen mit 12%, mit 6% und zuletzt mit 7% Vorsprung gewonnen hat. Die Wählbarkeit bei nicht-demokratischen WählerInnen ist in Vorwahlen immer ein entscheidendes Element. Und Sherrod Brown genießt, obwohl er aus einem inzwischen „rot“-republikanisch dominierten Staat kommt, trotzdem auch große Sympathien in progressiven Kreisen der Demokratischen Partei. Denn im Gegensatz zu anderen „Red State Democrats“ ist er in allen wesentlichen Fragen zumindest auf Parteilinie oder sogar links davon angesiedelt. Eine mögliche Präsidentschaftskandidatur Sherrod Browns würde aber seinen demokratischen Senatssitz massiv gefährden, der stark an seine persönliche Popularität in Ohio gebunden ist. Ob Browns Kandidatur also überhaupt zur Debatte steht, wird auch davon abhängen, wie die Mehrheitsverhältnisse im Senat nach der Zwischenwahl 2022 stehen und ob es sich die DemokratInnen leisten können, einen Senatssitz zu gefährden.

Der zweite ambitionierte Mann aus dem Mittleren Westen hat ebenfalls aus WählerInnen-Perspektive eine Bilderbuch-Biographie: Der Summa-cum-laude-Harvard-Absolvent Pete Buttigieg wird 2024 erst 42 Jahre alt sein, er ist Afghanistan-Kriegsveteran, sehr religiös, spricht acht Sprachen fließend und ist mit einem Mann verheiratet. Buttigieg war 2020 in der demokratischen Vorwahl deutlich erfolgreicher als Kamala Harris und gehört zu jenen moderaten KandidatInnen, deren Aufgabe vor der vierten Vorwahl in South Carolina, Joe Biden den Weg zur Kandidatur geebnet hat. Mangels politischer Perspektiven im tief-republikanisch-roten Bundesstaat Indiana, in dem Buttigieg Bürgermeister einer 100.000-EinwohnerInnen-Stadt war, hat Joe Biden ihn als Verkehrsminister vorgeschlagen. Buttigieg hat also vier Jahre Zeit, sich auf der nationalen Bühne zu

präsentieren. Eine Kandidatur um die Präsidentschaftskandidatur gegen die eigene Vizepräsidentin direkt aus dem Regierungskabinett, wäre aber dennoch ungewöhnlich. Buttigieg gilt eher als möglicher Vizepräsident einer Präsidentin Harris.

Und dann gibt's da noch eine Reihe weiterer auf regionaler Ebene auf schwierigem Terrain relativ erfolgreichen PolitikerInnen wie dem Texaner Beto O'Rourke, der 2018 beinahe einen demokratischen Senatsitz im bis dahin durch und durch republikanischen Texas erringen konnte oder die Fast-Gouverneurin von Georgia Stacey Abrams, die 2018 nur knapp am Amtsinhaber scheiterte und die als Architektin der sensationellen demokratischen Wahlsiege auf Präsidentschafts- und auf Senatsebene in ihrem Bundesstaat gilt. Long story short: Kamala Harris ist die wahrscheinlichste nächste Präsidentin der USA, wenn Joe Biden abdanken oder nicht mehr kandidieren sollte, aber gegessen ist das nicht.

45) Wo liegen die Hoffnungen für eine progressive Politik in den Vereinigten Staaten?

Der progressive Flügel der Demokratischen Partei ist die Hoffnung der Linken in den USA. Das Zweiparteien-System macht ein effektives parteipolitisches Engagement außerhalb der Demokratischen Partei zu einer fast aussichtslosen Angelegenheit. Oft schaden Kandidaturen für dritte Parteien sogar antretenden demokratischen KandidatInnen und ebenen RepublikanerInnen rechnerisch den Weg zu Mandaten und Parlamentssitzen. Allerdings gibt es für alle möglichen progressiven Anliegen, von einer liberalen Gesellschaftspolitik über antirassistisches Engagement und von ArbeitnehmerInnenrechten bis zu strengeren Waffengesetzen, Lobbyingorganisationen und Pressure Groups, für die man spenden und bei denen man auch aktiv mitarbeiten kann.

Neben der stark basisdemokratischen Orientierung der Parteien durch ihr ausgeprägtes Vorwahlsystem, gibt es nämlich auch auf den meisten politischen Ebenen große Mitgestaltungsmöglichkeiten durch direktdemokratisches Engagement, wie durch Volksabstimmungen. Denn bei vielen Themen ist die US-amerikanische Gesellschaft liberaler bzw. linker, als ihre politischen VertreterInnen. Ein Beispiel dafür ist der Ausbau der Gesundheitsversorgung unter dem staatlichen Vorsorgesystem Medicaid: Die Ausweitung dieser, für die BezieherInnen günstigsten Form aller Gesundheitsversicherungen, haben die WählerInnen in Volksabstimmungen in teilweise tief-republikanischen Bundesstaaten wie Utah, Oklahoma oder Missouri gegen den Willen der republikanisch-dominierten lokalen Regierungen, erzwungen. Dem vorangegangen ist in diesen und anderen Bundesstaaten massives Campaigning liberaler, oft auch den DemokratInnen nahestehender Gruppierungen.

In Arkansas und Missouri, zwei ebenfalls republikanisch dominierten Bundesstaaten, ist 2018 das Mindesteinkommen per Volksabstimmung, deutlich über den nationalen Mindestsatz angehoben worden. Florida hat 2018 per Volksabstimmung, gegen den Willen des republikanischen Gouverneurs, über eine Million vom Wahlrecht ausgeschlossene ehemalige StraftäterInnen rehabilitiert und wieder zu Wahlen zugelassen. Dort toben seitdem juristische Auseinandersetzungen, weil das republikanisch dominierte Lokalparlament sofort mit neuen Maßnahmen wieder einen Teil der wieder zur Wahl zugelassenen ausgeschlossen oder ihnen hohe Hürden in den Weg gelegt hat. Und auch die Legalisierung von Marihuana ist gegen den Willen der lokalen Regierungen in republikanisch dominierten Bundesstaaten wie South Dakota, Montana und Ohio inzwischen legalisiert.

Die Strategie der Progressiven innerhalb der Demokratischen Partei besteht einerseits darin, durch eigenes Vorbild Standards zu setzen und damit andere demokratische PolitikerInnen unter Druck zu setzen. Da geht es etwa um die Frage, ob Spenden von großen Unternehmen angenommen und dadurch das eigene Politik machen dadurch ein Stück weit vom guten Willen dieser Unternehmen abhängig wird – Stichwort „Corporate Democrats“. Kein Geld von GroßspenderInnen anzunehmen, ist inzwischen Teil der Marke progressiver KandidatInnen bei demokratischen Vorwahlen und demokratischer PolitikerInnen bei allgemeinen Wahlen. Und Schritt zwei besteht in der Abwahl von MandatarInnen der eigenen Partei. An sich ist das stark basisdemokratisch organisierte US-Wahlssystem gut geeignet, AmtsträgerInnen abzuwählen, die nicht entsprechend dem Auftrag ihrer Parteibasis agieren. Eines der stärksten Argumente, dass konservativ-demokratische AmtsinhaberInnen dabei immer wieder bemühen, ist jenes der Wählbarkeit: Ein/e KandidatIn müsse nicht nur die demokratische Basis begeistern, sondern auch zumindest einen guten Teil der unabhängigen WählerInnenschaft erreichen können (siehe die Diskussion über mögliche PräsidentschaftskandidatInnen in Frage 44). Es fällt deswegen den Progressiven leichter, den konservativ-demokratischen MandatarInnen deren Mandate streitig zu machen, wo ein demokratischer Wahlsieg in der Hauptwahl gegen die RepublikanerInnen nur Formsache ist.

Um diesen Streitpunkt eskalierten auch nach der Wahl im November 2020 die Diskussionen innerhalb der Demokratischen Partei. Denn die DemokratInnen konnten ihre Mehrheit im RepräsentantInnenhaus zwar halten, verloren aber ungefähr ein Dutzend der 435 Sitze und verfügen jetzt nur mehr über eine knappe Mehrheit von 11 Sitzen. Das heißt: wenn sechs DemokratInnen mit der geschlossenen republikanischen Fraktion, gegen die eigene Fraktion stimmen, reicht das schon für eine Niederlage bei Abstimmungen. Die Frage, wer an diesem Verlust schuld sei, wurde zwischen Progressiven und Moderaten hochgeschaukelt und würde nach wie vor

die Öffentlichkeit massiv beschäftigen, wären nicht die republikanischen Versuche, die Präsidentschaftswahl rückgängig zu machen und gegen den gewählten Präsidenten zu putschen, dazwischengekommen. Der Vorwurf der konservativen DemokratInnen an den progressiven Flügel lautet, dass durch für den US-amerikanischen Mainstream zu linke Positionen, unabhängige WählerInnen in die Arme der RepublikanerInnen getrieben würden, die demokratische KandidatInnen in knappen Wahlbezirken für Siege dringend brauchen. Der progressive Flügel konterte mit einer Auflistung jener Abgeordneten, die sich für die komplett verstaatlichte Gesundheitsversorgung „Medicare for All“ ausgesprochen und allesamt ihre Wahlbezirke (wieder) gewonnen hätten.

Stein des Anstoßes dieser öffentlich ausgetragenen internen Debatten innerhalb der Demokratischen Partei, sind immer wieder Fragen, wie die Diskussion über eine Änderung der Finanzierung der Polizei nach wiederholten Morden an schwarzen BürgerInnen („Defund the Police“), über das genannte staatliche Gesundheitsprogramm Medicare for all („They take away your private insurance“) und die Frage des Umgangs mit der wegen Menschenrechtsverletzungen unter Kritik stehenden Einwanderungsbehörde („Abolish ICE“). In ökonomischen und sozialpolitischen Fragen, wie beim Mindestlohn, treffen sich manchmal der progressive Flügel mit sehr rechten DemokratInnen aus rot-republikanischen Staaten, weil einige dieser republikanischen Staaten, traditionell von Gewerkschaften dominiert waren und dort viele Industrie- und ProduktionsarbeiterInnen leben.

Die Gemengelage ist also etwas komplizierter als „links“ und „rechts“, auch wenn sich die meisten Richtungsfragen entlang traditioneller Konfliktlinien einordnen lassen. Mit dem sogenannten „Squad“, vier jungen linken Frauen mit Einwanderungsgeschichte im RepräsentantInnenhaus um die bereits in den Fragen 21, 23 und 44 genannte Alexandria Ocasio-Cortez, hat der progressive Flügel jedenfalls andere Gesichter als den stark polarisierenden Senator Bernie Sanders bekommen und der „Squad“ hat bei der letzten Wahl zum RepräsentantInnenhaus Zuwachs durch einige weitere links stehende Abgeordnete bekommen, von denen einige langjährige konservativ-demokratische Abgeordnete in den internen Vorwahlen geschlagen hatten. Den „Justice Democrats“, der am weitesten linksstehenden Gruppe innerhalb der Demokratischen Partei, gehören 10 Abgeordnete des RepräsentantInnenhauses an, der „Congressional Progressive Caucus“ umfasst mit 94 Abgeordneten knapp die Hälfte der demokratischen Fraktion. Die sogenannten „Blue Dogs“, die Vereinigung der konservativen DemokratInnen, ist im House in den letzten 10 Jahren von fast 60 auf nur mehr ca. 15 Abgeordnete geschrumpft – das ist aber nicht nur Ausdruck eines nach links Rückens der Demokratischen Partei, sondern auch der Polarisierung des

Parteiensystems, wegen dem kaum mehr DemokratInnen in republikanisch dominierten Gegenden, Mandate erringen können.

46) Worauf wird man in den nächsten Jahren in der US-Politik achten müssen?

Die kommende Biden-Administration hat in den letzten Tagen vor der Angelobung einen ersten Einblick in ihre Strategie gewährt, indem sie erste Schritte angekündigt hat. Dazu gehört ein Hilfspaket für von Covid armutsgefährdete Menschen unter anderem mit einer Einmalzahlung von 2.000 Dollar an alle. Dazu gehört neben weiteren mehrheitsfähigen Punkten aber auch eine langjährige Forderung, bei der es von den RepublikanerInnen bisher stets ein Njet gegeben hat: Die Anhebung des US-weiten Mindestlohns von 7,50 Dollar auf 15 Dollar. Und ein weiterer Reformvorschlag eines progressiven Einwanderungsgesetzes inklusive Legalisierung vieler der mutmaßlich ungefähr 11 Millionen illegalisiert in den USA lebenden Menschen, lässt eigentlich nur einen Schluss zu: Die Biden-Administration will von Anfang an Tempo machen und die tiefen Risse innerhalb der Republikanischen Partei nutzen.

Denn die Verknüpfung der Covid-Hilfspakete mit dem verdoppelten Mindestlohn kann nicht nur Verhandlungstaktik sein: Sie ist ebenso wie die vorgeschlagene progressive Einwanderungsreform eine Warnung an die RepublikanerInnen. Denn bisher ist nominell bei vielen Abstimmungen im mächtigen US-Senat eine Mehrheit von nicht nur 51, sondern von 60 SenatorInnen notwendig. Die alte Tradition der Möglichkeit einer Gesetzesblockade durch eine Dauerrede („Filibuster“) bzw durch die Androhung eines solchen, sollte eigentlich sicherstellen, dass es einen breiteren Konsens auch zwischen den Parteien, bei größeren Reformen gibt. Dass Biden jetzt Gesetzesvorschläge vorlegt, bei denen es eigentlich kaum eine republikanische Stimme geben kann, dürfte Teil eines Drohszenarios mit der Abschaffung des Filibuster sein. Möglicherweise lässt sich die Biden-Administration jetzt ein paar populäre Projekte von den RepublikanerInnen niederstimmen, um auch die ZweiflerInnen in der eigenen Senatsfraktion und die teilweise in dieser Frage skeptische Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass eine Abschaffung dieses Filibuster notwendig ist. Das ginge formell mit der knappen demokratischen Mehrheit von 50 Stimmen plus der Tiebreaker-Stimme der Vizepräsidentin. Aber da müssen zunächst auch alle eigenen SenatorInnen an Bord sein. Das ist eine Win-Win-Situation für die Biden-Administration: sie legt, vor allem bei DemokratInnen aber auch bei vielen unabhängigen WählerInnen und auch bei manchen moderaten RepublikanerInnen beliebte Reformen vor. Stimmen ausreichend RepublikanerInnen mit bzw verweigern der eigenen Parteiführung die Blockade durch den Filibuster, bekommt Biden seine

Reformen am kurzen Weg. Blockieren ausreichend viele RepublikanerInnen, steigen intern und extern die Aktien der Abschaffung dieses Blockadeinstruments.

Zentral ist außerdem die Weiterentwicklung der Republikanischen Partei. Momentane Meinungsumfragen legen nahe, dass innerhalb der RepublikanerInnen nur jemand in der Gunst von Donald Trump stehende/r die Parteiführung übernehmen kann. Denn nach wie vor, trotz Putschversuchs am Kapitol, steht eine Mehrheit der republikanischen WählerInnen hinter Trump. Das macht bei in der allgemeinen WählerInnenschaft deutlich sinkenden Umfragewerten für Trump, dessen Zustimmungsrate von ca. 40% auf nur mehr knapp über 30% gesunken ist, aber eine Zwickmühle auf: Wer gegen Trump auftritt oder zu kompromissbereit mit den DemokratInnen ist, gefährdet sein eigenes Amt oder Mandat durch trumpistische Gegenkandidaturen bei den internen Vorwahlen. Aber wer eng an der Seite Trumps bleibt, wird insbesondere in knappen Staaten und Kongressbezirken, nicht mehr mehrheitsfähig sein. Die DemokratInnen werden mit ihrer „Trifecta“, also der Inhaberschaft des Weißen Hauses plus Mehrheiten in beiden Häusern des Kongress, keinen Tag verstreichen lassen, um aus dieser republikanischen Zwickmühle möglichst viel gesetzliche Fortschritte und politisches Kapital durch geschwächte republikanische KandidatInnen bei den nächsten großen Wahlen im Jahr 2022, herauszuschlagen.

Paul Schuierer-Aigner ist Politologe in Innsbruck. Er bloggt auf www.verschrift.me.

Alle Verwendungs- und Vervielfältigungsrechte sind dem Autor vorbehalten. Paul Schuierer-Aigner ist [@pablodiabolo](https://twitter.com/pablodiabolo) auf Twitter und außerdem unter paul.aigner54@gmail.com erreichbar.